

DIE LINKE NRW: Kommunalpolitische Leitlinien

Beschlossen vom Landesparteitag am 30.11.2019 in Bielefeld

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	Seite 2
Sozialpolitik	Seite 6
Armut in Stadt und Land bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen	Seite 9
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	Seite 12
Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz	Seite 16
Wohnungspolitik	Seite 21
Verkehrspolitik	Seite 26
Gesundheitspolitik	Seite 30
Bildungspolitik	Seite 40
Kunst und Kultur	Seite 48
Sportpolitik	Seite 51
Kinder- und Jugendpolitik	Seite 54
Senior*innenpolitik	Seite 60
Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter	Seite 63
Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft	Seite 68
Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen	Seite 71
Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient	Seite 78
Kommunale Planungspolitik nach den Bedürfnissen der Menschen	Seite 83
Für einen lebenswerten ländlichen Raum	Seite 89
Digitalisierung	Seite 91
Kommunal für Frieden – gegen Aufrüstung und Militarisierung	Seite 95
Antifaschismus	Seite 97

1 Einleitung

2 Wem gehört die Kommune?

3 DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir streben eine neue
4 demokratische Gesellschaftsordnung an, in der die Politik nicht mehr von den Interessen der
5 Industrie und der Banken und Konzerne bestimmt wird. Wir wollen Schluss machen mit einer Politik,
6 die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur setzt. Wir wollen Reichtum umverteilen und die
7 Einrichtungen und Betriebe der Daseinsvorsorge wie z. B. Krankenhäuser, Verkehr und
8 Energieversorgung in öffentlicher Hand halten bzw. dorthin zurückführen. Bei den Kommunalwahlen
9 in NRW setzen wir auf ein Umsteuern in der Wirtschafts-, Umwelt- und Verkehrspolitik, auf
10 Demokratisierung und eine öffentliche Daseinsvorsorge, die Wiedergewinnung des öffentlichen
11 Sektors für alle, die in den Städten und Gemeinden leben.

12 Sozialökologisch – unser Weg zu einer lebenswerten und gerechten Zukunft für alle

13 Selten zuvor sind so viele Menschen mit einem gemeinsamen Ziel auf die Straßen gegangen wie mit
14 „Fridays for Future“ zur Rettung des Klimas. Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern,
15 Wissenschaftler*innen und Umweltbewegte gingen voran. Ihnen folgen immer mehr Menschen, die
16 in Sorge um unseren Planeten sind. Es geht um nicht weniger als die Rettung dieser einen Welt, die
17 wir zum Leben haben. Unser Ökosystem und Klima stehen kurz vor dem Zusammenbruch. Einen
18 Planeten B gibt es nicht. Vor allem die große Mehrheit der jungen Generation verlangt von der
19 Politik, alles dafür zu tun, damit auch sie noch mit Kindern und Enkeln hier leben können.

20 Gleichzeitig wenden sich aber auch zunehmend Menschen von der Politik ab. Immer mehr
21 Einwohner*innen der Städte und Gemeinden in NRW sind abgehängt, chancen- und perspektivlos,
22 allein 800.000 Kinder wachsen in NRW in Armut auf. Leiharbeit und Minijobs breiten sich weiter auf
23 dem Arbeitsmarkt aus. Industriearbeitsplätze verschwinden, doch gut bezahlte neue Stellen fehlen.
24 Den Strukturwandel sind viel zu viele gezwungen, ihn nicht als Wandel erleben, sondern als
25 Zerstörung von Infrastruktur und Lebensperspektiven. In vielen Stadtteilen ist Wohnen für die große
26 Mehrheit unbezahlbar geworden, Menschen werden aus ihren Quartieren verdrängt. Im ländlichen
27 Raum existiert oft kaum noch soziale Infrastruktur. Von einem guten ÖPNV oder einem ausgebauten
28 Radwegenetz können die meisten Menschen nur träumen. Dasselbe gilt für Bildungseinrichtungen,
29 Jugend- und Sozialarbeit. Für Frauen, die Gewaltopfer werden, gibt es nicht einmal im Ansatz
30 ausreichend Frauenhausplätze.

31 Ökologie – also die Rettung und Bewahrung unseres Planeten – und soziale Gerechtigkeit, die Armut
32 überwindet und allen gleiche Lebensmöglichkeiten bietet, stehen für uns als LINKE als Ziele, die sich
33 gegenseitig befruchten. Ein gutes Leben für alle kann es nur geben, wenn wir „sozial“ und
34 „ökologisch“ miteinander verbinden. Deshalb ist unsere Politik konsequent sozialökologisch.

35 Die Kommune nimmt eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung des dringend notwendigen sozial-
36 ökologischen Umbaus ein.

37 Viele wichtige Veränderungen, die unseren Alltag prägen werden, sind hier zu gestalten. Angefangen
38 bei der Energiegewinnung über den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs bis hin zu
39 nachhaltiger Landwirtschaft.

40 Statt in riesigen Kraftwerken Kohle und Gas zur Stromerzeugung zu verbrennen und dabei Unmengen
41 an CO₂ auszustoßen, setzen wir auf dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen wie
42 Windkraft und Solarenergie in der Hand der Bürger*innen. Dies soll durch kommunale Stadtwerke

43 oder mit Genossenschaften sichergestellt werden. So können wir Ökostrom für alle erzeugen, zu
44 sozial fair gestaffelten Tarifen.

45 Heute ist der städtische Raum geprägt von großen Straßen, welche die Lebensräume zerschneiden.
46 Es gibt immer mehr Autos und sie werden immer größer. Darunter leidet nicht nur das Klima,
47 sondern auch die Luftreinheit und die Verkehrssicherheit für alle schwächeren
48 Verkehrsteilnehmer*innen.

49 Wir wollen eine neue Zukunft gestalten. Den öffentlichen Raum wollen wir für alle Menschen
50 zurückerobern und nicht dem motorisierten Individualverkehr opfern. Unser Ansatz ist dabei der
51 massive Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bahnen und Bussen. Alle wichtigen
52 Punkte des öffentlichen und privaten Lebens müssen bei kurzen Wegen mit öffentlichen
53 Verkehrsmitteln und in kurzer Taktung erreichbar sein. Damit alle mitgenommen werden, ist er
54 kosten- und barrierefrei sowie fahrscheinlos. Besonders der ländliche Raum muss viel besser
55 angebunden werden. Es darf im Landkreis keinen Ort geben, an dem nicht in angemessener
56 Häufigkeit ein Bus oder eine Bahn zu Fuß zu erreichen ist.

57 Statt vielspuriger Straßen und riesiger Parkhäuser soll es gut ausgebaute Fahrrad- und Fußwege
58 sowie sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben. Andere Länder und Städte im Ausland
59 machen erfolgreich vor, wie der Verkehr der Zukunft aussehen kann.

60 In den Räten und Kreistagen wollen wir keine Betriebe der industriellen Landwirtschaft und
61 Massentierhaltung genehmigen. Solche Betriebe zerstören Mensch, Tier und Umwelt.

62 Wir setzen auf regionale und nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln, in denen es gute
63 Arbeitsbedingungen gibt und faire Löhne gezahlt werden. Die Kommune soll den Kauf dieser fair und
64 ökologisch erzeugten Produkte fördern, denn gesunde und nachhaltige Ernährung darf kein Luxusgut
65 sein. Pestizide, die unsere Gesundheit gefährden, wollen wir auf kommunalen Flächen verbieten.

66 Wir setzen auf faire und ressourcenschonende Produktion und den entsprechenden Handel, auf eine
67 regionale Kreislaufwirtschaft ohne unnötige Transportwege, auf die Vermeidung von Abfall, die
68 drastische Reduzierung von Plastik und anderen unnötigen Verpackungs- und Einwegprodukten. Vor
69 Ort unterstützen wir Tauschbörsen, Flohmärkte, die auflebende Kultur der Garagentrödel sowie
70 Repair-Cafés, in denen Menschen sich begegnen und helfen.

71 Wir wollen mit dem sozialökologischen Umbau viele neue, gute und sinnvolle Arbeitsplätze schaffen.
72 Angefangen im Bereich der erneuerbaren Energien bei der Forschung, Produktion und Wartung, im
73 Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Gebäudesanierung und dem Neubau von klimaneutralen
74 Wohnungen über die ökologische Landwirtschaft bis hin zu den Forstämtern, wo dringend
75 Mitarbeiter*innen für die Pflege und Aufforstung der angegriffenen Wälder gebraucht werden.

76 **Unsere Vision: ein gutes Leben für alle an jedem Ort**

77 Wer einen Stuhl bauen will, hat eine Vision, eine Vorstellung davon, wie er aussehen soll oder wen er
78 tragen soll. Ohne diese Vision würden wir gar nicht anfangen zu bauen.

79 Auch Kommunalpolitik braucht eine Vision dessen, wie die Kommune eigentlich aussehen soll, für die
80 wir uns politisch einbringen. Was gehört alles dazu? Wer lebt dort unter welchen Bedingungen?

81 Unsere Vision für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen lautet daher: Überall sollen alle Menschen
82 unter guten Bedingungen leben können.

83 Konkret heißt das:

- 84 • Die Verfestigung von Armut gehört der Vergangenheit an. Der Anstieg der
85 Langzeiterwerbslosigkeit ist vorbei. Langzeiterwerbslose, oft weit mehr als die Hälfte aller
86 Erwerbslosen, haben sinnvolle, gemeinwohlorientierte Arbeit in kommunalen
87 Beschäftigungsprojekten, die gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden entwickelt wurden und
88 in denen sie eine tarifliche Bezahlung erhalten und sozial abgesichert sind. Viele werden nach
89 Qualifikation in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Jugendlichen wird eine Ausbildung
90 gesichert.
- 91 • Es gibt überall da bezahlbare Wohnungen, wo die Menschen leben wollen: in der Innenstadt
92 ebenso wie am Stadtrand, in der Großstadt genauso wie auf dem Land. Gebaut und
93 modernisiert wird barrierefrei und klimaneutral. Es gibt begrünte Fassaden und Gärten auf
94 Dächern und in Höfen. Familien finden große und Singles kleine Wohnungen, es gibt
95 Mehrgenerationenhäuser und Wohnprojekte für Senior*innen. Studierende können
96 kostengünstig nah an ihrer Hochschule leben.
- 97 • Der Verkehr ist nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert. Fußgänger*innen und
98 Radfahrende haben in der Stadt und in Wohnvierteln viel Platz und Vorrang vor dem
99 Autoverkehr. Es gibt sichere Stellplätze für Fahrräder überall da, wo sie gebraucht werden.
100 Innerorts gilt Tempo 30, und es gibt viele (autoverkehrs-)beruhigte Zonen und Spielstraßen.
101 Der öffentliche Personennahverkehr ist gut ausgebaut mit kurzen Taktungen und
102 fahrscheinfrei.
- 103 • Es gibt vielerorts Bäume, Wildwiesen und Grünanlagen anstelle von gepflasterten und
104 betonierten Flächen. Alle Menschen finden fußläufig öffentliche Grünanlagen und Spielplätze
105 mit Bänken und Tischen als Orte der Erholung und Begegnung.
- 106 • In allen Stadtteilen und auch auf dem Land gibt es genügend Haus- und Kinderärzt*innen.
107 Fachärzt*innen und Krankenhäuser sind gut erreichbar. Es gibt wohnortnahe
108 Geburtsstationen, Geburtshäuser und genügend Hebammen. Ärzt*innen haben Zeit für ihre
109 Patient*innen, Pflegekräfte arbeiten bei guter Bezahlung unter guten Bedingungen. Örtliche
110 Gesundheitsämter sind gut ausgestattet und kümmern sich um Vorsorge und Beratung.
- 111 • Öffentliche Sicherheit und Rettung im Notfall sind auf die Bedürfnisse der Menschen
112 ausgerichtet. Es gibt eine freundliche und kompetente Polizei, die bei Verkehrsunfällen,
113 Diebstählen oder Fällen von Gewalt schnell vor Ort ist, eingreift, hilft und aufklärt. Feuerwehr
114 und Rettungsdienst sind so gut mit Personal und Fahrzeugen ausgestattet, dass sie im Notfall
115 überall schnell zur Stelle sind.
- 116 • Es gibt wohnortnah für alle Kinder kostenlose Plätze in gut ausgestatteten Kitas und Schulen
117 im Ganztage. Kitas und Grundschulen sind inklusiv und integrativ und fördern alle Kinder. Sie
118 sind Orte des Zusammenlebens und der Mitbestimmung sowie aktiver Teil des
119 gesellschaftlichen Miteinanders im Stadtteil bzw. im Dorf. In den Städten und Kreisen werden
120 ausreichend Erzieher*innen ausgebildet und in den öffentlichen Kitas gut bezahlt.
- 121 • In den Stadtteilen und Gemeinden gibt es Jugendzentren, Begegnungsstätten und Zentren
122 für Einwohner*innen aller Generationen, in denen Veranstaltungen stattfinden und sich
123 Vereine und Initiativen treffen können.
- 124 • Kunst und Kultur sind kein Luxus für eine bessergestellte Schicht, sondern machen Angebote
125 für alle und stehen auch Menschen mit kleineren Einkommen zur Verfügung. Es gibt ein
126 dichtes Netz an Büchereien, Musik- und Volkshochschulstandorten. Museen sind spannend,
127 lebendig und laden Groß und Klein zum Mitmachen ein. Theater und Konzerte gibt es nicht
128 nur in wenigen Metropolen, sondern in der Fläche erhalten auch kleine Bühnen eine
129 existenzsichernde Förderung.

- 130 • Sport ist für alle da. Es gibt offene Sport- und Freizeitstätten in den Stadtteilen und auch in
131 kleineren Gemeinden. Niemand ist ausgeschlossen, weil der Geldbeutel zu klein ist. Kinder
132 lernen miteinander Spaß an der Bewegung. Schwimmbäder, Badeaufsicht und
133 Schwimmkurse gibt es in ausreichender Zahl und gut erreichbar.
- 134 • Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist gelebte Realität. Busse und Bahnen sind
135 barrierefrei – ebenso wie Wege, Straßen und öffentliche Gebäude. Es gibt inklusive Kitas und
136 Grundschulen mit den entsprechenden Gebäuden, Erzieher*innen und Lehrer*innen.
- 137 • Ein Leben frei von Diskriminierung und Rassismus ist Alltag in unserer Kommune. Anonyme
138 Bewerbungsverfahren bei allen kommunalen Stellen und Wohnungen sind Pflicht, der Kampf
139 gegen rechte Gruppen, Parteien und Bürgerwehren wird von Stadtrat und Kommune
140 unterstützt und Migrant*innen werden nicht aufgrund ihrer Herkunft vorverurteilt oder
141 kriminalisiert.
- 142 • Integration und Vielfalt sind positiver Bestandteil unseres Zusammenlebens im Stadtteil oder
143 der Gemeinde. Sprachkurse gibt es jederzeit für alle, die sie brauchen, Erzieher*innen und
144 Lehrer*innen sind erfahren und gut ausgebildet, um das Miteinander der Kulturen zu
145 organisieren. Wir lernen voneinander und leben miteinander.
- 146 • Digitalisierung wird für alle und an jedem Ort nutzbar. Es gibt Datenschutz und Privatsphäre
147 statt Überwachung. Schnelles Internet gibt es auch auf dem Land überall – genauso wie
148 flächendeckend freie WLAN-Hotspots. Die kreative Netzgemeinde ist Teil der Kultur- und
149 Bildungslandschaft und vor Ort in Veranstaltungen und Bildungseinrichtungen auch zum
150 Anfassen erlebbar.

151 Leben, Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Bildung, Bewegung, Freiraum und Gemeinschaft: In unserer
152 Vision der guten Kommune können wir alle friedlich und frei, sozial gesichert in einer solidarischen
153 Gemeinschaft leben.

154 Für unsere Vision einer lebenswerten Kommune sind die wirkliche Selbstverwaltung der Kommunen
155 und eine deutlich bessere Finanzausstattung unerlässlich. Dem steht eine jahrzehntelange
156 Unterfinanzierung der Kommunen, verschärft durch Schuldenbremse und „Schwarze Null“, entgegen.
157 Die Folge der strukturellen Unterfinanzierung sind Personal- und Sozialabbau in neuen Dimensionen
158 und eine Demontage der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung der Kommunen. Weder
159 die derzeitige schwarz-gelbe Landesregierung noch ihre SPD/Grüne Vorgängerregierung ist ihrer
160 Verantwortung für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen nachgekommen. Die
161 kommunale Selbstverwaltung ist eingezwängt zwischen der Verselbstständigung der Verwaltungen
162 und dem Vorrang der Landes-, Bundes- und EU-Gesetzgebung. Die dringend notwendigen
163 Investitionen in nahezu alle Bereiche des kommunalen Lebens müssen wir uns daher erkämpfen.
164 Dazu brauchen wir einen radikalen Kurswechsel auch für die kommunale Ebene.

165 Wir wollen das Zusammenleben der Menschen vor Ort verändern und eine lebenswerte Zukunft
166 bauen. Das erreichen wir nur in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, mit der
167 Klimagerechtigkeitsbewegung und all den Menschen, die sich für eine bessere Welt auf den Weg
168 gemacht haben. Gemeinsam sind wir stark!

169 Wir wollen Städte und Kommunen für alle. Die Kommunen sind für alle Menschen da, nicht für den
170 Profit einiger weniger! Holen wir uns die Städte und Gemeinden zurück – sozialökologisch!

171 **Sozialpolitik**

172 Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland sind durch tiefe soziale Spaltungen
173 gekennzeichnet. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Nach den
174 Angaben der Bundesregierung besitzen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung weit über 60 %
175 des gesamten Vermögens. Armut breitet sich aus, Reichtum konzentriert sich bei wenigen und die
176 gesellschaftliche Mitte schwindet. Die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind von
177 Arbeitsplatzabbau und Strukturwandel, vom Verfall öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt von
178 wachsender Armut besonders betroffen. Wegen zum Teil deutlich unterschiedlicher Entwicklungen
179 in den Regionen in NRW, teils sogar innerhalb einer Stadt, kann von gleichwertigen
180 Lebensverhältnissen kaum mehr gesprochen werden.
181 Eine Gesellschaft, in der sich eine Minderheit zu Lasten der Mehrheit bereichert, ist ungerecht.
182 Wachsende Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unvereinbar. LINKE Kommunalpolitik vor Ort
183 rückt in NRW deshalb konsequent die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt, die keine
184 finanzkräftige Lobby haben.

185 **Das soziale Miteinander, das wir wollen, ist:**

- 186 • gerecht
- 187 • sozial
- 188 • solidarisch
- 189 • geprägt von Teilhabe
- 190 • sozialökologisch

191 Denn für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aller zu sorgen, ist eine Querschnittsaufgabe für
192 DIE LINKE, auch in den Räten der Städte und Gemeinden.

193 **Worauf wir dabei setzen:**

- 194 • Quartiersentwicklung
- 195 • gute Schulen und Kitas
- 196 • Mitbestimmung

197 **Was wir dafür brauchen:**

- 198 • mehr Spielräume für Kommunen
- 199 • soziale Sicherheit
- 200 • auskömmliche öffentliche Daseinsvorsorge

201 **Was das bringt?**

- 202 • gerechte Löhne
- 203 • bezahlbaren Wohnraum
- 204 • Emanzipation aller Menschen

205 **Was muss dafür getan werden?**

- 206 • Reichtum durch gerechte Steuern umverteilen
- 207 • die soziale Infrastruktur ausweiten

208 Um soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, bedarf es des Mutes, Reichtum durch Steuern und
209 vor Ort umzuverteilen: für mehr soziale Sicherheit, für öffentliche Daseinsvorsorge, für bezahlbaren
210 Wohnraum, Quartiersentwicklung und gute Kitas und Schulen. Statt Kassenkrediten und

211 Haushaltssicherung brauchen die Kommunen eine solide Finanzausstattung, die ihnen mehr
212 Spielräume lässt, um den gewachsenen Aufgaben durch die zunehmende Armut der Menschen und
213 Quartiere gerecht zu werden.

214 **Für ein soziales Miteinander in den Kommunen**

215 Die soziale Spaltung wird immer tiefer, innerhalb der Städte sowie zwischen Stadt und Land.
216 Während marginalisierte Stadtviertel sowie viele kleinere und mittlere Städte in strukturschwachen
217 Gebieten von Vernachlässigung und Mangel an sozialer Infrastruktur geprägt sind, bilden sich
218 andernorts durch Aufwertung und Verdrängung abgeschottete Wohlstandsinseln (Gentrifizierung).
219 Strukturschwache Regionen leiden unter dem ersatzlosen Abbau ihrer Industriearbeitsplätze,
220 enormen Kaufkraftverlusten und der Abwanderung ihrer Bewohner*innen.

221 In den wachsenden Städten ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen zu einer
222 existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstädte werden privat bewirtschaftet oder
223 befinden sich sogar komplett in Privatbesitz. Viele öffentliche Räume werden zu Konsummeilen und
224 Sicherheitszonen, oft umrahmt von gesichtsloser Architektur. Für all jene, die nicht konsumieren
225 wollen oder können, gibt es immer weniger Platz.

226 Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die
227 Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen
228 Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten.
229 Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

230 Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren mit einer besseren finanziellen Ausstattung von
231 Förderprogrammen wie „Soziale Stadt“, den ab 2017 zusammengelegten Programmen „Stadtumbau
232 Ost“ und „Stadtumbau West“ oder mit neuen Programmen wie „Zukunft Stadtgrün“ reagiert. Doch
233 mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und
234 Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des
235 Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, energieeinsparenden und sozialverträglichen Wende der
236 Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner*innen werden nur
237 ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das Wohnumfeld baulich
238 schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weiter gewachsen.

239 Die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung hat mit dem Einstampfen des Programms „Starke Quartiere
240 – starke Menschen“ sogar 3-stellige Millionenbeträge, die von der Europäischen Union bereits
241 bewilligt waren, verfallen lassen: ein massiver Rückschritt für Armutsbekämpfung und eine sozialer
242 ausgerichtete Stadtteilentwicklung.

243 **Wie DIE LINKE vor Ort die gleichberechtigte Teilhabe und Emanzipation aller Menschen möglich** 244 **machen will:**

- 245 • Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner*innen in allen politischen Fragen
- 246 • Selbstorganisation der Einwohner*innen unterstützen
- 247 • Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand; dies gilt
248 für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior*innen,
249 Gesundheitsdienste u. v. m.
- 250 • der Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen
- 251 • die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas und Wasser
252 muss gewährleistet sein
- 253 • die sozialen Sicherungssysteme ausweiten und Lücken der sozialen Infrastruktur schließen

- 254 • eine sozialraumorientierte Politik, welche etwa mit Quartiersmanagement, ÖPNV-
255 Entwicklung und Vernetzung die Lebensbedingungen in Stadtteilen und Quartieren vor Ort
256 verbessert

257 **DIE LINKE fordert deshalb konkret:**

- 258 • sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen Menschen
259 leben können
- 260 • Ausbau und kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt zumindest
261 für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende sowie Hartz-IV-
262 Bezieher*innen und Grundsicherungsbezieher*innen
- 263 • neue Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. kommunale Sozialpässe für
264 Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
- 265 • Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen
266 bis zum Abitur
- 267 • die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts in den Kreisen und kreisfreien Städten durch
268 die öffentliche Hand
- 269 • den Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z. B.
270 Erwerbslosenzentren, Schuldner*innenberatungen, AIDS-Hilfen, ambulante Suchthilfe und
271 Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen
- 272 • Stärkung von Bürger*innenzentren
- 273 • die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden personellen
274 Ausstattung
- 275 • die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von
276 Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind
- 277 • Erhalt und Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten in der
278 Täter*innenarbeit

279 **Armut in Stadt und Land bekämpfen – soziale Gerechtigkeit schaffen**

280 Armut ist kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen
281 ein kleiner Teil der Gesellschaft sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die
282 Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch entgegen der herrschenden
283 Propaganda keineswegs selbst verschuldet. Die Ursache liegt in einem kapitalistischen
284 Wirtschaftssystem, das durch massenhafte Arbeitsplatzvernichtung und zunehmende Prekarisierung
285 der Arbeits- und Lebensverhältnisse immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive bietet.

286 **Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen, ist:**

- 287 • menschenwürdig
- 288 • sanktionsfrei
- 289 • nicht-repressiv

290 Denn unter dem Hartz-IV-Regime fehlt schlichtweg das Geld für sämtliche Lebensbedürfnisse, die für
291 die große Mehrheit der Gesellschaft selbstverständlich sind.

292 **Worauf wir dabei setzen?**

- 293 • ein wertschätzender Umgang mit Erwerbslosen
- 294 • eine alternative, begünstigende, an Menschenrechten orientierte Entscheidungspraxis in den
295 Jobcentern

296 **Was wir dafür brauchen ist eine Arbeitsmarktpolitik, die**

- 297 • in tarifgebundene öffentliche Beschäftigung investiert,
- 298 • sich am Wohl der Menschen orientiert.

299 **Was das bringt?**

- 300 • lebenswerte Bedingungen für alle Menschen

301 **Was muss dafür getan werden?**

- 302 • Ein kommunaler Hilfsfonds muss eingerichtet werden.
- 303 • Die Berechnung der Wohnkosten durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich
304 grundsätzlich an den örtlichen Vergleichsmieten orientieren. Die Kosten der Unterkunft sind
305 in vollem Umfang zu übernehmen.
- 306 • Ein Sozialpass muss eingeführt werden.
- 307 • sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt 1-Euro-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre
308 Beschäftigung
- 309 • die Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche reduzieren

310 Denn Armut darf in unseren Städten keinen Platz haben. In einer reichen Gesellschaft ist Armut eine
311 Schande. Sie ist menschenunwürdig und bedeutet für die betroffenen Menschen den Ausschluss von
312 sozialer und kultureller Teilhabe.

313 **Armut und Hartz IV**

314 Massenerwerbslosigkeit, Hartz IV und die ständige Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse
315 sind im Wesentlichen verantwortlich für die Verarmungsprozesse in den Kommunen. In zahlreichen
316 Stadtteilen des Ruhrgebiets leben inzwischen mehr als 35 % der Menschen von Hartz IV

317 beziehungsweise Sozialhilfe. Besonders betroffen sind alleinerziehende Frauen, Langzeiterwerbslose,
318 Rentner*innen sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Zusätzlich wächst mit steigender
319 Kinderzahl in einer Familie auch die materielle Armut. In zahlreichen Stadtteilen des Ruhrgebiets lebt
320 inzwischen die Hälfte aller Kinder in Armut.

321 Die wachsenden Armutsverhältnisse sind im Wesentlichen von den Hartz-Gesetzen und der Agenda-
322 Politik geprägt, die 2004 von der Bundesregierung aus SPD und Grünen eingeführt wurden. Mit
323 Hartz IV wurde nicht nur eine repressive Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt. Die Zusammenlegung der
324 bisherigen Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe führte für Millionen zu einer dramatischen Absenkung
325 ihres Einkommens. Eines der wesentlichen Ziele dieser Politik bestand darin, durch die Deregulierung
326 des Arbeitsmarktes massenhaft unsichere Arbeitsverhältnisse und Billiglöhne durchzusetzen, um
327 damit die Lohnkosten massiv zu senken und damit Gewinne der Unternehmen in einem fast schon
328 obszönen Ausmaß zu steigern. Ein Viertel aller Hartz-IV-beziehenden Menschen besteht aus
329 denjenigen, die aufstockende Leistungen von den Jobcentern erhalten, weil ihr Lohn zum Leben nicht
330 ausreicht.

331 Ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis reicht heute für viele nicht zum Ausstieg
332 aus der Armut. Bei mehr als der Hälfte, die den Hartz-IV-Bezug verlassen, ist eine Arbeitsaufnahme
333 mit Löhnen unterhalb der Armutsschwelle verbunden.

334 Deshalb unterstützen wir auf kommunaler Ebene folgende bundespolitische Forderungen:

- 335 • sofortige Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 582 EUR und die Einführung einer
336 bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung von 1.200 EUR, die Armut
337 tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet; dazu gehören die
338 Abschaffung der Sanktionen, der Sonderregelungen für junge Menschen bis zum 25.
339 Lebensjahr, der Bedarfs- und Einsatzgemeinschaften und die Einführung des
340 Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltspflichten
- 341 • die Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 EUR/Stunde
- 342 • die Abschaffung der Sanktionen und Leistungskürzungen bei angeblich sozialwidrigem
343 Verhalten im SGB II

344 **Kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten**

345 Das Hartz-IV-System beruht zwar auf einer bundesgesetzlichen Regelung. Auf kommunaler Ebene
346 gibt es aber zahlreiche Möglichkeiten, besonders repressive Maßnahmen deutlich einzuschränken
347 oder eine menschenwürdige Praxis durchzusetzen.

348 Ein wichtiges Moment ist das Angebot der Sozialberatung auf kommunaler Ebene. Wir zeigen als
349 LINKE, dass wir konkret helfen und nicht bereit sind, uns mit den Zuständen in den Jobcentern und
350 deren fragwürdiger Praxis abzufinden.

351 Kein anderes Sozialleistungssystem wie das Hartz-IV-Regime steht seit Jahren derart unter ständiger
352 Kritik, nicht mehr nur durch DIE LINKE, Sozialverbände und Gewerkschaften. Entscheidend für die
353 Überwindung der Armut sind jedoch gut bezahlte sichere Arbeitsplätze, die bis heute fehlen. In der
354 Arbeitsmarktpolitik muss dringend ein Kurswechsel eingeleitet werden. Gute, öffentlich geförderte
355 kommunale Beschäftigungsprogramme sind ein Beitrag hierzu.

356 Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene

- 357 • Perspektivlose und armutsfördernde Ein-Euro-Jobs, Kombilohnstellen und prekäre
358 Beschäftigung in allen ihren Formen sind auf kommunaler Ebene einzustellen. Stattdessen

- 359 sind ausschließlich tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Stellen zu schaffen, die
360 aufstockende Hartz-IV-Leistungen überflüssig machen.
- 361 • Die Übernahme der Wohnkosten (Kosten der Unterkunft) durch die Jobcenter und
362 Sozialämter ist am Mittelwert des jeweiligen kommunalen Mietspiegels beziehungsweise
363 entsprechender örtlicher Vergleichsmieten zu orientieren und grundsätzlich in voller Höhe zu
364 übernehmen; Zwangsumzüge sind unzulässig.
 - 365 • Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen. Die
366 Kommunen sind verpflichtet, einen kommunalen Härtefonds einzurichten, der im Falle der
367 Zahlungsunfähigkeit die rückständigen Kosten übernimmt.
 - 368 • Durch Einführung eines Sozialpasses wird Menschen mit Einkommen unterhalb des
369 Pfändungsfreibetrages kostenloser Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie
370 Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglicht.
 - 371 • Sämtliche öffentliche Bildungsangebote und Leistungen werden allen Kindern unabhängig
372 von ihrem sozialen Status kostenlos zur Verfügung gestellt.
 - 373 • Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist bedingungslos abzuschaffen; bei vorübergehender
374 Wohnungslosigkeit müssen in ausreichendem Umfang menschenwürdige und kostenlose
375 Schlafgelegenheiten eingerichtet werden; Schaffung von zusätzlichen Stellen
376 („Streetworker“), um wohnungslose Menschen zu den Ämtern zu begleiten.

377 **Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

378 Die Städte und Landkreise in NRW stehen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik vielerorts
379 vor großen Herausforderungen. Neoliberale Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre
380 Spuren hinterlassen. Gerade in industriell geprägten Regionen hat ein massiver Arbeitsplatzabbau
381 stattgefunden, der die betroffenen Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit belastet und einschränkt.
382 Kommunale Selbstverwaltung und eine Politik im Interesse der Bürger*innen werden dadurch massiv
383 in Frage gestellt.

384 **Die Beschäftigungsverhältnisse, die wir wollen, sind:**

- 385 • unbefristet
- 386 • gerecht und armutssicher
- 387 • sozialversichert
- 388 • tarifgebunden
- 389 • familiengerecht

390 Denn der Arbeitsmarkt darf nicht länger vom kapitalistischen Prinzip bestimmt werden, sondern
391 muss sich an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer*innen orientieren.

392 **Worauf wir dabei setzen?**

- 393 • staatliche Investitionen in den Bereichen Soziales, Bildung und Verkehr
- 394 • mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst
- 395 • gute Beschäftigung durch öffentliche Förderung

396 **Was wir dafür brauchen ist:**

- 397 • ein entschiedener Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

398 **Was das bringt?**

- 399 • mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse
- 400 • mehr Fachkompetenz in den Verwaltungen
- 401 • weniger Erwerbslose

402 **Was muss dafür getan werden?**

- 403 • Aufbau statt des Abbaus von Stellen im Öffentlichen Dienst
- 404 • sofortige Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen
- 405 • In den Kommunen müssen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für
406 Langzeiterwerbslose geschaffen werden.

407 Wir müssen und wollen dafür sorgen, dass alle Beschäftigten und Selbstständigen unabhängig von
408 der Art ihrer Beschäftigung oder ihres Gewerbes unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten
409 können.

410 **Für eine fortschrittliche kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik**

411 Profitinteressen waren und sind die entscheidende Ursache dafür, dass sowohl in der Eisen- und
412 Stahlindustrie als auch im Ruhrgebietsbergbau hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet und
413 dabei traditionelle Industriestandorte geschlossen wurden. Dazu gehörten das Krupp-Stahlwerk in
414 Duisburg-Rheinhausen, die Henrichs-Hütte in Hattingen oder das Hoesch-Stahlwerk in Dortmund.

415 Auch im Bergbau wurden seit den 1970er Jahren dutzende Zechen vornehmlich im Ruhrgebiet
416 stillgelegt mit der Folge, dass hunderttausende von Bergarbeitern in die Frühverrentung geschickt
417 worden sind. Aktuell schließen die Strategien von Siemens, Bosch, ThyssenKrupp oder der
418 Automobilindustrie nahezu nahtlos an diese desaströsen Entwicklungen an. Bei solch drastischem
419 Arbeitsplatzabbau diktiert immer wieder das kapitalistische Prinzip die Feder: Die Gewinne werden
420 privatisiert und die Verluste hat die Gesellschaft zu tragen, nicht zuletzt die Kommunen.

421 Die Zahl der amtlich gemeldeten Erwerbslosen hat sich in den letzten Jahren zwar deutlich verringert
422 und die offizielle Statistik feiert ein Beschäftigungswunder. Dafür hat jedoch die Zahl der
423 Beschäftigten in unsicheren Arbeitsverhältnissen erheblich zugenommen. Mehr als jede*r Fünfte
424 arbeitet als Geringverdiener*in oder in Teilzeit, mehr als 40 % aller Neueinstellungen sind nur
425 befristet und die Zahl der unsteten Leiharbeitsverhältnisse wächst. Auch ein Großteil der
426 Freiberufler*innen und Selbstständigen im gastronomischen und kulturellen Bereich lebt unter
427 prekären Bedingungen.

428 Die Folge: Städte wie Duisburg, Gelsenkirchen oder Dortmund als ehemalige industrielle Hochburgen
429 haben heute nicht nur Armutsquoten von mehr als 25 % aufzuweisen, sondern es wird von diesem
430 Trend inzwischen auch die gesamte Bevölkerung ganzer Stadtteile erfasst. Dies geht einher mit
431 Ghettoisierung, hohen Wohnungsleerständen und einem dramatischen Abbau sozialer und
432 kultureller Einrichtungen.

433 Auch auf dem Land zeigen sich die Folgen: Innenstädte veröden, weil Geschäfte leer stehen und der
434 Einkommens- und Kaufkraftverlust der berufstätigen Menschen unmittelbar zu spüren ist. Einen
435 Wohnungswechsel können sich nur noch Besserverdienende leisten.

436 Hinzu kommt, dass in den kommunalen Verwaltungen und Einrichtungen trotz wachsender Aufgaben
437 ein Stellenabbau erfolgt ist. Der neoliberale Fetisch der „Schuldenfreiheit“ und das falsche Dogma
438 „Privat vor Staat“, das von der Mehrheit der Entscheidungsträger*innen in den Rat- und
439 Kreishäusern vertreten wird, dienen dabei als Begründung. Seit 1990 wurden mehr als 50 % der
440 Normal-Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Sektor abgebaut. Dies ging vielfach einher mit einer
441 fehlenden Übernahme von Auszubildenden in den kommunalen Verwaltungen und Betrieben.

442 Diese Entwicklungen haben zu einer erheblichen Steigerung der Arbeitsbelastung im Öffentlichen
443 Dienst und in der Folge hohen Krankenständen der Mitarbeiter*innen sowie zu einer spürbaren
444 Verschlechterung der kommunalen Daseinsvorsorge geführt. Viele Bereiche der
445 Kommunalverwaltung stehen am Rande ihrer Leistungsfähigkeit, mancherorts droht gar der
446 Zusammenbruch kommunaler Leistungen und Angebote.

447 Darüber hinaus ist die interne Fachkompetenz in Verwaltungen verloren gegangen. Im gleichen
448 Maße ist die Abhängigkeit von kostenintensiven externen privaten Dienstleistern und Beratern
449 gestiegen, insbesondere bei Bauleistungen und Infrastrukturprojekten.

450 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst schaffen**

451 Eine verbesserte öffentliche Daseinsvorsorge sowie der Ausbau kommunaler Einrichtungen und
452 Dienstleistungen erfordern einen entschiedenen Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und
453 Beschäftigungspolitik.

454 In den Kommunen treten wir deshalb für folgende Ziele ein:

- 455 • kein weiterer Stellenabbau im Öffentlichen Dienst
- 456 • die unbefristete Übernahme von Auszubildenden

- 457 • kommunale Personalentwicklungs- und -aufbaupläne
- 458 • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- 459 • den Ausbau kommunaler Eigenbetriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge
- 460 • die Entwicklung der kommunalen Stadtwerke bzw. Energieversorger zu Einrichtungen
- 461 regenerativer sowie dezentraler Energieerzeugung und zu Dienstleistungsunternehmen im
- 462 Rahmen einer alternativen Klimapolitik zur Unterstützung und Beratung örtlicher
- 463 Energiegenossenschaften als nicht gewinnorientierte Unternehmen

464 **Fortschrittliche Kommunalpolitik heißt: durch öffentliche Förderung gute Beschäftigung schaffen**

465 Die Statistiken der örtlichen Jobcenter weisen es aus: Trotz gestiegener Beschäftigungsquoten ist die
 466 Zahl der von Langzeiterwerbslosigkeit betroffenen Menschen nach wie vor hoch. Es sind in NRW
 467 landesweit mehr als 300.000 Menschen, die arbeiten könnten und wollen. Der Markt richtet es nicht.
 468 Und die bisherigen „Arbeitsmarktinstrumente“ des Hartz-IV-Systems sind kläglich gescheitert. Ein-
 469 Euro-Jobs, Bewerbertrainings oder 50-Plus-Programme haben den Betroffenen nichts gebracht.
 470 Diese Maßnahmen und die mit Hartz IV systematisch verbundene Praxis von Sanktionen und
 471 Leistungskürzungen sind demütigend sowie menschenunwürdig und damit demotivierend. Sie
 472 gehören ersatzlos abgeschafft.

473 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung ebenso wie ältere Erwerbslose besonders
 474 in den von Strukturwandel und Deindustrialisierung betroffenen Regionen in NRW dürfen nicht
 475 länger mit der Aussicht eines Lebens fern vom Arbeitsmarkt konfrontiert werden.

476 Stattdessen sind die Städte und Kreise sozialpolitisch in der Pflicht, Beschäftigung für
 477 Langzeiterwerbslose in den Kommunen in kommunalen Einrichtungen und über spezielle
 478 Beschäftigungsträger zu schaffen. Das soll durch öffentliche Förderung mit eigenen Mitteln und die
 479 Nutzung öffentlicher Fördermittel finanziert werden.

480 Für DIE LINKE sind eine dauerhafte sozialversicherte Beschäftigung, tarifliche und existenzsichernde
 481 Bezahlung ohne Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, der Aufbau eigener Ansprüche auf
 482 Arbeitslosengeld I, die freiwillige Teilnahme (offene Bewerbung) und ein Vorrang für berufliche
 483 Qualifizierung und reguläre Ausbildungsabschlüsse Mindestbedingungen für gute Beschäftigung.

484 An den auf kommunaler Ebene eingerichteten Beschäftigungsverhältnissen zur Bekämpfung der
 485 Langzeitarbeitslosigkeit nach dem Teilhabechancengesetz kritisiert DIE LINKE, dass diese
 486 Beschäftigungsverhältnisse keine Arbeitslosenversicherung enthalten und außerdem
 487 subventionsbewehrt sind. DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, dass diese Arbeitsverhältnisse
 488 arbeitsrechtlich normalen Arbeitsverhältnissen gleichgesetzt werden.

489 DIE LINKE in den Räten und Kreistagen fordert und unterstützt öffentlich geförderte kommunale
 490 Beschäftigung, wenn diese gute Arbeitsbedingungen schafft. Das heißt, wenn die angebotene
 491 Beschäftigung

- 492 • freiwillig ohne zwangsweise Zuweisung durch das Jobcenter aufgenommen werden kann,
- 493 • grundsätzlich unbefristet ist; sachgrundlose Befristungen sind ausnahmslos abzuschaffen;
- 494 Befristungen mit Sachgrund sind nur in engen Grenzen zulässig,
- 495 • unter einen Tarifvertrag fällt und dabei insbesondere tariflich vergütet wird,
- 496 • Anspruch auf bezahlte Qualifizierungsmaßnahmen enthält,
- 497 • erforderliche Unterstützungsmaßnahmen (z. B. Kinderbetreuung, psychologische Betreuung
- 498 u. a.) vorsieht,
- 499 • Hilfestellung bei Bewerbungen auf andere Stellen beinhaltet und

- 500 • eine Beendigung der geförderten Beschäftigung ermöglicht, ohne Sanktionen gemäß § 31
501 Abs. 1 Nr. 3 SGB II befürchten zu müssen.

502 In diesem Zusammenhang fordert und unterstützt DIE LINKE

- 503 • die Einrichtung von Stadtteilzentren, insbesondere in sog. Stadtteilen mit besonderem
504 Erneuerungsbedarf bzw. in sozialen Brennpunkten, die im Rahmen öffentlicher geförderter
505 Beschäftigung soziale, technische und handwerkliche Dienstleistungen anbieten. Diese
506 Angebote sollen Erwerbslosen und Geringverdienenden zur Verfügung stehen, die sich
507 derartige Angebote am „freien“ Markt nicht leisten können.
- 508 • das Angebot zur Begleitung und alltäglichen Hilfe für ältere Menschen und Menschen mit
509 Behinderung.

510 **Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz**

511 LINKE Kommunalpolitik im Bereich Klima und Umwelt tritt angesichts der globalen Klimakatastrophe
512 dafür ein, dass alles getan wird, um die bereits jetzt unausweichlichen Folgen für die Menschen in
513 Städten und Gemeinden, mit allen auf kommunaler Ebene möglichen Mitteln zu mildern und einer
514 weiteren Verschlechterung der Lage durch entschlossenen Klimaschutz entgegenzuwirken.

515 **Die Klima- und Umweltpolitik, die wir wollen, ist:**

- 516 • sozialökologisch
- 517 • antikapitalistisch
- 518 • am Pariser Abkommen und dem 1,5-Grad-Ziel orientiert

519 Denn Klima- und Umweltschutz auf kommunaler Ebene bedeutet für DIE LINKE, alles zu tun, um
520 Vorsorge für die Folgen des Klimawandels zu treffen und alles zu tun, um die CO₂-Neutralität der
521 Kommunen bis zum Jahr 2035, spätestens aber zum Jahr 2040 zu erreichen.

522 **Worauf wir dabei setzen?**

- 523 • unseren „Aktionsplan 2035“

524 **Was wir dafür brauchen?**

- 525 • kommunale Kreislaufwirtschaft
- 526 • Ressourcensparsamkeit
- 527 • Recyclingkonzepte
- 528 • dezentrale Energieversorgung

529 **Was das bringt?**

- 530 • Klimaneutralität
- 531 • Klimaschutz
- 532 • Klimagerechtigkeit

533 **Was muss dafür getan werden?**

- 534 • Rekommunalisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Konzerne
- 535 • Ein planbarer, für die Bürger*innen jederzeit transparenter Prozess muss auf kommunaler
536 Ebene angestoßen werden.

537 Die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle
538 Bürger*innen müssen die obersten Prinzipien linker Kommunalpolitik sein – auch und gerade in der
539 Klimapolitik. Das wollen wir mit unserem „Aktionsplan 2035“ erreichen.

540 **Klimaschutz und LINKE Kommunalpolitik – unser „Aktionsplan 2035“**

541 Klimaschutzpolitik ist ohne die aktive Beteiligung der Kommunen nicht möglich. Davon sind nahezu
542 alle kommunalen Politikfelder betroffen. Von der Energieversorgung, über die Wirtschaftsförderung,
543 den öffentlichen Personennahverkehr, das Grün- und Waldflächenmanagement, die
544 Wohnraumsanierung bis hin zu städtebaulichen Konzepten und der Einflussnahme auf die regionale
545 Wirtschaftsstruktur. Um auf all diesen Politikfeldern zu agieren, braucht es eine übergreifende
546 Zielsetzung.

547 Für LINKE Kommunalpolitik bedeutet das, dass alle genannten Politikfelder den Zwecken der
548 Kapitalmehrung und des kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entzogen werden
549 müssen. Für die Energieversorgung bedeutet das z. B., dass nur eine Rekommunalisierung den
550 nötigen Umbau auf nichtfossile Energieträger bis 2035 erzielen kann. Dabei ist ein möglichst hoher
551 Anteil vor Ort erzeugter regenerativer Energien anzustreben

552 Wir wollen alle Aspekte eines sozialökologischen Umbaus verbinden, hin zu
553 Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit. Dazu sollen
554 alle Städte und Gemeinden für sich einen auf die konkreten Gegebenheiten zugeschnittenen
555 „Aktionsplan 2035“ als Kernstück der zukünftigen Kommunalpolitik entwickeln. Dieser Plan muss
556 nach den Geboten der Nützlichkeit für das Gemeinwohl, der Ressourcensparsamkeit, der
557 Wiederverwertung und des Klimaschutzes konkrete Maßnahmen mit der Perspektive auf ein
558 Klimaneutralitätsziel 2035 festlegen.

559 **Unser „Aktionsplan 2035“:**

- 560 • erstellt eine Klimabilanz der Kommune und eine Potentialanalyse für die Reduktion der
- 561 Klimabelastung, die in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben wird,
- 562 • enthält alle kommunalpolitischen Handlungsfelder und definiert konkrete Teilziele für jedes
- 563 Handlungsfeld,
- 564 • trägt sozialpolitischen Auswirkungen jeder vorgeschlagenen Maßnahme Rechnung und
- 565 schlägt einen gerechten Ausgleich vor,
- 566 • wird unter intensiver Beteiligung der Einwohner*innen und umweltpolitischen Initiativen,
- 567 Vereine und Verbände entwickelt,
- 568 • enthält eine regelmäßige öffentliche Berichterstattung über bereits erfolgte Maßnahmen
- 569 und den Stand der Zielerreichung,
- 570 • entsteht in Kooperation mit anderen Kommunen, um Erfahrungen zu teilen, voneinander zu
- 571 lernen und ggf. Synergien zu nutzen.

572 **Was die Ziele unseres „Aktionsplans 2035“ sind:**

- 573 • ein planbarer, jederzeit für die Einwohner*innen transparenter Prozess
- 574 • ein Paradigmenwechsel weg von einer ausbeutenden, die Regionen auszehrenden
- 575 kapitalistischen Globalisierung hin zu einer partizipatorischen, kooperativen und
- 576 solidarischen Regionalwirtschaft
- 577 • Artenvielfalt in unserer Kommune
- 578 • CO2-Neutralität durch den Ausbau regenerativer Energien

579 **Wie wir Kommunen auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten:**

- 580 • Wo dies noch nicht geschehen ist, müssen Städte einen Klimafolgen-Anpassungsplan
- 581 erarbeiten. Bestehende Pläne müssen an die beschleunigte Entwicklung der

582 Klimaerwärmung angepasst werden. Diese Pläne zeigen Möglichkeiten, wie die Durchlüftung
583 der Stadt verbessert, Frischluftschneisen erhalten oder gegebenenfalls wiederhergestellt
584 werden können, wie mehr Bäume gepflanzt, Fassaden und Dächer begrünt werden können.
585 Dafür wird ein Gründachpotential-Kataster angelegt. Gründächer sorgen für bessere Luft und
586 binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen.

- 587 • Hitzeinseln werden erfasst und auf das Vorhandensein kritischer Einrichtungen überprüft,
588 wie z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas, Schulen, Spielplätze. Maßnahmen zum Schutz
589 dieser Einrichtungen werden ergriffen.
- 590 • Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische Sorten bevorzugt, sofern sie auch den
591 veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst sind.
- 592 • LINKE Kommunalpolitik setzt sich für die Einrichtung von Baumschutzsatzungen sowie
593 Baumkatastern in allen Kommunen ein.
- 594 • Kommunen erstellen Aktionspläne für Hitzewellen.

595 **Agrarpolitik**

596 LINKE Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert
597 ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des
598 menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

599 **Was wir tun, um sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:**

- 600 • Große Teile des Grünlands werden derzeit bewirtschaftet. Auf größeren Ackerschlägen sollen
601 künftig feste Wild- und Insektenschutzstreifen eingerichtet werden. Kommunales Agrarland
602 soll ökologisch und ohne den Einsatz von synthetischen Pestiziden bewirtschaftet werden.
603 Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sollen als Insekten-
604 und Wildschutzraum umgestaltet werden. Bestehende Pachtverträge sollen in den
605 kommenden zehn Jahren umgestellt oder gekündigt werden, wo dies möglich ist.
- 606 • Die Kommune initiiert und unterstützt Projekte der solidarischen Landwirtschaft, wie auch
607 Möglichkeiten der regionalen und saisonalen Direktvermarktung für Agrarbetriebe aus der
608 Region.
- 609 • LINKE Kommunalpolitik strebt die Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen
610 Kantinen, Schulen und Kindergärten auf ökologische, saisonal und regional erzeugte
611 Nahrungsmittel an.
- 612 • Kommunale Wälder werden erhalten und als standortangepasste Mischwälder naturnah
613 bewirtschaftet. Teile der städtischen Wälder sollen nicht bewirtschaftet, sondern der Natur
614 überlassen werden.
- 615 • Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün werden so gestaltet, dass sie als
616 Reproduktionsstätten für Biodiversität dienen können, Flugkorridore für Insekten und
617 Leitsysteme für Kleintiere müssen geschaffen werden. Unnötige Lichtemissionen müssen
618 vermieden werden.
- 619 • Die Kommune wirkt der zunehmenden Versiegelung in privaten Gärten durch geeignete
620 Satzungen entgegen und ergreift Maßnahmen, um Schottergärten zu identifizieren und ihre
621 Entsiegelung zu erreichen.

622 **Energiepolitik**

623 LINKE Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere,
624 nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel

625 unserer Politik. Die Versorgung der Bürger*innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf
626 nicht profitorientiert sein.

627 **Wie eine sozialökologische Energiewende aussieht:**

- 628 • LINKE Kommunalpolitik fordert die sofortige Beendigung der Atomwirtschaft und den
629 sofortigen Ausstieg der kommunalen Energieversorgung aus der Atomenergienutzung. Wir
630 streiten für ein Verbot von Atommüll- und Urantransporten über kommunales Gebiet. Die
631 Atommüll-Konditionierungsanlagen in Duisburg-Wanheim und Jülich, die Castorproduktion in
632 Krefeld (Siempelkamp) wie auch die Urananreicherungsanlage in Gronau sollen sofort
633 stillgelegt werden. Keine weiteren Einlagerungen im Atommüll-Zwischenlager in Ahaus.
634 Gemeinsam mit der länderübergreifenden Anti-AKW-Bewegung wollen wir, dass die
635 Atomanlagen in Tihange und Doel (grenznah in Belgien) schnell endgültig vom Netz gehen.
- 636 • LINKE Kommunalpolitik fordert bezahlbaren Strom für alle. Den Zugang zu Energie zu
637 ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern
638 LINKE Kommunalpolitiker*innen einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache
639 Bürger*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung
640 entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen. Wir wehren uns gegen
641 Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger.
- 642 • Die örtlichen Stromnetze und der örtliche Energieversorger gehören in die öffentliche Hand.
643 Stadt oder Kreis sollen über Energiegenossenschaften oder ihre eigenen Stadtwerke
644 Ökostromprojekte entwickeln. Sie sollen einen Plan entwickeln, wie sie bis zum Jahr 2030
645 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude von Kreisen
646 und Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom des eigenen
647 Energieversorgers versorgt werden.
- 648 • Kommunen und Kreise sollen Aktienpakete von Unternehmen, deren Geschäftsfeld die
649 Extraktion, Verarbeitung und der Vertrieb fossiler Energieträger ist (Mineralöl-, Erdgas- und
650 Kohleindustrie) abstoßen.
- 651 • Städte und Kreise erarbeiten im Rahmen unseres „Aktionsplan 2035“ verbindliche
652 Handlungsziele für die CO2-Reduktion und den Ausbau regenerativer Energien, wie auch
653 einen Maßnahmenkatalog dazu. Ziel ist, die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 in den
654 Kommunen zu erreichen. Die örtlichen CO2-Emissionen werden ermittelt und ihre
655 Entwicklung jährlich fortgeschrieben. Für diese Aufgaben wird in der Verwaltung eine eigene
656 Stelle mit ausreichenden Mitteln und personeller Ausstattung geschaffen.
- 657 • Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens
658 fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben.
- 659 • Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KFW 55, mit einer
660 Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach
661 gebaut.
- 662 • Ziel kommunaler Politik muss die Ausstattung aller geeigneten Dächer mit
663 Photovoltaikanlagen sein. Kommunen erstellen, wo noch nicht vorhanden, ein
664 Solardachpotential-Kataster. Sie verfolgen das Ziel, Solaranlagen auf allen geeigneten
665 Dächern städtischer Gebäude einzurichten. Einzelpersonen und Energiegenossenschaften
666 werden dazu ermutigt, Solaranlagen auf städtischen Dächern zu bauen. Insbesondere ist es
667 aber die Aufgabe des städtischen Energieversorgers, Solaranlagen in der Stadt zu errichten.
668 Beim Verkauf städtischer Grundstücke und im Rahmen von vorhabenbezogenen
669 Bebauungsplänen werden private Bauherr*innen durch städtebauliche Verträge zur
670 Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet. Eine generelle Verpflichtung zur Errichtung
671 von Photovoltaikanlagen bei Neubauten sollte angestrebt werden.

672 **Tierschutzpolitik**

673 Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt
674 wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere
675 die sogenannten Nutztiere – werden durch das bestehende Tierschutzgesetz völlig entrechtet und
676 dem Kapitalismus unterworfen und geopfert. Haustiere genießen nur insoweit Rechte, wie sie eine*n
677 fürsorgliche*n Besitzer*in haben.

678 LINKE Kommunalpolitik kann das bestehende Tierschutzgesetz nicht ändern, aber wir können mit
679 geeigneten Maßnahmen auf kommunaler Ebene gegensteuern. Der Schutzauftrag des Staates
680 beschränkt sich nicht nur auf den Menschen. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und
681 Landschaften renaturieren. Wir wollen Schinderei und quälerische Haltungsweisen beenden und
682 wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass
683 der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender
684 Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche
685 Güter gefördert werden.

686 Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem
687 Nutzwert.

688 Im Einzelnen heißt Tierschutz für LINKE Kommunalpolitik:

- 689 • keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inkl. Ponykarussells auf Volksfesten
- 690 • Stärkung von Tierschutzorganisationen in den Kommunen
- 691 • Ausbau der Kontrollen durch die Veterinärmedizin
- 692 • Verbot von betäubungslosem Schächten
- 693 • soziale Staffelung der Hundesteuer
- 694 • kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen
- 695 • Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten
- 696 • Erstellung eines Stadtaubenzkonzeptes
- 697 • keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
- 698 • Förderung und Erstellung von Wildtierkorridoren und -passagen
- 699 • Schutz, Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten fördern, Privatisierungen
700 stoppen
- 701 • konkrete Konzepte zur Erhaltung der Artenvielfalt entwickeln
- 702 • Reptilienbörsen verbieten
- 703 • Zoos müssen verpflichtet werden, Tiere artgerecht unterzubringen, anderenfalls ist die
704 Haltung nicht zu genehmigen.
- 705 • Delphinarien sind zu schließen.
- 706 • Silvesterböllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen
- 707 • Lichtverschmutzung vermeiden zum Insekten- und Pflanzenschutz (orangefarbenes Licht
708 schreckt Insekten ab, nach unten strahlende Lampen etc.)

709 **Wohnungspolitik**

710 Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen ist sowohl in Artikel 25 (1) der „Allgemeinen
711 Erklärung der Menschenrechte“ als auch in Artikel 11 (1) des UN-Sozialpakts verankert. Dieser Pakt
712 ist keine unverbindliche Absichtserklärung: Er garantiert allen Menschen Rechte, die kein Staat
713 gefährden darf bzw. für deren Einhaltung ein Staat zuständig ist.

714 Eine naheliegende Handhabe besteht schon in Artikel 29, Abs. 2 (Siedlungswesen) der NRW-
715 Verfassung als Landesverpflichtung, „neue Wohn- und Wirtschaftsheimstätten zu schaffen“.

716 **Die Wohnungspolitik, die wir wollen, ist:**

- 717 • gemeinwohlorientiert
- 718 • bedarfsdeckend
- 719 • sozialgerecht

720 Denn das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf.

721 **Worauf wir dabei setzen?**

- 722 • Mietendeckel
- 723 • Warmmietenneutralität
- 724 • Modernisierungen
- 725 • Wohnungsgemeinnützigkeit
- 726 • sozialgerechte Bodennutzung

727 **Was wir dafür brauchen sind Stadtentwicklungskonzepte, die**

- 728 • die öffentliche, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft wiederbeleben,
- 729 • die Wohnraumversorgung nicht dem Markt überlassen,
- 730 • das Grundrecht auf Wohnen laut Sozialpakt einhalten,
- 731 • gesundheitsfördernd, ökologisch nachhaltig und barrierefrei sind.

732 **Was das bringt?**

- 733 • eine gesunde Wohnumwelt
- 734 • soziale Nachbarschaften und Stadtteile
- 735 • Zugang zu öffentlichen Einrichtungen
- 736 • Teilhabe an der Stadt

737 **Was muss dafür getan werden?**

- 738 • Die großen Immobilienkonzerne wie VONOVIA, Deutsche Wohnen, TAG Immobilien,
739 Vivawest und LEG müssen in öffentliches Eigentum überführt werden.
- 740 • Der Bestand an öffentlichem und gemeinwohlorientiertem Boden muss massiv erhöht
741 werden.
- 742 • Die kommunalen Wohnungsunternehmen müssen ihre Bauleistungen dauerhaft erhöhen.
- 743 • Die Rechte von Mieter*innen müssen gestärkt werden.
- 744 • Kommunen führen eine Zweckentfremdungssatzung ein.

745 Die Städte und Gemeinden müssen die Wohnungspolitik selbst zu einem Schwerpunkt machen –
746 mit entsprechenden Konsequenzen für den Einsatz der städtischen Haushaltsmittel und des
747 städtischen Personals.

748 **Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten**

749 Wohnen in Deutschland wird immer teurer. Das liegt an Bodenspekulation und einer nicht
750 wirksamen Mietpreisbremse. Beides führt dazu, dass Menschen mit mittlerem und niedrigem
751 Einkommen oder Menschen ohne eigenes Einkommen aus bestimmten Wohnlagen verdrängt
752 werden. Das gilt ebenso für soziale oder kulturelle Einrichtungen.

753 Deshalb gehören eine soziale Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik zu den unverzichtbaren
754 Kernaufgaben der Gesellschaft. In den vergangenen Jahrzehnten wurden allerdings wesentliche
755 Grundlagen einer sozialen Wohnungspolitik beseitigt: Die Wohnungsgemeinnützigkeit wurde
756 abgeschafft, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erleichtert und öffentliche
757 Wohnungsbestände privatisiert. Der soziale Wohnungsbau ist in weiten Teilen des Landes zum
758 Erliegen gekommen. Kurz: Die Wohnraumversorgung wurde immer mehr dem Markt überlassen und
759 dieser hat versagt.

760 Große private Wohnungsbaugesellschaften wie VONOVIA, Deutsche Wohnen, TAG Immobilien,
761 Vivawest und die ehemals landeseigene und 2008 privatisierte LEG besitzen in NRW zusammen ca.
762 400.000 Wohnungen. Sie setzen auf Profit, nicht auf Bedarfsdeckung. In der Folge steigen vielerorts
763 die Mieten beständig an. Es herrscht Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Viele Menschen
764 können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und Heizung
765 nicht mehr leisten. Dadurch werden sie verdrängt.

766 Gleichzeitig verfallen manche Wohngebiete, weil sich hier Instandhaltung und Modernisierung
767 für die renditeorientierten Eigentümer nicht lohnen. In der Folge entsprechen viele Wohnungen
768 oft nicht mehr heutigen Anforderungen, etwa an die Barrierefreiheit und Energieeffizienz.

769 **Öffentlich geförderten Wohnraum am realen Bedarf orientieren**

770 Das Land Nordrhein-Westfalen und die NRW.Bank stellen jährlich 800 Millionen Euro für sozialen
771 Wohnungsbau bereit. Zuletzt gab es pro Jahr eine neue Mietpreisbindung für 8.000 bis 10.000
772 Wohnungen. Das reicht nicht aus, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken. Denn der
773 Bestand an Wohnungen mit Mietpreisbindung ist von 1,6 Millionen im Jahr 1979 auf 460.700 im Jahr
774 2017 zurückgegangen. Bis zum Jahr 2030 wird der Bestand voraussichtlich bei nur noch 290.000
775 Wohnungen liegen.

776 Im Vordergrund kommunaler Wohnungspolitik muss zum einen der Neubau von dauerhaft
777 belegungs- und preisgebundenen Mietwohnungen stehen. Hierbei sollen Kommunen solchen
778 Wohnraum durch eigene Bautätigkeit schaffen. Zum anderen müssen Wohnungsbestände
779 gesundheitsfördernd und ökologisch nachhaltig modernisiert werden, also Barrieren abgebaut,
780 schadstofffreie Baumaterialien verwendet und Energieeinsparmaßnahmen durchgeführt
781 werden. Diese Maßnahmen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter*innen führen.

782 Durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, dem Ende der werksverbundenen
783 Wohnungsunternehmen und dem Ausverkauf öffentlicher Unternehmen sind viele Bauträger
784 abhandengekommen. Dem wollen wir durch die Wiederbelebung einer gemeinwohlorientierten
785 Wohnungswirtschaft begegnen. Ohne eine deutlich erhöhte öffentliche Wohnungsbauförderung
786 und ohne diese gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft kann der erforderliche
787 Wohnungsbestand weder geschaffen noch erhalten werden.

- 788 • Wir fordern eine Quote von mindestens 20 Prozent der Fläche für geförderten
789 Wohnraum – in den Ballungsräumen deutlich mehr – in allen neuen Bebauungsplänen
790 und städtebaulichen Verträgen.
- 791 • Die Kommunen müssen bei Bedarf ihre Bauleistung massiv erhöhen, um den Bedarf an
792 bezahlbaren Wohnungen zu decken. Es muss Druck auf den Bund ausgeübt werden, die
793 Kosten für ein Sofortprogramm zur Schaffung von 80.000 kommunalen Wohnungen in NRW
794 zu übernehmen.
- 795 • Unterbringungsmöglichkeiten für Wohnungslose sowie effektive Programme in den
796 Kommunen wie „Housing First“ müssen ausgeweitet werden.

797 **Mieter*innen stärken**

798 Immer mehr Mieter*innen setzen sich gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung zur Wehr,
799 immer mehr organisieren sich in Mieterinitiativen, um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu
800 kämpfen. Wir als LINKE solidarisieren uns mit ihnen und unterstützen sie, wo wir nur können.

801 Wir stehen an der Seite von Kampagnen wie „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“, arbeiten
802 aktiv in ihnen mit und starten wo möglich Initiativen in diese Richtung. Gleichzeitig versuchen
803 wir, die bundesweite Vernetzung dieser Initiativen und der Mieter*innen insgesamt
804 voranzubringen.

805 Wir meinen, niemand darf in Folge eines Eigentümerwechsels oder aufgrund von
806 Umbaumaßnahmen aus seiner Wohnung vertrieben werden. Der Kündigungsschutz muss
807 ausgebaut werden, während das Recht auf Eigenbedarfskündigungen eingeschränkt werden
808 muss. Auf Bundesebene muss eine Reform im Sozialgesetzbuch erfolgen, damit im Rahmen der
809 Kosten der Unterkunft tatsächlich alle Wohnkosten übernommen werden und Zwangsumzüge
810 verhindert werden.

811 Zur Stärkung der Mieter*innen fordern wir in den Kommunen:

- 812 • Es muss Schluss damit sein, dass sich die Mieten und Mietsteigerungen an den viel zu
813 hohen Marktpreisen orientieren. Kurzfristig fordern wir einen wirksamen Mietendeckel.
814 Dazu müssen sich die kommunalen Mietspiegel an den Bestandsmieten orientieren und
815 nicht wie bisher an den Abschlüssen der vergangenen Jahre. Mieter*innen sollen nach
816 baulichen Eingriffen nicht mehr Miete zahlen als sie infolge dieser Maßnahme einsparen
817 (Warmmietenneutralität). Mittelfristig müssen sich diese an den Kosten orientieren.
- 818 • Die Angemessenheitsgrenzen für die Kosten der Unterkunft müssen von den Kommunen so
819 an die Mietenentwicklung angepasst werden, dass Zwangsumzüge vermieden werden.
820 Wohnungen mit Sozialbindung müssen immer als angemessen gelten.

821 **Boden darf keine Ware für Spekulant*innen sein**

822 Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken in
823 guten Lagen an Investor*innen und Spekulant*innen zu legitimieren. Der Verkauf von Sahnestücken
824 an Investor*innen führt zu Luxusprojekten und Luxusstadteilen, sie wirken als Preistreiber in der
825 ganzen Stadt. Boden darf keine Ware sein wie jede andere. Eine soziale Bodenpolitik ist von zentraler
826 Bedeutung.

827 Wer bezahlbaren Wohnraum für die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen schaffen
828 möchte, darf keine weiteren Leuchtturmprojekte zur „Attraktivierung“ zulassen. Städte, in denen
829 Bauland knapp ist, müssen sämtliche Flächen, derer sie habhaft werden können, erwerben

830 beziehungsweise behalten. Gerade in den Ballungsräumen sollte kommunaler Grund und Boden nur
831 noch auf Erbpachtbasis abgegeben werden. Das Grundgesetz sieht vor, dass Grund und Boden zum
832 Schutz der Bevölkerung und des Gemeinwohls in Gemeineigentum überführt werden kann. In
833 Kommunen, in denen das Mietpreisniveau sowie der Mangel an günstigem Wohnraum zentrale
834 Probleme sind, ist die Kommunalisierung von bisher profitorientiert bewirtschaftetem Wohnraum
835 ein zentrales Ziel.

836 **Zweckentfremdungssatzungen nutzen**

837 Wir sind dagegen, dass preiswerte Mietwohnungen durch Abriss, Umwandlung und
838 Zweckentfremdung vernichtet werden und dass Wohnungen aus spekulativen Gründen leer
839 stehen. Eine sozial gerechte Nutzung des existierenden Wohnungsbestands ist ökologischer und
840 nachhaltiger als zusätzliche Bodenversiegelung durch Neubau.

841 Die Möglichkeiten der Kommunen nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz NRW, zur Vermeidung von
842 Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum Satzungen zu erlassen, müssen erhalten und
843 verschärft werden. Die Gemeinden brauchen mehr Möglichkeiten, die professionelle
844 Teilzeitvermietung von Mietwohnungen zu stoppen, z. B. indem sie Pensionen oder Hotelbetrieben
845 gleichgestellt wird.

846 Durch eine Zweckentfremdungssatzung wird Abbruch, Leerstand und Nutzungsänderung anzeige-
847 und genehmigungspflichtig.

- 848 • Vermieter*innen müssen gegenüber der Kommune begründen, warum dringend benötigter
849 Wohnraum leer steht.
- 850 • Bei unbegründetem Leerstand kann die Genehmigung verweigert werden.
- 851 • Leerstehender Wohnraum wird nach bestimmter Zeit in Gemeineigentum überführt, um
852 daraus bezahlbaren und sozialen Wohnraum zu machen.

853 **Wohnungsbaugesellschaften müssen gestärkt werden**

854 Wir wollen kommunale Wohnungsbaugesellschaften stärken. Sie sollen wirksame Instrumente für eine
855 soziale Wohnungspolitik werden und dürfen nicht zugunsten des städtischen Haushalts geschröpft
856 werden.

857 DIE LINKE fordert:

- 858 • Mietpreise für den Wohnungsbestand sind auf Basis des Kostendeckungsprinzips unter
859 Einbeziehung des gesamten Bestands zu bilden. Darüber hinausgehende Mieterhöhungen
860 sind ausgeschlossen.
- 861 • Gewinnausschüttungen sind zu begrenzen.
- 862 • Mittel der Gesellschaft sind dauerhaft zweckgebunden, der Verkauf von Wohnungen an
863 renditeorientierte Träger ist verbindlich ausgeschlossen.
- 864 • Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften führen formalisierte Strukturen ein,
865 Mieter*innen werden beteiligt und sind in der Mitbestimmung – denkbar ist eine
866 Drittelparität (Kommune, Beschäftigte, Mieter*innen).
- 867 • Eigenkapitalschwache kommunale Wohnungsunternehmen müssen von Kommunen und
868 Land durch Kapitalaufstockungen zu den erforderlichen Bauleistungen befähigt werden.

869

870 **Die Kommunen**

- 871 • müssen ein Baulückenkataster einführen, um Baulücken für Sozialwohnungen zu nutzen,
872 anstatt willkürlichen Flächenfraß zu fördern.
- 873 • müssen bei hohem Leerstand ein Leerstandskataster einführen, das notwendige
874 Modernisierungen erfasst. Die notwendige Sanierung erfolgt durch Landesmittel. Der so
875 entstandene soziale Wohnraum unterliegt wiederum der Mietpreisbindung – muss die
876 soziale Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) nach § 172 des Baugesetzbuches (BauGB)
877 konsequent nutzen, um der Verdrängung von Mietern*innen und dem Verlust
878 mietpreisgünstigen Wohnraums entgegenzuwirken.
- 879 • sollen private Investoren durch das Konzept „sozialgerechte Bodennutzung“ unter
880 bestimmten Voraussetzungen zum Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen verpflichten –
881 dürfen keine kommunalen Wohnungsunternehmen oder einzelne Wohnungen verkaufen –
882 dürfen Bauland nicht mehr privatisieren. Es muss vor allem kommunalen und anderen
883 gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen nach dem Erbbaurecht für den Bau von
884 Wohnungen im Preissegment der öffentlichen Wohnungsbauförderung zur Verfügung
885 stehen. Vom Bund fordern wir, kommunale Vorkaufsrechte auszuweiten und die Kaufpreise
886 in diesen Fällen zu begrenzen.

887 **Das Land**

- 888 • muss aufgefordert werden, die kommunale Wohnungsaufsicht – wie von den
889 Sachverständigen der Enquete-Kommission des nordrhein-westfälischen Landtags
890 vorgeschlagen – zu einer Pflichtaufgabe nach Weisung zu machen. Die Kommunen müssen
891 bei der Erfüllung dieser Aufgabe finanziell unterstützt werden.
- 892 • wird aufgefordert, das Gesetz zur Erhebung von Straßenbaubeiträgen abzuschaffen und die
893 Einnahmeverluste der Kommunen finanziell zu ersetzen. Denn Straßen gehören zur
894 allgemeinen Daseinsvorsorge und sind daher aus Steuermitteln zu finanzieren.

895 **Verkehrspolitik**

896 Der Verkehrssektor hat bislang nicht zum Klimaschutz beigetragen, im Gegenteil: Die CO₂-
897 Emissionen steigen. Der Bund setzt nicht erst seit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 auf
898 ungehemmtes Wachstum im umwelt- und gesundheitsschädlichen Autoverkehr und vernachlässigt
899 gleichzeitig den öffentlichen Personenverkehr sowie den Rad- und Fußverkehr. Statt Wachstum beim
900 motorisierten Individualverkehr brauchen wir eine sozialökologische Mobilitätswende, die alle
901 Menschen mitnimmt und unser Klima schützt.

902 **Die Mobilität, die wir wollen, ist:**

- 903 • flexibel
- 904 • ökologisch
- 905 • barrierefrei
- 906 • fahrscheinfrei

907 Denn Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Zugang zu Gütern für alle!

908 **Worauf wir dabei setzen?**

- 909 • Verkehrsvermeidung
- 910 • kurze Wege
- 911 • energiesparende Verkehrsmittel

912 **Was wir dafür brauchen sind Mobilitätskonzepte, die**

- 913 • intelligent sind,
- 914 • ökologisch sind,
- 915 • sozial gerecht sind.

916 **Was das bringt?**

- 917 • weniger Lärm
- 918 • weniger Abgasbelastungen
- 919 • weniger Flächenverbrauch durch den motorisierten Individualverkehr

920 Denn ohne die erzwungene Automobilität werden unsere Städte lebenswerter für alle!

921 **Was muss dafür getan werden?**

- 922 • Die Verkehrsinvestitionen müssen zielorientiert an einer sozialökologischen Mobilitätswende
923 ausgerichtet werden.
- 924 • Verkehrsplanung muss dazu vom Kopf auf die Füße gestellt werden und künftig ausgehend
925 von den schwächsten zu den stärksten Verkehrsteilnehmer*innen geplant werden:

- 926 1. Fußgänger*innen
- 927 2. Radfahrende
- 928 3. Öffentlicher Personennahverkehr
- 929 4. Motorisierter Individualverkehr

930 • Der Bund stellt den Kommunen dafür einen Verkehrswendefonds zur Verfügung.

931 Wir müssen sicherstellen, dass vor Ort die besten sozialökologischen Lösungen gefunden werden,
932 damit alle Menschen saubere Luft zum Atmen und eine ruhige Umgebung zum Leben haben.

933 **Fußgänger*innen**

934 Fußgänger*innen sind die Verkehrsteilnehmer*innen, welche am häufigsten bei der
935 Verkehrsplanung vergessen werden – und zugleich die schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen sind.
936 In einer Stadt der kurzen Wege, wie wir sie fordern, werden jedoch viele Wege zu Fuß zurückgelegt
937 werden.

938 **Um Fußgänger*innen einen höheren Stellenwert einzuräumen wollen wir:**

- 939 • Innenstädte konsequent autofrei gestalten,
- 940 • Gehwegbreiten von mindestens 2,50 Meter an allen Straßen durchsetzen,
- 941 • straßenbegleitendes Parken von Kfz minimieren, um einerseits diesen Raum für andere
942 Verkehrsteilnehmer*innen zu nutzen und andererseits die Sichtbarkeit von Fußgänger*innen
943 im Straßenraum zu verbessern und deren Sicherheit zu erhöhen.

944 **Radverkehr**

945 Das Fahrrad – egal ob mit oder ohne elektrische Verstärkung – als aktiver Faktor ist im Rahmen einer
946 sozialökologischen Mobilitätswende eine zentrale Säule. Das Radfahren ist eine eigenständige
947 Mobilitätsform und wichtiges Bindeglied zu den anderen Verkehrsmitteln, insbesondere zum
948 öffentlichen Personennahverkehr. Denn eine optimale Infrastruktur macht das Radfahren attraktiver
949 und sicherer, bringt mehr Menschen aus dem Auto aufs Rad. Radfahren ist gesund für die
950 Radfahrenden, emissionsarm und erzeugt kaum Lärm bei geringerem Platzbedarf an öffentlichem
951 Raum.

952 Unsere Forderungen lehnen sich an das „Kopenhagener Modell“ an. Durch eine konsequente
953 zukunftsfähige Stadtentwicklung ist die dänische Hauptstadt heute die Fahrrad-Welthauptstadt.
954 Durch das „Kopenhagener Modell“ sind die Einwohner*innen von Kopenhagen mobiler, gesünder,
955 und es gibt nachweislich positive Effekte in der dänischen Volkswirtschaft.

956 **Was wir tun wollen, um den Radverkehr zu stärken:**

- 957 • Das Fahrrad ist laut Straßenverkehrsordnung gleichberechtigt. Wir fordern die
958 Gleichberechtigung in der Praxis, also im Straßenverkehr.
- 959 • Genug Verkehrsraum ist vorhanden, er muss aber gerecht verteilt werden. Der benötigte
960 Platz soll dem Auto- und Lkw-Verkehr weggenommen werden. Bei der Verkehrsplanung lag
961 der Fokus bisher eher auf der touristischen Nutzung oder der Freizeitnutzung von Radwegen.
962 Unser Ziel ist es, Fahrradrouten für den Alltag zu schaffen, damit so viele Wege wie möglich
963 zwischen einem und etwa 20 Kilometern Länge problemlos per Rad erledigt werden können.
- 964 • Wir fordern eindeutig gekennzeichnete und von allen Verkehrsteilnehmer*innen bei allen
965 Sichtverhältnissen eindeutig erkennbare, sichere und gut befahrbare sowie
966 vernetzte Radwege. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für eine Attraktivitätssteigerung
967 der Radnutzung. Durch hochentwickelte Fahrradtechnik sowie die Nutzung elektrischer
968 Antriebe sind heute wesentlich längere Wege und höhere Lasten möglich. Dadurch sind viel
969 mehr Fahrten für Radfahrende geeignet.
- 970 • Radwege müssen sauber sowie verkehrssicher gehalten und beleuchtet werden. Im Winter
971 fordern wir einen täglichen Räumdienst.

- 972 • Radwege dürfen nicht fremdgenutzt werden.
- 973 • Eine bauliche Abgrenzung vom restlichen Straßenverkehr ist an größeren Straßen nötig.
- 974 • Für eine sozialökologische Verkehrswende müssen neue Radwege, Fahrradstraßen und
- 975 Radschnellwege gebaut, entsprechend eingerichtet und miteinander über Knotenpunkte
- 976 verbunden werden.
- 977 • Der Fahrradverkehr benötigt eigene Ampeln und eigene Ampelphasen, als Beispiel gilt die
- 978 „Oberhausener Radwelle“. So genannte „Fußtritte“ erleichtern das sichere Stehen mit dem
- 979 Rad an Haltepunkten wie roten Ampeln oder Stoppschildern und verbessern den
- 980 Verkehrsfluss. Wir fordern eine zielführende Umsetzung von Fahrradverleihsystemen. Diese
- 981 sollen durch die Städte gefördert werden, die Lizenzen nur an einen Anbieter vergeben
- 982 werden und eine Kombination von ÖPNV-Tarifen mit Leihradangeboten möglich gemacht
- 983 werden. Mit dem Leihrad kann der sogenannte letzte Kilometer, also zum Beispiel der Weg
- 984 zwischen Bahnhaltestelle und dem Ziel, schneller überwunden werden. Durch eine sinnvolle
- 985 Kombination von Leihrädern mit Bus und Bahn kann die Reisezeit deutlich verkürzt werden.
- 986 • Wir fordern mehr Radstationen an den Bahnhaltstellen und mehr Orte (auch am Stadtrand),
- 987 an denen Räder sowie Leihräder kostenfrei abgestellt werden können.
- 988 • Die Nutzung eines Leihrades sollte für jede*n eine halbe Stunde pro Tag kostenlos sein.
- 989 Öffentliche Institutionen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und den Radverkehr durch
- 990 „weiche Faktoren“ unterstützen. Dazu gehören hochwertige Fahrradboxen,
- 991 Fahrradparkhäuser und Abstellanlagen genauso wie die Möglichkeit, bei der Arbeitsstelle
- 992 nach der Anreise mit dem Fahrrad duschen zu können.

993 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

994 Mobilität ist ein Recht aller Bürger*innen, welches im öffentlichen Personennahverkehr nicht durch

995 Profitorientierung eingeschränkt werden darf.

996 Eine ökologische Verkehrswende wird durch private Unternehmen behindert. Da, wo immer mehr

997 Linien von privaten Anbietern betrieben werden, sind Arbeitsbedingungen und Bezahlung der

998 Busfahrer*innen, Lokführer*innen und Straßenbahnfahrer*innen häufig deutlich schlechter als bei

999 öffentlichen Verkehrsbetrieben. Die geringe Attraktivität der Berufe führt zu einem Personalmangel,

1000 der den Ausbau der Busflotten und des Schienenfuhrparks verhindert.

1001 **Warum ist das so?**

1002 Arbeitsrechte und Umweltschutz spielen im Kapitalismus keine Rolle.

1003 **Was muss passieren?**

- 1004 • Öffentlicher Nahverkehr gehört vollständig zurück in die öffentliche Hand.
- 1005 • Liegenschaften der Bahn innerhalb der eigenen Kommunen und Kreisgebiete dürfen nicht
- 1006 mehr zweckentfremdet werden und müssen gegebenenfalls durch die Kommunen und Kreise
- 1007 zur weiteren Schienennutzung aufgekauft werden.

1008 **Wie wir den ÖPNV attraktiver, leistungs- und aufnahmefähiger machen wollen:**

- 1009 • Wir fordern den Auf- und Ausbau des öffentlichen Netzes und eine Verstärkung der
- 1010 Taktfrequenzen (in den Städten mindestens alle 7 Minuten).
- 1011 • Der Auf- und Ausbau des Schienennetzes sowie die kurzfristige Reaktivierung von
- 1012 vorhandenen Schienentrassen haben Vorrang. Wir fordern, wo möglich, den
- 1013 (Wieder-)Aufbau von elektrifizierten Straßenbahnnetzen, die vielerorts seit 1945 auch auf
- 1014 Druck der Autoindustrie durch Busse ersetzt wurden oder gänzlich entfallen sind.

- 1015 • Wir wollen einen steuerfinanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV. Als Sofortmaßnahmen fordern
1016 wir ein Sozialticket für alle Sozialhilfeberechtigten für maximal 15 Euro im Monat und die
1017 freie Fahrt für Menschen unter 18 Jahren, Schüler*innen und Auszubildende.
- 1018 • Damit alle in den Städten mit Bus und Bahn zukünftig schneller und pünktlicher
1019 vorankommen, brauchen wir Bus- und Bahnschienen sowie Ampelanlagen, die auf den
1020 ÖPNV abgestimmt sind.
- 1021 • Wir fordern klimaneutrale Fahrzeuge, die nicht mehr mit fossilen Brennstoffen betrieben
1022 werden. In Oberleitungs- und Batteriebusen nach dem Solinger Modell mit kleinen Akkus,
1023 die sich an den Hauptstrecken an der Oberleitung aufladen und auf den Nebenstrecken ohne
1024 Oberleitung im Akkubetrieb fahren, sehen wir den Antrieb der Zukunft. Besonders sinnvoll ist
1025 dies für Städte, in denen es bereits Oberleitungen von Straßenbahnen gibt. Zudem setzen wir
1026 auf Wasserstoff-/Brennstoffzellentechnologie, wie sie in Bussen in Köln und Wuppertal
1027 eingesetzt wird. Diese Alternative ermöglicht hohe Reichweiten und ist vor allem im
1028 ländlichen und bergigen Bereich sinnvoll. Hier ist über die kommunalen Spitzenverbände auf
1029 eine Verbesserung der Förderrichtlinien für alternative Antriebe hinzuwirken, um die
1030 Förderquoten für andere Antriebsarten auf die Höhe der Förderquote für Elektromobilität zu
1031 erhöhen.
- 1032 • Im ländlichen Raum, in Stadtrandlagen und in Nebenzeiten wollen wir perspektivisch die
1033 Einführung von „On-Demand-Angeboten“ als Ergänzung zum Linienverkehr. Insbesondere im
1034 Zuge der zunehmenden Digitalisierung können so auch dünn besiedelte Regionen mit
1035 öffentlichen Verkehrsmitteln bedient werden.
- 1036 • Begleitpersonal im öffentlichen Nahverkehr, das Sicherheit und Hilfe bietet, insbesondere in
1037 den dunklen Stunden

1038 **Was wir für Pendler*innen tun wollen:**

- 1039 • Da ein Großteil der Pendler*innen aus dem Umland der Städte kommt, wollen wir das
1040 Umland mit Stadtbahnlinien, einem verstärkten Angebot an Schnellbussen sowie mehr
1041 Park&Ride- und Bike&Ride-Plätzen an den Knotenpunkten besser an den Nahverkehr
1042 anbinden. Dafür brauchen wir auch Shuttlebusse.
- 1043 • Gleichzeitig muss verhindert werden, dass die P&R-Plätze von anderen Autos zugestellt
1044 werden, sodass die Plätze ihrem eigentlichen Zweck nicht mehr dienen.

1045 **Lieferverkehr**

1046 Der Lieferverkehr in den Städten ist in den vergangenen Jahren geradezu explodiert. Vor allem durch
1047 den Aufschwung des Online-Handels, doch auch durch Lieferdienstangebote von lokalen Märkten
1048 sind Staus und verstopfte Straßen durch Liefer-Lkws zum gewohnten Bild geworden. Im Sinne einer
1049 Mobilitätswende muss dieser Lieferverkehr umgedacht werden und Alternativen zum Lkw-Chaos
1050 gefunden werden.

1051 **Wie wir den Lieferverkehr in den Städten umgestalten wollen:**

- 1052 • Wir fordern die Einrichtung von Micro-Hubs als innerstädtische Zwischenlager, eine
1053 Auslieferung zum Kunden per Lastenfahrrad sowie weiteren ökologisch vertretbaren
1054 Verkehrsmitteln.
- 1055 • Wir fordern, dass unsere Kommunen nach „bayrischem Vorbild“ alle wieder einen
1056 zentrumsnahen lärmarmen Güterbahnhof bekommen. In Bayern haben die ersten
1057 Kommunen die innerstädtischen Güterbahnhöfe der Deutschen Bahn AG abgekauft, um die
1058 ökologische wie stauvermeidende Versorgung ihrer Stadt und ihrer ortsansässigen Betriebe

1059 bis ins Zentrum weiterhin zu gewährleisten. Alle ortsansässigen Logistikunternehmen,
1060 Betriebslager sowie die verarbeitenden wie produzierenden Betrieben sollen bei der
1061 Versorgung mit Gleisanschlüssen zu konkurrenzfähigen Preisen gegenüber dem Transport
1062 auf der Straße aktiv unterstützt werden.

1063 **Autoverkehr**

1064 Die sozialökologische Mobilitätswende kann nur gelingen, wenn wir den motorisierten
1065 Individualverkehr stark begrenzen. Denn in Zeiten des Klimawandels gerät diese Form der
1066 Fortbewegung an ihre Grenzen. Die autogerechte Stadt ist ein Konzept von gestern. Auch die
1067 Umrüstung auf Elektroautos löst die meisten Probleme nicht. Wir brauchen echte Alternativen zum
1068 Auto, welche die Bedürfnisse der Menschen sowohl in Städten als auch auf dem Land
1069 berücksichtigen, die Umwelt schützen, sozial gerecht sind und die Lebensqualität verbessern.

- 1070 • Wir fordern innerorts 30 Stundenkilometer als Regelgeschwindigkeit. Höhere
1071 Geschwindigkeiten müssten ausdrücklich angeordnet werden (beispielsweise auf großen Ein-
1072 und Ausfallstraßen einer Stadt). Eine Reduktion der erlaubten Geschwindigkeit auf 30 km/h
1073 reduziert die Unfallwahrscheinlichkeit und Unfallfolgen drastisch. Dies ist ein vernünftiger
1074 Schritt hin zu mehr Sicherheit für alle am Verkehr beteiligten Personen und ein notwendiger
1075 Bestandteil einer ökologischen Verkehrswende.
- 1076 • Wir wollen eine Auflösung der Vorbehaltsstraßennetze, um den derzeitigen Vorrang des
1077 motorisierten Straßenverkehrs zu überwinden. Um die Städte für einen umweltverträglichen
1078 Verkehr fit zu machen, muss der Vorrang des Autos als bevorzugtes Verkehrsmittel
1079 überwunden werden. Wir lehnen einen Aus- und Neubau von Straßen für den Autoverkehr
1080 ab. Zudem sollten alle Projekte, welche einen zusätzlichen Autoverkehr durch die Städte zur
1081 Folge haben können, mit Blick auf die sozialökologische Verkehrswende hinterfragt werden.
- 1082 • Kommunale Fahrzeugflotten sollen verkleinert und von Verbrennungsmotoren auf
1083 klimafreundliche Antriebe umgerüstet werden. Pkw sollen durch Dienstfahrräder ersetzt
1084 werden, wo dies möglich ist. Kommunale Fahrzeugflotten können auch in ein Carsharing-
1085 Angebot eingebracht werden, um auch in kleineren Städten und Gemeinden ohne große
1086 Anschaffungskosten Carsharing-Angebote aufzubauen.
- 1087 • Kommunen sollten von privaten Unternehmen eine zweckgebundene Sonderabgabe für den
1088 Ausbau und Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs erheben können. Vorbild hierfür ist der
1089 „Versement transport“ in Frankreich. Zahlungspflichtig sind dabei alle Arbeitgeber mit mehr
1090 als neun Beschäftigten, wobei der „Versement transport“ bezogen auf die Lohnsumme
1091 erhoben wird. In Frankreich liegen die Steuersätze je nach Region zwischen 0,55 und 2,6 %.
1092 Der Ertrag deckt dabei fast die Hälfte der Kosten des öffentlichen Nahverkehrs.

1093 **Gesundheitspolitik**

1094 Gesundheit ist keine Ware, sondern staatliche und kommunale Daseinsvorsorge. DIE LINKE will die
1095 Privatisierung des Gesundheitswesens stoppen. Im Kapitalismus haben Privateigentum und
1096 Gewinnstreben Vorrang. Das steht allerdings im Widerspruch zu medizinischen
1097 Versorgungsgesichtspunkten. Krankenhäuser und Gesundheitsversorgung gehören in öffentliche
1098 Hand. Der Nutzen medizinischer Versorgung für die Patient*innen muss dabei wissenschaftlich
1099 bewiesen und für Betroffene transparent sein.

1100 **Das Gesundheitswesen, das wir wollen, ist:**

- 1101 • bedarfsgerecht
- 1102 • flächendeckend
- 1103 • wohnortnah
- 1104 • präventiv
- 1105 • solidarisch

1106 Denn ein solidarisches Gesundheitssystem kann nur ohne Profitinteressen überleben.

1107 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1108 • regionale Gesundheitskonferenzen
- 1109 • Rekommunalisierung von privatisierten Krankenhäusern
- 1110 • mobile Arztpraxen und vernetzte Filial- und Gemeinschaftspraxen bzw. Polikliniken
- 1111 • kommunale Pflegedienste
- 1112 • Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie Behandlung ohne Zuzahlungen, Zahnersatz, Brillen,
1113 Orthesen etc. ohne Zuzahlung
- 1114 • eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik sowie die Legalisierung von Cannabis

1115 **Was wir dafür brauchen sind Versorgungskonzepte, die**

- 1116 • sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren,
- 1117 • transparent sind und einen Nachweis über die Qualität von Medizinprodukten aller Art
1118 inklusive ihrer Preisbildung erbringen,
- 1119 • gute Arbeitsbedingungen für alle im Gesundheitssystem Beschäftigten bieten,
- 1120 • auf regionale Vernetzung aller im Gesundheitsbereich aktiven Akteure setzen.

1121 **Was das bringt?**

- 1122 • gesundheitliche Versorgung aller Menschen aufgrund ihres Bedarfes
- 1123 • mehr Personal in Krankenhäusern und in der Pflege

1124 **Was muss dafür getan werden?**

- 1125 • Das Gesundheitssystem muss neu ausgerichtet werden.
- 1126 • Die Gesundheitsversorgung muss von öffentlicher Hand organisiert werden.
- 1127 • Die Krankenhausplanung muss demokratisch legitimiert und wohnortnah organisiert werden.
- 1128 • Berufe rund um die Pflege müssen attraktiver und besser bezahlt werden.

1129 Denn den bestmöglichen Gesundheitszustand erlangen zu können, ist ein Menschenrecht. Laut der
1130 Weltgesundheitsorganisation WHO müssen Einrichtungen sowie Leistungen des Gesundheitswesens
1131 einschließlich der pflegerischen Versorgung uneingeschränkt der bedarfsgerechten,

1132 flächendeckenden, wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung dienen und allen
1133 Menschen unabhängig von ihrer sozialen, finanziellen und aufenthaltsrechtlichen Situation zur
1134 Verfügung stehen (WHO-Resolution 58.33, 2005). Für die Einhaltung dieses Menschenrechtes muss
1135 das Gesundheitssystem neu ausgerichtet werden.

1136 **Gesundheitspolitik für die Menschen**

1137 Wer kennt das nicht? Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen,
1138 Zahnbehandlung, Zahnspangen und Medikamente kosten sehr viel Geld. Finanziell benachteiligte
1139 Menschen gehen nicht mehr zum Arzt oder zu Vorsorgeuntersuchungen, weil sie sich Krankheit nicht
1140 leisten können. Dazu kommen Belastungen durch die Veränderungen des Wettergeschehens und
1141 andere Aspekte des Klimawandels, die sich auf die Gesundheit auswirken. Steigende Temperaturen,
1142 häufigere Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Starkregen, Stürme, Hochwasser oder erhöhte
1143 UV-Belastung stellen neue Anforderungen an die Gesundheitsprävention und -versorgung der
1144 Menschen in den Kommunen.

1145 Mehrere tausend Menschen sind ohne Krankenversicherung. Ihnen einen Zugang zur
1146 Gesundheitsversorgung zu sichern, ist eine Verpflichtung linker Politik. DIE LINKE setzt sich dafür ein,
1147 Gesundheitsdienste in kommunaler Trägerschaft mit aufsuchenden Ärzt*innen und medizinischen
1148 Fachkräften einzurichten, die dafür Sorge tragen, dass kein Mensch von der Gesundheitsversorgung
1149 ausgeschlossen bleibt. Armut macht krank. Krankheit macht arm.

1150 Fast alle Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre haben zu einer Verlagerung der Kosten auf
1151 Versicherte und Kranke geführt, haben Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen durchgesetzt
1152 mit der Folge von Über-, Unter- und Fehlversorgung sowie Vernichtung der im Konkurrenzkampf
1153 unterlegenen Einrichtungen – unter anderem schließen Krankenhäuser. Das
1154 Krankenhausstrukturgesetz verschärft die Lage kleinerer Häuser, auch und vor allem im ländlichen
1155 Bereich. Arbeitsplätze und Ressourcen werden vernichtet. Unumkehrbare gesundheitliche und
1156 gesamtgesellschaftliche Schäden für die Bevölkerung werden dabei von den Regierungsparteien
1157 billigend in Kauf genommen.

1158 Für DIE LINKE ist kommunale Gesundheitspolitik entscheidend, um den Gesundheitszustand der
1159 Bevölkerung auf Dauer zu sichern und zu fördern. Wir brauchen einen öffentlichen
1160 Gesundheitsdienst, um das Recht auf Gesundheit für alle hier lebenden Menschen zu realisieren, die
1161 aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind. Das Gesundheitsamt ist für kommunale
1162 Gesundheitspolitik die unabdingbar notwendige Schaltstelle.

1163 **Gesundheitswesen vor Ort – demokratisch legitimiert und transparent**

1164 Das Gesundheitswesen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge muss vor marktradikalen Eingriffen
1165 geschützt werden. Stationäre, ambulante, rehabilitative und pflegerische Einrichtungen müssen
1166 wohnortnah so organisiert sein, dass sie für die betroffenen Menschen im Rahmen integrierter
1167 Versorgung ohne Barrieren optimal zusammenarbeiten. Ziel einer guten Gesundheitspolitik muss
1168 sowohl die Gesunderhaltung und medizinische Versorgung aller Menschen sein als auch die
1169 Verringerung sozialer Ungleichheit. Durch Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention muss
1170 alles getan werden, um Krankheit zu verhindern.

1171 Kommunale Gesundheitspolitik ist für DIE LINKE eine Querschnittsaufgabe.

1172 Um möglichst viele Menschen zu aktivieren und allen Einwohner*innen zu ermöglichen, sich für die
1173 eigene Gesundheit und für gesundheitliche Interessen einzubringen, braucht es verbindliche
1174 Gesundheitsziele und die strukturelle Verankerung der Maßnahmen durch ein demokratisch
1175 legitimates öffentliches Gesundheitswesen. Deswegen ist es wichtig, den heutigen öffentlichen
1176 Gesundheitsdienst nachhaltig zu stärken. Für die Gesunderhaltung der Bevölkerung und Vorbeugung
1177 von Krankheiten ist für DIE LINKE insbesondere kommunale Gesundheitspolitik entscheidend. Vor Ort
1178 streiten wir in den Räten und in der Öffentlichkeit dafür, dass Leitlinien zur Gesundheit eingehalten
1179 und praktisch umgesetzt werden. Zuständig ist in der Kommune das Gesundheitsamt als vor Ort
1180 tätige Behörde. Zu seinen Aufgaben gehört, das Recht auf Gesundheit für alle zu realisieren.

1181 **Was tun?**

- 1182 • Die medizinische Versorgung auf kommunaler Ebene durch medizinische Versorgungszentren
1183 und wohnortnahe kommunale Krankenhäuser ist für alle Menschen sicherzustellen.
- 1184 • Kostenlose Präventions- und Rehabilitationsangebote für alle sind bereitzustellen.
- 1185 • Regionale Gesundheitsberichterstattung ist einzuführen.
- 1186 • Die gesundheitlichen Risiken in der Region, in der Arbeitswelt und durch
1187 Klimaveränderungen, Luft- und Wasserverschmutzung, Feinstaubbelastung sowie Einsatz von
1188 Breitbandantibiotika usw. sind zu erfassen, Gegenmaßnahmen festzulegen und einzuleiten.
1189 Dazu gehört auch die Erfassung der Versorgung einzelner Gruppen von Betroffenen in
1190 bestimmten Lebenslagen, zum Beispiel Kinder und Jugendliche, Hochbetagte, Menschen mit
1191 Behinderungen, Betroffene mit psychischen Erkrankungen, Suchtkranke oder Menschen mit
1192 Migrationserfahrungen.
- 1193 • Regionale Gesundheitsziele sind im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz auf
1194 Grundlage der Gesundheitsberichterstattung festzulegen und regelmäßig zu überprüfen. DIE
1195 LINKE fordert die Formulierung von Gesundheitszielen unter Beteiligung der Öffentlichkeit.
1196 Statt isolierter Einzelmaßnahmen soll ein abgestimmtes Gesamtkonzept für die Kommune
1197 bzw. die Region erarbeitet werden. Gesundheitsförderung und Prävention müssen im
1198 Gesamtkonzept enthalten sein. Der Zugang und die Ergebnisse der Gesundheitskonferenz
1199 müssen öffentlich sein. Nutzen und Qualität medizinischer Versorgung muss wissenschaftlich
1200 bewiesen sein und für die Betroffenen transparent gemacht werden – qualifizierte
1201 infektionshygienische Überwachung von medizinischen Einrichtungen (Krankenhäusern,
1202 ambulant operierenden Einrichtungen, Arztpraxen, Pflege und Rehabilitationseinrichtungen)
1203 durch die Gesundheitsämter sicherstellen.

1204 **Gute Gesundheitsversorgung auch auf dem Land**

1205 Wer in ländlichen Regionen lebt, erfährt die Unterversorgung mit wohnortnahen Ärzt*innen und
1206 Apotheken oder Krankenhäusern am eigenen Leib. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Ausbildung
1207 und die Weiterbildung von Allgemeinmediziner*innen ausbauen. Das System von Einzelpraxen und
1208 der Aufgabentrennung zwischen niedergelassenen Ärzt*innen und Krankenhausärzt*innen muss
1209 überarbeitet werden. Insbesondere für Kommunen im ländlichen Raum schlagen wir verschiedene
1210 neue und auch bewährte alte Lösungen vor. Beispielsweise das Docmobil, bei dem Ärzt*innen in
1211 Kleinbussen unterwegs sind, oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die Hausbesuche
1212 machen. Zur Reaktivierung dieses „Gemeindeschwester“-Modells bestehen erfolgreiche Projekte. Ein
1213 öffentlich gefördertes Fachkräfteprogramm (AGnES) könnte aber durch Übernahme nichtärztlicher
1214 Tätigkeiten Ärzt*innen entlasten. Apotheker*innen können niedrigschwellige Angebote (z. B.
1215 Bildtelefonmodelle, die Aufgaben der Gesundheitsberatung, Prävention und Abgabeterminals)
1216 übernehmen. Ein weiterer guter Ansatz ist der Aufbau kommunaler Medizinischer
1217 Versorgungszentren (MVZ).

1218 **Was tun?**

- 1219 • mobile Arztpraxen, vernetzte Gemeinschaftspraxen und kommunale Versorgungszentren
- 1220 schaffen, bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern, Arztpraxen und Medizinischen
- 1221 Versorgungszentren sicherstellen
- 1222 • Arbeitszeitverkürzung und mehr Möglichkeiten der Teilzeit für Ärzt*innen
- 1223 • Hausarztunterstützung durch Hausbesuche von speziell geschulten AGnES-Fachkräften (Arzt
- 1224 entlastende, Gemeinde-nahe, E-Health-gestützte Systemische Intervention)
- 1225 • barrierefreie Shuttle-Services zu Praxen und Medizinischen Versorgungszentren einrichten
- 1226 • wohnortnahe Apothekenversorgung (z. B. Apotheken-Terminals – Kommunikation mit
- 1227 Apotheker*innen per Monitor) sicherstellen

1228 **Krankenhäuser statt fabrikmäßiger Reparaturbetriebe**

1229 Immer mehr Krankenhäuser stehen vor einem finanziellen Kollaps. Etwa ein Drittel aller
1230 Krankenhäuser macht Verluste.

1231 Bis 1985 war es Krankenhäusern per Gesetz verboten, Gewinne zu machen. In den Jahren danach
1232 wurde dieses Verbot immer mehr aufgeweicht, bis es 2003 durch die Einführung der Fallpauschalen
1233 (DRG) völlig entfiel. Fallpauschalen als Festpreissystem fördern systematisch ein Denken und
1234 Verhalten in Markt- und Wettbewerbskategorien (Gewinn- und Verlustkategorien). Seither sind
1235 private Klinikketten (z. B. Fresenius-Helios, Sana, MediClin usw.) auf Einkaufstour.

1236 Während viele öffentliche Krankenhäuser rote Zahlen schreiben, sind Krankenhäuser für private
1237 Konzerne lukrativ. Privatkliniken machen auf Kosten der Allgemeinheit mit Versichertenbeiträgen
1238 und Steuermitteln Profit. Sie suchen sich Patienten nach größtmöglichem Gewinn aus (z. B. neue
1239 Kniegelenke oder Hüftarthrosen). Freigemeinnützige und kommunale Krankenhäuser kümmern sich
1240 jedoch auch um Patient*innen mit kostenintensiven Mehrfacherkrankungen. Auch
1241 Entbindungsstationen und Notfallambulanzen dürfen nicht als ein Kostenfaktor betrachtet werden.
1242 Sie sind Sozialstaatsgebot. Dies führt jährlich zu Defiziten von mehreren Millionen Euro bei diesen
1243 Häusern. Das ist schlecht für die Versorgung der Patient*innen und auch für die Arbeitsbedingungen
1244 der Beschäftigten. Seit Jahren werden Beschäftigte etwa der Cafeterien, der Labore, der Hygiene
1245 sowie Reinigungskräfte in Servicegesellschaften ausgegliedert. Dies geschieht oft zu niedrigeren
1246 Löhnen und schlechteren Bedingungen. Inzwischen werden sogar Pflegekräfte über
1247 Servicegesellschaften und Leiharbeitsbetriebe eingestellt.

1248 **Was tun?**

- 1249 • statt Krankenhausschließungen eine demokratische wohnortnahe Krankenhausplanung, die
- 1250 sich am Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientiert; Beschäftigte und Patienten*innen
- 1251 sind zu beteiligen
- 1252 • wirksame Kontrolle bei Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch Gesundheitsämter
- 1253 sicherstellen
- 1254 • für mehr Personal in Krankenhäusern einsetzen
- 1255 • Tarifverträge für alle im Krankenhausdienst Beschäftigte anwenden
- 1256 • Privatisierung von Krankenhäusern verhindern und bereits privatisierte Krankenhäuser
- 1257 rekommunalisieren
- 1258 • Krankenhausschließungen verhindern
- 1259 • Kriterien der Landesregierung für Schließungen hinterfragen
- 1260 • öffentliche Gesundheitsvorsorge vor Privatisierung
- 1261 • ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor u. a.) zurück in Klinikbelegschaft integrieren
- 1262 • regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern (Krankenhausverbände mit Arbeitsteilung
- 1263 zwischen Spezialisierung, Grund- und Regelversorgung) fördern

1264 **Pflegerische Versorgung kommunal steuern**

1265 Pflege ist Aufgabe der Gesellschaft und Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Menschen haben

1266 ein Recht auf eine würdevolle und bedarfsgerechte pflegerische Versorgung. Diese muss gerecht

1267 finanziert und solidarisch organisiert sein.

1268 Pflegerische Versorgung ist eine physisch und psychisch äußerst anstrengende und anspruchsvolle

1269 Arbeit, die nicht angemessen anerkannt und vergütet wird. Der Arbeitsalltag von Pflegekräften ist

1270 gekennzeichnet von Arbeitsverdichtung und starren Zeitvorgaben. Aufgrund der Unterfinanzierung

1271 ist die Personalbemessung im stationären und ambulanten Pflegebereich viel zu niedrig. Nicht einmal

1272 der Mindestpflegebedarf, den der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) feststellt, wird

1273 gedeckt. In der ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung muss jeder Handgriff

1274 minutengenau abgerechnet werden. Körperbezogene Pflege findet fast ausschließlich im Akkord

1275 statt. Gespräche und soziale Bedürfnisse bleiben auf der Strecke. Darunter leiden die von Pflege

1276 abhängigen Menschen und das Personal. Dass Menschen, die von Pflege abhängig sind, heute in der

1277 Regel in stationären Einrichtungen dennoch ein menschenwürdiges Leben führen können, liegt an

1278 dem besonderen Einsatz der Pflegekräfte und des übrigen Personals. Mit hoher Motivation,

1279 Mitgefühl und großem Engagement leisten sie oft weit mehr als vertraglich vereinbart und in ihren

1280 Arbeitszeiten zu schaffen ist. Dies kann auf Dauer nicht durchgehalten werden, und viele Fachkräfte

1281 verlassen nach einigen Jahren ihren Beruf oder werden selbst krank.

1282 Begutachtungsverfahren erfassen den individuellen Bedarf an Pflege oft nicht. Menschen mit

1283 Pflegebedarf müssen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre Pflege-

1284 oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen möchten. Geänderte Familienstrukturen und

1285 Erwerbsbiografien von Frauen erfordern neue Lösungen für einen Verbleib zu Hause. Im häuslichen

1286 Umfeld muss dem Pflegebedarf ebenfalls mit qualifizierten professionellen Pflegepersonen

1287 entsprochen werden.

1288 Missstände wie Fachkräftemangel und Unterfinanzierung sind Folgen politischer Fehlsteuerung. Für

1289 DIE LINKE sind das Leitbild der Solidarität und das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe Maßstab im

1290 Pflegebereich.

1291

1292 **Was tun?**

- 1293 • Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf
- 1294 • kommunale Hilfestrukturen, die soziale Teilhabe für die Betroffenen in der Mitte der
- 1295 Gesellschaft gewährleisten
- 1296 • kommunale Pflegedienste und Sozialstationen aufbauen
- 1297 • Erhalt kommunaler Pflegeeinrichtungen und Kommunalisierung privater Einrichtungen
- 1298 • Zusammenarbeit von Pflegeeinrichtungen und Sozialstationen bei der Betreuung von
- 1299 Menschen mit Pflegebedarf
- 1300 • Weiterentwicklung der kommunalen Pflegekonferenz dahingehend, dass alle Betroffenen
- 1301 und Beteiligten (Pflegekassen, MDK, Sozialämter, Staatsanwaltschaft, Heimaufsicht,
- 1302 Angehörigenvertreter, Einrichtungen, Servicestelle Hospizarbeit, Demenznetzwerk, Pflege-
- 1303 und Wohnberatung, Ombudsleute) Wissen austauschen und gemeinsam Ziele festlegen
- 1304 • persönliche Assistenz zur gesellschaftlichen Teilhabe und zu Freizeitmaßnahmen

1305 **Forderungen:**

- 1306 • Stationäre Pflegeeinrichtungen, für Jung und Alt, müssen wohnortnah, am ÖPNV
- 1307 angebunden und gut erreichbar sein.
- 1308 • Ausbau der am Bedarf orientierten, ambulanten und stationären Palliativversorgung
- 1309 • Entwicklung kultursensibler Pflegekonzepte
- 1310 • Rekommunalisierung bei Trägerwechsel eines Alten- und Pflegeheimes
- 1311 • Durchsetzung der kommunalen Trägerschaft bei Neubauten
- 1312 • Aufbau von kommunalen Pflegediensten

1313

1314 **Kurzzeitpflegeeinrichtungen:**

1315 Ist die Pflege zu Hause für einen bestimmten Zeitraum nicht gewährleistet, bietet die professionelle
1316 Kurzzeitpflege den pflegebedürftigen Menschen die Möglichkeit, stationäre Pflege in Anspruch zu
1317 nehmen. Oft übernehmen Angehörige – bis über die Grenzen ihrer Belastbarkeit hinaus – die
1318 pflegerische Versorgung. Erkranken die Pflegenden oder bedürfen sie einer Entlastung, so benötigt
1319 der pflegebedürftige Mensch einen Platz in der Kurzzeitpflege. Wohnortnah und unmittelbar, was
1320 sich in der Praxis als enorm schwierig erweist. Ambulant vor stationär, erfordert auch weitergehende
1321 Strukturen als nur die punktuelle Versorgung durch ambulante Pflegedienste.

1322 **Forderungen:**

- 1323 • Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze
- 1324 • Errichtung von Kurzzeitpflegestationen
- 1325 • Gewährleistung von kultursensibler Kurzzeitpflege

1326 **Tagespflege**

1327 Tagespflege ist für die Menschen geeignet, die zwar keine durchgehende stationäre Pflege
1328 benötigen, allerdings eine kontinuierliche Unterstützung in der Grundpflege bedürfen. Gute
1329 Tagespflege unterstützt individuell den Tagesablauf, schafft Sozialkontakte, bietet anregende
1330 Freizeitgestaltung und wirkt Vereinsamungstendenzen entgegen. DIE LINKE unterstützt Tagespflege,
1331 die auf Mehrgenerationskonzepten basiert.

1332 **Forderungen:**

- 1333 • bedarfsorientierte und wohnortnahe Tagespflegeeinrichtungen für Jung und Alt
- 1334 • kommunale Freizeitangebote für Menschen mit Unterstützungsbedarf

1335 **„Armut macht krank – Krankheit macht arm“**

1336 Benachteiligung, Verelendung und Ausgrenzung sind akute Gesundheitsrisiken und können
1337 nachweislich das Leben von armutsbetroffenen Menschen um zehn und mehr Jahre verkürzen. Wer
1338 einkommensarm ist, der ist häufiger krank: Herzerkrankungen, Schlaganfall, Krebs- und
1339 Lebererkrankungen betreffen Ärmere häufiger als Reiche. Besonders betroffen sind wohnungslose
1340 Menschen. Viele von ihnen werden etwa durch Gebühren, fehlende Krankenversicherung oder
1341 Misstrauen abgeschreckt, zu Ärzt*innen zu gehen, obwohl 90 Prozent von ihnen eine ärztliche
1342 Behandlung brauchen.

1343 Besonders betroffen sind auch Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie sind doppelt so häufig
1344 armutsgefährdet wie der Bevölkerungsdurchschnitt und gehen nicht selten einer die Gesundheit
1345 gefährdenden beruflichen Tätigkeit nach.

1346 Auch Erwerbslosigkeit verkürzt das Leben, macht häufiger krank und geht mit doppelt so häufigen
1347 psychischen Leiden einher wie dies im Bevölkerungsdurchschnitt der Fall ist. Erwerbslose weisen bei
1348 allen seelischen und körperlichen Erkrankungen ein signifikant erhöhtes Risiko auf. Ähnliche Zahlen
1349 gelten für Alleinerziehende.

1350 Krankheiten kosten Geld. Arme Menschen können sich Zuzahlungen und Aufwendungen für
1351 Gesundheitsleistungen oft nicht leisten oder das Geld fehlt an anderer Stelle. Obwohl allen
1352 bisherigen Bundesregierungen bekannt war, dass das individuelle Gesundheitsverhalten mit dem
1353 Sozialstatus verknüpft ist, wurde bisher nichts an diesen ungerechten Verhältnissen geändert,
1354 sondern die Betroffenen sich selbst überlassen.

1355 DIE LINKE will mit dieser täglichen Ungerechtigkeit brechen. Gesundheit darf nicht länger von
1356 persönlichem Reichtum abhängig sein.

1357 **Was tun?**

- 1358 • ein unabhängiges und aufsuchendes Beratungssystem mit unterstützender Begleitung und
1359 Hilfestellung schaffen; Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie Behandlung ohne
1360 Zuzahlungen; Zahnersatz, Brillen und Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlungen, ggf.
1361 Übernahme der Kosten durch die Kommune; kostenlose Abgaben von Verhütungsmitteln
1362 durch Beratungsstellen durch die Kommunen finanzieren
- 1363 • gesundheitsförderliche Maßnahmen im nahen Lebensumfeld, besonders in Wohnquartieren
1364 mit niedrigem Durchschnittseinkommen anbieten

1365 **Für eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik in der Kommune**

1366 Trotz der seit Jahrzehnten herrschenden repressiven Verbotspolitik sind auch in den nordrhein-
1367 westfälischen Städten und Gemeinden illegalisierte Substanzen flächendeckend verfügbar. Im
1368 Gegensatz zu den legalen Drogen Alkohol und Tabak sowie frei verkäuflichen Medikamenten sind die
1369 „illegalen“ Drogen nur unter gesundheitlich häufig sehr bedenklichen Risiken für die
1370 Verbraucher*innen auf dem Schwarzmarkt erhältlich. So werden Substanzen für den Verkauf auf
1371 dem Schwarzmarkt gestreckt und verunreinigt. Das Gesundheitsrisiko für die Konsument*innen
1372 steigt durch die verunreinigten Produkte.

1373 Die strafrechtlichen Konsequenzen, die das Betäubungsmittelgesetz für den Besitz und Erwerb von
1374 illegalisierten Substanzen enthält, erhöhen zusätzlich die Gefahren für die Drogengebraucher*innen.
1375 Gefängnis, Führerscheinverlust, soziale Desintegration und Jobverlust sind die Folgen der

- 1376 Verbotspolitik. Dies ist unverhältnismäßig und stellt einen schweren Eingriff in die
1377 Bürger*innenrechte dar.
- 1378 Eine linke Drogenpolitik verharmlost die Gefahren von Drogen nicht, ganz gleich, ob sie das Etikett
1379 „legal“ oder „illegal“ tragen. Sie nimmt aber zur Kenntnis, dass Drogen allseits verfügbar sind, dass
1380 die Verbotspolitik dies nicht verhindert und nur eine umfassende staatliche Regulierung aller Drogen
1381 dem Gesundheits- und Jugendschutz gerecht werden kann.
- 1382 Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums – darüber ist sich die Fachwelt
1383 weitestgehend einig – kann man mit Mitteln des Strafrechts und der Kriminalisierung von
1384 Konsument*innen in keiner Weise effektiv begegnen.
- 1385 DIE LINKE setzt sich für eine menschenwürdige Drogenpolitik ein, die präventiv, sachlich und
1386 glaubwürdig Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen legalen und „illegalen“
1387 Drogen leistet. Dies ist auch die Bedingung dafür, dass ein selbstverantwortlicher Umgang, also
1388 Drogenmündigkeit, mit Substanzen entwickelt werden kann.
- 1389 **Ambulante Suchthilfe als kommunale Daseinsvorsorge**
- 1390 Wenn Drogenkonsum problematische Formen annimmt, muss schnell, unkompliziert und
1391 bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden können. Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik
1392 gehören neben Präventions- und Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und
1393 niedrigschwellige therapeutische Hilfen. Im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge ist daher die
1394 Finanzierung ambulanter Suchthilfen zu gewährleisten und bei Bedarf auszubauen.
- 1395 **Legalize it – mit Modellprojekten in der Gemeinde die Legalisierung von Cannabis vorantreiben**
- 1396 Aus vielerlei Gründen ist die Legalisierung von Cannabis – auch als erster Schritt hin zu einer
1397 allgemeinen vernünftigen, sachorientierten Drogenpolitik – seit langem überfällig. Auf kommunaler
1398 Ebene besteht die Möglichkeit, einige Schritte in Richtung einer fortschrittlichen Drogenpolitik zu
1399 unternehmen. Dazu gehören die Einrichtung von Modellprojekten zu regulierter, legaler Abgabe von
1400 Cannabis und die Orientierung am uruguayischen Modell. DIE LINKE wird sich in Gemeinderäten
1401 dafür gemeinsam mit Initiativen vor Ort einsetzen.
- 1402 **Mehr Drogenkonsumräume und ein flächendeckendes Substitutionsangebot**
- 1403 Konsument*innen illegalisierter Substanzen haben häufig keine Möglichkeit, in einem sicheren
1404 Rahmen zu konsumieren. Daher findet der Konsum im öffentlichen Raum statt. Die herrschende
1405 Politik reagiert darauf zumeist repressiv mit Platzverweisen und erhöhtem Polizeieinsatz. Als LINKE
1406 fordern wir, dass flächendeckend in allen Kommunen Drogenkonsumräume mitsamt medizinischer
1407 Notfallbetreuung eingerichtet werden. Dort ist ein sicherer Konsum möglich. Drogenkonsumräume
1408 können zudem ein niedrigschwelliges Angebot beinhalten, um Therapiemöglichkeiten zu vermitteln.
1409 Damit Drogengebraucher*innen wissen, was in ihren Drogen enthalten ist, sollten
1410 Drogenkonsumräume ein so genanntes Drug-Checking anbieten, also die chemische Prüfung der
1411 Inhaltsstoffe der Drogen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Schadensminimierung.
- 1412 Ein großes Problem für Drogenkonsument*innen ist der Mangel an substituierenden Ärzt*innen, vor
1413 allem im ländlichen Raum. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Gemeinden das Gespräch mit
1414 lokalen Ärzteschaften suchen, um Therapieangebote auszubauen und wohnortnah zu gestalten.
1415 Neben den bereits erwähnten und hier dargelegten Forderungen für eine menschenwürdige
1416 Drogenpolitik auf kommunaler Ebene fordert DIE LINKE die Ausweitung von heroingestützten
1417 Behandlungsmöglichkeiten, der so genannten Originalvergabe, auch in kleineren Kommunen. Es darf

1418 nicht sein, dass nur Bewohner*innen von Großstädten Zugang zu dieser Behandlungsform erhalten.
1419 Unser Grundziel als LINKE ist es, die kommunale Drogenpolitik so zu gestalten, dass
1420 Drogengebraucher*innen flächendeckend Hilfe erhalten können, Gefahren für ihre Gesundheit
1421 minimiert werden und gesellschaftlicher Ausgrenzung von Drogenkonsument*innen
1422 entgegengewirkt wird.

1423 **Migration und Gesundheitsförderung**

1424 Das Thema Migration prägt unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht und ist deshalb auch ein
1425 wichtiger Aspekt der Gesundheitspolitik auf kommunaler Ebene. Die Menschen mit
1426 Migrationshintergrund gelten in Bezug auf Gesundheitsförderung und Prävention als schwer
1427 erreichbare Gruppe. Um sie aus der „Unsichtbarkeit“ herauszuholen, ist es notwendig, andere
1428 Informationsbedarfe und Beratungserfordernisse zu bedienen. Nur so kann der gleichberechtigte
1429 Zugang zu Gesundheits- und Pflegeleistungen für Migrant*innen erreicht werden. Zielgruppen dieser
1430 Angebote sind Ältere, Kinder, Jugendliche und vielfach Frauen.

1431 **Was tun?**

- 1432 • Bereitstellung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes mit speziell geschulten pflegerischen
1433 Mitarbeiter*innen mit entsprechenden Sprachkenntnissen der Zielgruppen (kultursensible
1434 Pflege)
- 1435 • öffentliche Gesundheitsversorgung für alle Menschen gleichwertig mit und ohne
1436 Krankenversicherung

1437 **Bildungspolitik**

1438 Bildung ist nicht mit Bildungsabschlüssen zu verwechseln, ist nicht Ausbildung, nicht Qualifikation
1439 und auch kein Kanon eines legitimierten hochkulturellen Wissens, aber auch kein Quizwissen.
1440 Vielmehr vertreten wir einen kritischen Bildungsbegriff, der sich der Funktionalität ökonomischer
1441 Verwertung und sonstiger Instrumentalisierung entzieht. Ausgangspunkt einer solchen Bildung ist die
1442 Möglichkeit der Entfaltung des Menschen. Bildung in diesem Verständnis zielt auf individuelle und
1443 kollektive Mündigkeit, Emanzipation und Aufklärung, ist an Humanität, Reflexivität, Kritik und
1444 Selbstbestimmung gebunden. Kritisch ist Bildung, weil sie sich für vernünftige und menschenwürdige
1445 gesellschaftliche Verhältnisse einsetzt und nach den Möglichkeiten einer besseren politischen und
1446 gesellschaftlichen Praxis fragt.

1447 Denn insbesondere in einem wohlhabenden Land wie Deutschland ist es ein Skandal, wie wenig in
1448 Bildung investiert wird und in welchem Ausmaß gute Bildung nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern
1449 abhängt.

1450 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1451 • grundlegende Reform des Bildungssystems („Eine Schule für alle“)
- 1452 • einen Schulsozialindex, um Ungleiches ungleich zu behandeln
- 1453 • interkommunale Zusammenarbeit in der Schulentwicklungsplanung für ein breitgefächertes
1454 schulisches Angebot

1455 **Was wir dafür brauchen ist ein Bildungssystem, das**

- 1456 • Schüler*innen demokratisch partizipieren lässt,
- 1457 • in Personal, Schulbau und Materialien investiert,
- 1458 • die Verschiedenheit sowohl der Schüler*innen als auch des Schulumfeldes berücksichtigt,
- 1459 • auf Fort- und Weiterbildung des pädagogischen Fachpersonals setzt.

1460 **Was das bringt?**

- 1461 • eine qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und Jugendlichen
- 1462 • gesellschaftliche Teilhabe
- 1463 • Bekämpfung sozialer Ungleichheit

1464 **Was muss dafür getan werden?**

- 1465 • Neue Schulen müssen durch die öffentliche Hand errichtet werden.
- 1466 • Bestehende Schulgebäude müssen orientiert an den Erkenntnissen fortschrittlicher
1467 Pädagogik umgestaltet werden.
- 1468 • Kommunen müssen einen Materialfonds für Schüler*innen aus finanzschwachem Umfeld
1469 auflegen.
- 1470 • Für Grundschulen muss ein hundertprozentiges Ganztagsplatzangebot konzipiert werden.

1471 Als DIE LINKE erachten wir eine gebührenfreie und qualitativ hochwertige Bildung aller Kinder und
1472 Jugendlichen als eine Selbstverständlichkeit. Wir sind der Meinung, eine umfassende Bildung fördert
1473 nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis
1474 für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Um eine
1475 gerechte Bildung zu garantieren, sind Investitionen in den Bereichen Schulbau, Personal sowie
1476 Materialien dringend notwendig. Auf kommunaler Ebene erschließen sich daher einige
1477 Handlungsschritte.

1478 **Schulbau bedarfsgerecht gestalten und finanzieren**

1479 Schulbau in den Kommunen scheitert in NRW oftmals an den Bedingungen „armer Städte“, die durch
1480 den Stärkungspakt Stadtfinanzen und den Zwang zum Personal- und Ausgabenabbau nicht die
1481 benötigten Kredite für Investitionen aufnehmen können.

1482 Daher will DIE LINKE Möglichkeiten vor Ort prüfen, wie die benötigten Schulneubauten durch
1483 Zusammenarbeit mit rein öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften sofort errichtet werden können
1484 und in einem Miet-Kauf-Modell dennoch in der Verfügungsgewalt und dem Eigentum der
1485 öffentlichen Hand bleiben. Neue Schulbauten sollten so geplant werden, dass sie nicht nur den
1486 gegenwärtigen Ansprüchen von Schulen genügen, sondern auch als Stadtteilzentren und Orte der
1487 Erwachsenenbildung genutzt werden können.

1488 Wie sollten gute Schulgebäude aussehen? Kinder brauchen Sonne, Luft und Freiraum für Bewegung,
1489 Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Sie brauchen multifunktionale Räume
1490 ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet
1491 werden kann. Es muss Räume geben für kleinere und größere Lerngruppen, für Recherche,
1492 Forschung und Übung in Einzelarbeit, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für
1493 Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut
1494 ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die
1495 interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig.

1496 **Was tun?**

- 1497 • Aktualisierung der Schulentwicklungspläne durch die Schulämter, damit diese steigenden
1498 Geburtenzahlen, Migration und modernen pädagogischen Konzepten gerecht werden
- 1499 • stärkere Zusammenarbeit zwischen den Nachbarkommunen bei der
1500 Schulentwicklungsplanung und insbesondere eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung
1501 benachbarter kreisangehöriger Kommunen
- 1502 • Schulneubau sowie Neugestaltung und Ergänzung bestehender Schulgebäude orientiert an
1503 den Erkenntnissen fortschrittlicher Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- 1504 • Naturräume als Lernorte in die Planungen von Schulneu- und -umbauten einbeziehen
- 1505 • Errichtung neuer Schulgebäude durch die öffentliche Hand orientiert an den Erkenntnissen
1506 moderner Pädagogik und neuen Anforderungen durch Inklusion
- 1507 • digitale Infrastruktur auf den modernsten Stand ausbauen

1508 **Armut als Bildungshemmnis**

1509 Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung
1510 weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut der Schüler*innen ein
1511 Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen
1512 geändert werden kann, ist unstrittig. Dennoch kann auch vor Ort etwas getan werden. Um soziale
1513 Ungleichheit zu bekämpfen, fordert DIE LINKE eine Schule für ALLE als Ganztagschule. Das
1514 gegliederte Schulsystem wollen wir abschaffen. Forscher*innen und Studien zeigen regelmäßig auf,
1515 wie schlecht dieses im internationalen Vergleich abschneidet.

1516 **Grundschule**

1517 Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch
1518 entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in
1519 lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Hier werden LINKE-

1520 Kommunalvertretungen auf die Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen
1521 insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

1522 Der für 2025 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für
1523 die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der
1524 Grundschulen in NRW offene Ganztagsgrundschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschüler*innen
1525 hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten
1526 der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau
1527 nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für
1528 Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

1529 DIE LINKE fordert auf kommunaler Ebene:

- 1530 • sofortige Ausbauplanung für eine 100%-Versorgung im Grundschulganztags
- 1531 • Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen
- 1532 • Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel

1533 Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft
1534 minderen Qualität der Angebote für die Schülerinnen und Schüler, zu Elternbeiträgen und zu
1535 prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Das ist bei offenen Ganztagsmodellen
1536 schwerlich zu verhindern, sodass DIE LINKE sich auf Landesebene für die flächendeckende Einführung
1537 gebührenfreier, gebundener Ganztagsangebote einsetzt.

1538 Solange diese nicht realisiert sind, fordert DIE LINKE

- 1539 • die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip
- 1540 • die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags vom Land, auch für die
1541 Qualitätsverbesserung

1542 **Sekundarstufe I**

1543 Elternbefragung – kommunale Schulentwicklungsplanung

1544 Immer wieder werden Eltern auf der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder nach
1545 Ganztagsgrundschulen abgewiesen. Daher setzen sich LINKE für Elternbefragungen ein, nach denen sich
1546 die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz richten muss. Dieses Recht der
1547 Eltern auf Planung nach ihren Wünschen wird oftmals mit Füßen getreten. Damit könnte auch
1548 endlich das Recht auf einen Gesamtschul-/Sekundarschul-/Ganztagsplatz umgesetzt werden.

1549 **Sekundarstufe II**

1550 Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schülerinnen und Schüler,
1551 um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzuerhalten. Das
1552 führt zu einem eingeschränkten Bildungsangebot. Dem versuchen viele Schulen durch Kooperation
1553 zu begegnen, was mit zeitraubendem Ortswechsel für Lernende und enormem Aufwand für
1554 Lehrkräfte und Schulorganisation verbunden ist. Zudem ist die Kooperation zwischen
1555 unterschiedlichen Fächern für Projekte in mehreren Schulen kaum zu bewerkstelligen.

1556 Daher setzt sich LINKE-Kommunalpolitik für Oberstufenzentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die
1557 mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Langfristig könnten diese Oberstufenzentren auch mit
1558 den Berufskollegs zusammenarbeiten, um weitere Qualitätssteigerungen und ein größeres Angebot
1559 zu erreichen.

1560 **Inklusion im Bildungsbereich**

- 1561 Inklusion muss von den Beteiligten aus gedacht, nicht nach Ressorts verwaltet werden.
- 1562 Deshalb werden LINKE-Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die
1563 Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation
1564 der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.
- 1565 Bisher gibt es noch in den Kommunen Gebäude der Förderschulen. Auch wenn zukünftig Inklusion
1566 die Absonderung nicht mehr vornimmt, sollen diese Räume doch erhalten bleiben, um Förderzentren
1567 für bestimmte Behinderungen zu ermöglichen, in denen die Förderung der Schülerinnen und Schüler,
1568 aber auch der Austausch und die Fortbildung des Personals stattfinden kann.
- 1569 Daher wird LINKE Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.
- 1570 Auch wenn sich DIE LINKE mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft
1571 ausspricht, so werden LINKE-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren
1572 übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der
1573 Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen
1574 sinnvoll gewährleisten zu können.
- 1575 **Schulentwicklung im ländlichen Raum**
- 1576 Im ländlichen Raum wirkte sich die Prognose der sinkenden Schüler*innenanzahl auf die
1577 Schulstruktur massiv aus: Grundschulen wurden geschlossen. Selbst Zusammenschlüsse von
1578 Grundschulen, sogenannte Verbundschulen, haben nur eine aufschiebende Wirkung auf die
1579 Schließung. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ findet aus Kostengründen nur noch als
1580 Lippenbekenntnis statt!
- 1581 Selbst die Kosten für die weitere Beförderung und der gerade für Grundschulkindern nachteilige
1582 Mehraufwand an Fahrzeit von bis zu 2 Stunden täglich ist kein Hindernis für den Schließungswahn.
1583 Da es schon seit langem keinen reinen Schülerverkehr mehr gibt, kommen noch Wartezeiten im
1584 ÖPNV hinzu.
- 1585 Wenn es nach der Grundschule dann zu den weiterführenden Schulen geht, kann sich die Kommune
1586 glücklich schätzen, die nach Gründung einer Sekundarschule wenigstens überhaupt noch ein Angebot
1587 für Fünftklässler machen kann.
- 1588 Kommunen ohne Schulangebot verlieren an Attraktivität; die Folgen sind sofort spürbar:
1589 Abwanderung! Wer ein gutes und breites Bildungsangebot bieten kann, der kann auch jetzt schon
1590 mit Zuzug rechnen. Dabei entscheiden sich immer mehr Eltern für einen Gesamtschulplatz; auch auf
1591 dem Lande liegen die Anmeldezahlen deutlich über denen der vorhandenen freien Plätze.
- 1592 Daher wird sich LINKE Kommunalpolitik weiterhin für Gesamtschulen bzw. Sekundarschulen
1593 einsetzen sowie für Oberstufenzentren, denn nur so ist auch im ländlichen Raum eine gute Schule für
1594 alle realisierbar.
- 1595 **Ausbildung: Berufskollegs – Ausbildungszentren**
- 1596 Trotz angeblichem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern suchen viele Jugendliche vergeblich
1597 einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche
1598 Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich
1599 zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

1600 Hier will LINKE Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur,
1601 BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, so dass Jugendliche einen zentralen
1602 Anlaufpunkt erhalten.

1603 **Weiterbildung**

1604 Die LINKE NRW setzt sich ein für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und
1605 einen Ausbau der Volkshochschulen, der örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung. Das
1606 Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, auch wenn ein besonderes Augenmerk und
1607 besondere Förderung sich angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung richten muss auf die
1608 politische Bildung! Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum
1609 Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen,
1610 nicht ersetzen. Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung
1611 und die ausufernde prekäre Beschäftigung dort müssen dringend geändert werden.

1612 **1. Bildungsauftrag auf gesetzlicher Grundlage**

1613 Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die
1614 Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche
1615 Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in
1616 jedem Alter. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche Ressourcen
1617 zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu können.

1618 Jahrzehntlang war die Entwicklung der Weiterbildung gekennzeichnet durch krasse
1619 Fehlentwicklungen auf dem Weg zu einem marktanalogen Gebilde: nämlich durch den Abbau
1620 staatlicher Verantwortung und Förderung, durch Privatisierung und Kommerzialisierung, durch
1621 soziale Selektion der Teilnehmenden sowie Deregulierung und weitergehende Prekarisierung der
1622 Beschäftigung. Professionelles HPM-Fachpersonal wurde ersetzt durch fachfremdes
1623 (Verwaltungs-)Personal und die Stellen tariflich abgewertet; schwerwiegender Qualitätsverlust der
1624 Angebote ist die Folge.

1625 Umsteuerung und weitgehende Verbesserungen erwarten wir von der jüngst gestarteten Initiative
1626 zur Novellierung des Landesweiterbildungsgesetzes.

1627 Nach wie vor aber müssen die öffentlichen Einrichtungen immer größere Anteile ihrer Haushalte ‚am
1628 Markt‘ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer höhere Kosten
1629 tragen. „Nur wer hat, dem wird gegeben!“ Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert.
1630 Zentrale Bestandteile des Weiterbildungsgesetzes NRW (WBG NRW) wie die Pflichtaufgabe, der
1631 Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für alle sind damit hochgradig gefährdet.

1632 Wir fordern

- 1633 • Von der Landesregierung fordern wir Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des
1634 Versorgungsauftrages nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WBG NRW). 1 % des
1635 Landesbildungsbudgets sollen für die Förderung der Weiterbildung im Lande, für Angebots-
1636 und Beschäftigungsqualität kurzfristig zur Verfügung stehen, wie auch die GEW NRW fordert.
- 1637 • Von den Kommunen und Gebietskörperschaften als Träger erwarten wir, dass sie die
1638 Weiterbildungsangebote im Versorgungsgebiet nicht weiter durch Fusion von
1639 Volkshochschulen oder Etatkürzungen ausdünnen, sondern ihre Finanzmittel verlässlich
1640 bereitstellen und aufstocken. Eine besondere Förderung der politischen Bildung ist
1641 angesichts der gesellschaftlichen Lage und fehlender „aufklärender Bildung“ dringend
1642 geboten.

- 1643 • eine langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der
1644 öffentlichen Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden, wie z. B. vorgeschlagen in
1645 dem Gutachten „Finanzierung lebenslangen Lernens“ durch die sog. „Timmermann-
1646 Kommission“.
- 1647 • bundesweite Regelungen für ein kohärentes inklusives Weiterbildungssystem, in dem die
1648 allgemeine, kulturelle, politische und berufliche Bildung gleichermaßen gefördert werden
1649 und für jeden tatsächlich die Chance auf Teilnahme besteht. Sie ergänzen die
1650 länderspezifischen Regelungen für die Weiterbildung. Die Landesregierung wird
1651 aufgefordert, bei der Bundesregierung die Umsetzung der Vorschläge für ein
1652 Erwachsenenbildungsfinanzierungsgesetz einzufordern

1653 **Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen**

1654 Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich
1655 geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Dies gilt
1656 besonders für die bundesweit über 900 Volkshochschulen, die den Kern der öffentlich geförderten
1657 Weiterbildung darstellen, bundesweit ortsnah vorhanden sind und die Grundversorgung an
1658 Weiterbildung vorhalten. Es muss verhindert werden, dass sie sich zunehmend dem Bildungsmarkt,
1659 seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden
1660 Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

1661 Viele Volkshochschulen sind außerdem Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen,
1662 besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern‘ am Bildungsmarkt zählen.

1663 Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige
1664 Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

1665 Eine Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der Bildungsberatung, der aufsuchenden
1666 Bildungsarbeit bis hin zur Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller
1667 Lernnetzwerke.

1668 Wir fordern

- 1669 • das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung zu stellen. Zur
1670 Grundbildung gehört für uns dabei alles, was zum Lehr- und Stoffplan der Sek I der
1671 allgemeinbildenden Schulen zählt.
- 1672 • Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von
1673 Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohlbezogenen
1674 Weiterbildung: Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten, Zugänge zum
1675 Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für
1676 Berufstätige, Umgang mit neuen Medien; diese sind ohne oder nur mit geringem
1677 Teilnehmerentgelt anzubieten. Die individuell aufzubringenden Entgelte dürfen nicht zum
1678 Teilnahmehindernis werden.
- 1679 • Besonders die politische Bildung muss wieder eine deutliche Aufwertung erfahren, statt
1680 immer mehr marginalisiert zu werden. Gerade in einer immer komplizierter und technischer
1681 werdenden Welt ist Aufklärung über gesellschaftspolitische Hintergründe und
1682 Zusammenhänge notwendig. Aufgrund dieser Bedeutung der politischen Bildung müssen die
1683 Angebote in der Regel entgeltfrei sein. Des Weiteren fordern wir eine Erweiterung des
1684 Bildungsurlaubs und weiteren Ausbau des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG-
1685 NRW).
- 1686 • Zur Entfaltung einer eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am
1687 gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben haben auch die anderen Bereiche der

1688 Volkshochschule, die kulturelle Bildung, Gesundheitsbildung, berufliche Bildung und die
1689 Fremdsprachen z. B. ihre Bedeutung für das öffentliche Leben und sind aus- statt abzubauen.
1690 Nach dem Prinzip der Einheit der Bildung gehören sie unbedingt dazu.

- 1691 • Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre
1692 Möglichkeiten zu informieren, sind wohnortnah subjektorientierte, gender- und
1693 kultursensible Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten mit
1694 klientenzentrierten Konzepten, guten Rahmenbedingungen und professionellem,
1695 wissenschaftlich ausgebildetem Personal mit tariflicher Eingruppierung wie bei den
1696 Mitarbeiter/-innen der Volkshochschulen auch.

1697 **2. Prekäre Arbeit abschaffen**

1698 In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird völlig selbstverständlich hingenommen, dass
1699 Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Unter
1700 ihnen prekär Beschäftigte, die gering vergütet, das Ausfall- und Krankheitsrisiko ebenso allein tragen
1701 wie die Kosten zu ihrer sozialen Sicherung. Ihr Einkommen erreicht nach Abzug aller Abgaben oft nur
1702 die Höhe von Geringverdienern; viele müssen „aufstocken“! Damit ist Altersarmut vorprogrammiert.
1703 Sie können nicht die Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Einkommens kollektiv aushandeln;
1704 Mitbestimmungsfunktionen sind ihnen weitgehend versperrt.

1705 Durch eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung
1706 können mehr feste Stellen und tarifliche Bezahlung ermöglicht bzw. entsprechend hohe Honorare
1707 mit sozialer Absicherung (wieder) eingeführt werden.

1708 Wir fordern

- 1709 • dass die Kommunen und die zuständigen Personalvertretungen den Status der
1710 Scheinselbstständigen als arbeitnehmerähnlich Beschäftigte anerkennen.
- 1711 • Bei längerfristigen Angeboten und Maßnahmen sind den Honorarkräften feste bzw. zeitlich
1712 befristete Stellen zu tariflichen Konditionen anzubieten.
- 1713 • Den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ist ein Honorar pro Unterrichtsstunde von
1714 mindestens 36 € zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag Weiterbildung
1715 kann hier keine Anwendung finden.
- 1716 • Mehr Stellen zu schaffen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD. Das
1717 setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten
1718 kalkuliert und ausgeschrieben werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird.
1719 Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- 1720 • Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und
1721 Mitbestimmung sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in der
1722 Weiterbildung. (vgl. den Policy Brief 03/2016 des WSI zum Thema „Solo-Selbstständigkeit in
1723 Deutschland. Aktuelle Reformoptionen“).

1724 **Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!**

1725 Hochschulpolitik ist keine kommunale Aufgabe, aber die Studierenden und auch die Hochschule sind
1726 vor Ort. DIE LINKE vernachlässigt weder die Studierenden noch die Hochschulen.

- 1727 • Wohnen: DIE LINKE nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und
1728 unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht
1729 vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.

- 1730
- 1731
- 1732
- 1733
- 1734
- 1735
- Verkehrsanbindung: Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die Hochschulbedürfnisse.
 - Studierenden-Card: DIE LINKE will die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten auch für Studierende ermöglichen.

1736 **Kunst und Kultur**

1737 Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist in einem starken Wandel begriffen. Kunst und Kultur
1738 sind für LINKE Kommunalpolitik essenzieller Bestandteil des Lebens aller Menschen. Der
1739 Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen genießt nach Art. 18 der Landesverfassung
1740 NRW Verfassungsrang. Kunst und Kultur dürfen aber nicht Zeitvertreib einiger weniger sein, sondern
1741 an Kultur müssen alle teilhaben können – unabhängig von Alter, Geschlecht oder ethnischer
1742 Herkunft.

1743 **Die Teilhabe an Kunst und Kultur, die wir wollen, ist:**

- 1744 • integrativ
- 1745 • zugänglich für alle unabhängig von finanziellen Mitteln Einzelner
- 1746 • vielfältig
- 1747 • bildend

1748 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1749 • institutionelle Förderung
- 1750 • Sozialtarife für einkommensschwache Menschen
- 1751 • ermäßigte Gebühren für Volkshochschulkurse
- 1752 • kostenfreie Nutzung öffentlicher Bibliotheken

1753 **Was wir dafür brauchen ist eine Kulturpolitik, die:**

- 1754 • geschlechtergerecht ist und kulturelle Vielfalt wertschätzt,
- 1755 • ihrem Verfassungsauftrag gerecht wird,
- 1756 • Erinnerungskultur fördert.

1757 **Was das bringt?**

- 1758 • Förderung der Persönlichkeitsentwicklung
- 1759 • individuelle Bildung über den Schulbesuch hinaus
- 1760 • kulturelle Teilhabe für alle

1761 **Was muss dafür getan werden?**

- 1762 • Prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Kultur müssen abgeschafft werden.
- 1763 • Öffentliche Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtische Musikschule müssen
1764 erhalten bleiben.
- 1765 • Zentren der Off- und Soziokultur müssen gefördert werden.
- 1766 • Hochkultur und freie Kultur müssen gleichgesetzt werden.

1767 Denn eine lebendige und multikulturelle Kulturszene ist die Grundlage für gelebte Demokratie und
1768 das soziale Miteinander in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

1769 **Kunst und Kultur**

1770 Die Kommunen erhalten nach einem bestimmten Schlüssel Steuermittel für die kulturellen Aufgaben,
1771 die größeren Städte mehr, weil sie für das Umland größere und kostspieligere Kultureinrichtungen
1772 unterhalten sollen. Diese Schlüsselzuweisungen reichen allerdings nicht aus, um die vielfältigen
1773 kulturellen Aufgaben zu finanzieren. Die Mittel, die unsere Städte und Gemeinden für Kultur
1774 aufwenden, sind zudem höchst unterschiedlich. Insbesondere die Kommunen, die dem sogenannten

1775 Stärkungspaktgesetz unterliegen, geben unterdurchschnittlich wenig Geld für Kultur aus, weil die zur
1776 Verfügung stehenden Finanzmittel in den Schuldenabbau geleitet werden. So wird der
1777 Verfassungsauftrag unterlaufen.

1778 NRW war immer ein Einwanderungsland und bleibt es auch. Menschen aus anderen Ländern in der
1779 zweiten oder dritten Generation leben hier und sind Wandler*innen und Mittler*innen zwischen
1780 verschiedenen Kulturen. Das gilt in gleichem Maße für Geflüchtete. In den Großstädten NRWs wird
1781 bald jede*r zweite Einwohner*in einen Migrationshintergrund haben. In der Jugendbevölkerung ist
1782 dieser Anteil bereits erreicht oder wird sogar überschritten. Alle Menschen sind uns willkommen und
1783 mit ihnen auch ihre vielfältige und unterschiedliche Kultur.

1784 Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kulturpolitik, sich dieser wachsenden kulturellen Vielfalt zu
1785 öffnen, sie zu beleuchten, zu fördern und den Kulturschaffenden eine Möglichkeit der Präsentation
1786 zu geben. Eine lebendige Kulturpolitik muss gewährleisten, schaffenden Künstler*innen und
1787 Denker*innen, egal woher sie kommen, eine Plattform des Austauschs zu bieten, die den
1788 freiheitlichen Diskurs und das Beisammensein ermöglicht. Kultur kann ohne integrative Bestandteile
1789 nicht funktionieren.

1790 **Kulturschaffende**

1791 Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich mit Kultur zu tun haben, wird schlecht bezahlt
1792 und arbeitet unter prekären Bedingungen. Frauen und Menschen mit einem anderen kulturellen
1793 Hintergrund sind in den Führungspositionen der Kultureinrichtungen und der Kulturverwaltungen
1794 weit unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt und kulturellen
1795 Entwicklung beitragen könnten. Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei die
1796 leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind.

1797 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

- 1798 • nachhaltige und auskömmliche Finanzierung der Kunst- und Kulturschaffenden
- 1799 • geschlechtergerechte Besetzung aller Stellen im Kultursektor, insbesondere bei leitenden
1800 Positionen
- 1801 • Lohnfairness zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit
- 1802 • Festanstellung von Künstler*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen
- 1803 • institutionelle Förderung von Künstler*innen und Kultureinrichtungen, statt ausschließlicher
1804 Projektförderung; kommunale Beratungsangebote zur Projektförderung
- 1805 • Gleichsetzung der Hochkultur mit der freien Off- und Subkultur bei der Projektförderung
- 1806 • demokratische Verteilung von Spenden und Sponsorengeldern

1807 **Kulturelle Teilhabe im Sinne einer umfassend inklusiven Kultur für alle Menschen**

1808 Teilhaben an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren für
1809 Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an Kultur
1810 beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken und
1811 entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen. Der Zugang zu Kunst und Kultur ist
1812 individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse sowie soziale und bildungsmäßige Unterschiede
1813 existieren weiterhin.

1814 Kulturelle Bildung beginnt institutionell in den Kindertagesstätten, findet im Schulalltag statt und
1815 begleitet die Bürger*innen in der Erwachsenenbildung und in den Kultureinrichtungen. Sie bietet
1816 einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung. Kulturelle Angebote müssen für

1817 Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein – unabhängig von ihrer sozialen Lage, einer
1818 Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen Herkunft.

1819 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

- 1820 • kostenfreie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes
- 1821 • freien Eintritt in Theater und Oper für Leistungsbezieher*innen (SGB II, SGB XII,
- 1822 Rentner*innen)
- 1823 • kostenfreie musische Förderung von Kindern von Leistungsbezieher*innen über das
- 1824 Bildungs- und Teilhabepaket und andere Projekte, wie den Kulturrucksack, hinaus

1825 **Kultureinrichtungen und Orte der Erinnerungskultur in Städten und Gemeinden**

1826 Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge in den
1827 Städten und auch in ländlichen Gemeinden zusammengestrichen, obwohl Kultur sich besonders und
1828 unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen, Theater und Museen
1829 müssen mit immer knapper werdenden finanziellen Mitteln auskommen. Daran ändert auch das vom
1830 Land verabschiedete Kulturfördergesetz nichts. Daher ist es eine wichtige Aufgabe linker
1831 Kommunalpolitik, in den Stadt- und Gemeinderäten auf die Bedeutung von Kunst und Kultur für den
1832 Zusammenhalt der Gesellschaft zu verweisen und die erforderlichen finanziellen Mittel zu fordern.

1833 Kultur bestimmt die Art, wie wir leben, unseren privaten Alltag bis zum sozialen Miteinander im
1834 öffentlichen Raum, bestimmt die Gestalt unserer Städte und unsere Vorstellung von menschlichem
1835 Leben, bestimmt, was wir hören, sehen, fühlen und schmecken. Kunst bedeutet Schönheit,
1836 Wahrheit, den Erhalt und die Verwirklichung menschlichen Daseins. Kunst ist frei und darf nicht
1837 politisch instrumentalisiert werden.

1838 Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die
1839 Stadtplanungs- und Integrationspolitik, Bildungs- und Jugendpolitik, Sozial- und Wirtschaftspolitik
1840 gleichermaßen betrifft. Sie ist dem Erhalt der schöpferischen Leistungen, aber auch dem Erhalt des
1841 Gedächtnisses der Menschheit, den Archiven, Zentren der Erinnerungskultur und Gedenkstätten
1842 verpflichtet, und sie muss darauf ausgerichtet sein, die Menschen von heute zu ermächtigen, ihre
1843 Leben, ihre Gewohnheiten und ihre Zukunft selbst zu gestalten. Der Förderung von Soziokultur,
1844 selbstverwalteten Bürger*innen- und Jugendzentren, der eigenen kulturellen Betätigung von Laien,
1845 von der Herstellung von Kleidung über Malen und Singen sowie Erzählen der eigenen Geschichte bis
1846 zur Theaterarbeit muss ein breiter Raum und eine große finanzielle Unterstützung gewährt werden.

1847 **LINKE Kommunalpolitik fordert:**

- 1848 • Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtischer Musikschulen
- 1849 • Erhalt und institutionelle Förderung von Zentren der Off- und der Soziokultur
- 1850 • Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von
- 1851 Leerständen)
- 1852 • Schaffung von Präsentationsmöglichkeiten für Künstler*innen
- 1853 • Verhinderung der Streichung von Zuschüssen für örtliche Kunst- und Kulturvereine
- 1854 • Pflege der Orte der Erinnerungskultur
- 1855 • Stärkung von Initiativen, die sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen
- 1856 • Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti

1857 **Sportpolitik**

1858 Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit, Gemeinschaft und kultureller
1859 Teilhabe – von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport über sportliche Betätigung
1860 während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Die Sportvereine sind in den
1861 meisten Kommunen Nordrhein-Westfalens die Vereine mit den höchsten Mitgliederzahlen. Fast 30 %
1862 der Menschen in Deutschland sind Mitglied in einem Sportverein. Viele betätigen sich auch ohne
1863 Verein regelmäßig sportlich. Diese Zahlen machen deutlich, welchen Stellenwert der Sport in der
1864 Bevölkerung hat. Zudem sind die Förderung von Toleranz und Akzeptanz statt Rassismus und
1865 Ausgrenzung sowie Gewaltprävention für viele Sportvereine wichtige Ziele.

1866 **Die Teilhabe an Sport, die wir wollen, ist:**

- 1867 • inklusiv
- 1868 • barrierefrei
- 1869 • demokratisch

1870 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1871 • kommunale Hilfestellungen
- 1872 • eine „Initiative Vereinssport“
- 1873 • transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne
- 1874 • bezahlbare Nutzungsentgelte für alle

1875 **Was wir dafür brauchen ist eine Kultur- und Sportpolitik, die:**

- 1876 • neben dem Leistungssport auch den Breitensport und besonders die sportliche Betätigung
1877 von Menschen mit Beeinträchtigungen fördert,
- 1878 • die sportliche Betätigung aller Geschlechter fördert und niemanden ausgrenzt,
- 1879 • Konzepte für Menschen jeden Alters fördert,
- 1880 • Schwimmen als Überlebenstechnik anerkennt.

1881 **Was das bringt?**

- 1882 • Förderung der Persönlichkeitsentwicklung
- 1883 • Stärkung des Gemeinschaftssinns
- 1884 • Prävention
- 1885 • Erhalt der Gesundheit

1886 **Was muss dafür getan werden?**

- 1887 • Das Ehrenamt muss gestärkt und als gesellschaftlicher Beitrag anerkannt werden.
- 1888 • Förderrichtlinien für die Sportvereine müssen gemeinsam mit den Vereinen bzw.
1889 Sportbünden erarbeitet werden.
- 1890 • Kommunale Sport- sowie Schwimmstätten müssen erhalten, modernisiert und bei Bedarf
1891 aus- oder neu gebaut werden.
- 1892 • Kommunen fördern und finanzieren gemeinnützige Gesundheitszentren, die allen zur
1893 Verfügung stehen.

1894

1895 **Sport ist Lebensqualität**

1896 Die Kommunen, Landkreise, Städte und Gemeinden haben eine wichtige Aufgabe beim Erhalt der
1897 kommunalen Infrastruktur. Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder müssen den Schulen und
1898 Vereinen, aber auch vereinslosen Sporttreibenden in Privatliga- oder Betriebssport-Teams in
1899 ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten muss jedem
1900 Menschen möglich sein. Denn Sport- und Freizeiteinrichtungen sind wichtig für Gesundheit, Erholung
1901 und Entspannung.

1902 Weil er Treffpunkt und für viele ein Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens ist, leistet der Sport auch
1903 eine hervorragende Arbeit bei der Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und
1904 unterschiedlicher Kulturen. Sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport zeigt sich das deutlich.

1905 Besondere Angebote für Mädchen und Frauen, wie z. B. Mädchenfußball-Teams oder
1906 Selbstverteidigungskurse, sind ein wichtiger Beitrag zu Förderung der Selbstbestimmung. Auch
1907 beteiligen sich Sportvereine an Konzepten und Maßnahmen zur Gewaltprävention.

1908 Es ist deshalb falsch, wenn Kommunen unter dem Druck der Nothaushalte als erstes im
1909 Sporthaushalt zu kürzen versuchen. Darüber hinaus dürfen nicht noch mehr Schwimmbäder
1910 geschlossen werden. Denn Schwimmen zählt nicht nur zu den besonders gesunden Sportarten,
1911 sondern ist auch gleichzeitig Überlebenstechnik.

1912 Insbesondere für den Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben
1913 sind intakte und moderne Sportstätten notwendig, ebenso zur Talentförderung. Hier gilt für LINKE
1914 Kommunalpolitik: Es muss Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle geben, aber auch
1915 einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen.

1916 **LINKE Kommunalpolitik tritt ein für**

- 1917 • kostenlosen Eintritt für Schwimmbäder und deutlich ermäßigte Sozialtarife für alle
- 1918 Menschen, die staatliche Transferleistungen erhalten,
- 1919 • Nutzungsentgelte für städtische Sportanlagen für den Vereinsbreitensport abzuschaffen,
- 1920 • den Erhalt und Ausbau wohnortnaher Sportstätten, die für alle barrierefrei zugänglich sind,
- 1921 • die Förderung der Teilnahme aller an sportlicher Betätigung; Sport kann und muss einen
- 1922 Beitrag zur Inklusion leisten,
- 1923 • die besondere Förderung der Teilnahme von Mädchen und Frauen am Sport,
- 1924 • die kommunale Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren durch die Sportvereine
- 1925 mit besonderen Angeboten für Berufstätige, für ältere Menschen, Migranten und Menschen
- 1926 mit Behinderungen,
- 1927 • transparente, kommunale Sportentwicklungs- und Investitionspläne sowie Förderrichtlinien
- 1928 für die Sportvereine, die gemeinsam mit den Vereinen bzw. Sportbünden erarbeitet werden,
- 1929 • besondere Förderung von Vereinen und Projekten mit hohen Anteilen von Kindern,
- 1930 Jugendlichen, Migranten und einkommensschwachen Menschen,
- 1931 • kommunale Hilfestellung und Beratung für Sportvereine bei der Erarbeitung von
- 1932 Förderanträgen für Investitionen und Projekte an Land und Bund,
- 1933 • eine „Initiative Vereinssport“ nach dem Vorbild der Stadt Iserlohn, wo die Stadt für jedes
- 1934 Kind, das eingeschult wird, ein Jahr den Beitrag für einen Sportverein übernimmt,
- 1935 • die öffentliche Anerkennung des sportlichen Ehrenamtes und seine Förderung als sozial
- 1936 wichtige Arbeit im Rahmen öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen; die steuerliche
- 1937 Absetzbarkeit ehrenamtlichen Aufwandes (u. a. der Kilometerpauschale),

- 1938
- 1939
- 1940
- 1941
- 1942
- die Förderung der Einrichtung und des Erhalts von Anlagen und Flächen für Trendsportarten wie Skaten oder Parcours,
 - Erhalt, Weiterentwicklung und Förderung von Fanprojekten, die sowohl präventiv als auch die gewaltbereite aktive Fanszene begleitend arbeiten, in Kooperation mit den entsprechenden Sportvereinen.

1943 **Kinder- und Jugendpolitik**

1944 Die Armut von Kindern und Jugendlichen verharrt seit Jahren auf einem hohen Niveau. In NRW leben
1945 fast 570.000 Kinder und Jugendliche von Hartz IV, 800.000 leben unter der Armutsgrenze. In kaum
1946 einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und
1947 selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen.
1948 Deswegen ist eine gute soziale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit
1949 zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu eröffnen. Aber daran mangelt
1950 es.

1951 **Die Kinder- und Jugendpolitik, die wir brauchen, ist:**

- 1952 • am Kindeswohl orientiert
- 1953 • dem Kampf gegen Kinderarmut verpflichtet
- 1954 • eine Politik für die gesamte Familie

1955 **Worauf wir dabei setzen?**

- 1956 • gebührenfreie Kitas für alle Kinder
- 1957 • Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen
- 1958 • gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten

1959 **Was wir dafür brauchen sind Konzepte, die**

- 1960 • den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Familien garantieren,
- 1961 • Familien mit geringem oder keinem Einkommen unterstützen,
- 1962 • Kindern und Jugendlichen Zukunftsperspektiven bieten,
- 1963 • eine gute Lebensgrundlage für Familien an ihrem Wohnort schaffen.

1964 **Was das bringt?**

- 1965 • bessere Chancen, Teilhabe und Gesundheit für alle Kinder und Jugendliche
- 1966 • Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Elternteile sowie Alleinerziehende

1967 **Was muss dafür getan werden?**

- 1968 • Es müssen ausreichend öffentlich geförderte, insbesondere kommunale Kitaplätze
1969 geschaffen werden.
- 1970 • Tagespflege-Personen müssen besser qualifiziert werden.
- 1971 • Die Erzieher*innen-Ausbildung in städtischen Berufskollegs muss ausgebaut werden.
- 1972 • Praktikumsplätze im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des Anerkennungsjahres
1973 müssen eingerichtet werden.
- 1974 • Ein Sozialpass, der kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern,
1975 Bibliotheken, Theatern etc. ermöglicht, muss eingeführt werden.
- 1976 • Mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit müssen aufgelegt
1977 werden.
- 1978 • Kostenlose und ganztägige Freizeit- und Ferienangebote der Städte und Gemeinden für
1979 Kinder in den Schulferien und darüber hinaus müssen vorgehalten werden.
- 1980 • Beratungsangebote müssen erhalten bleiben.

1981

1982 **LINKE Kitapolitik bedeutet: „Gute, gebührenfreie Kitas für alle“**

1983 In den Kommunen entscheiden die Jugendhilfeausschüsse und Gemeinderäte über die kurz-, mittel-
1984 und langfristige Ausbauplanung der Kindertagesbetreuung, über neue Kitas, neue Kita-
1985 Trägerschaften, die Ausgestaltung von Tagespflege u. v. m. Außerdem sind sie Träger von
1986 Berufskollegs, welche die händierend gesuchten Erzieher*innen ausbilden, die in ihren
1987 gemeindeeigenen Kitas auch Praktikumsplätze im Rahmen der praxisintegrierten Ausbildung
1988 anbieten können.

1989 Trotz des seit 2013 bestehenden Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem
1990 Jahr sind verlässliche, gute Ganztagsangebote in Kitas nach wie vor Mangelware. Steigende
1991 Geburtenraten haben vielerorts dazu geführt, dass die Betreuungsquoten trotz des U3-Platzausbaus
1992 stagnieren oder sogar rückläufig sind. Gerade für Unter-Dreijährige gibt es zu wenige Kitaplätze, der
1993 Ausbau stockt, besonders Eltern junger Kinder werden mit Tagespflegeplätzen abgespeist. Viele
1994 Eltern wünschen sich anstelle von Tagespflege von Anfang an einen Kitaplatz für ihre Kinder. Gründe
1995 sind die bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf und die Vorteile frühkindlicher Bildung.

1996 **Die LINKE tritt ein für**

- 1997 • öffentlich geförderte, insbesondere kommunale Kitaplätze für alle Kinder, deren Eltern das
1998 wünschen, von Anfang an,
- 1999 • den Ausbau von U3-Plätzen in Kitas entsprechend den Wünschen der Eltern, um die
2000 Betreuungsquote trotz steigender Geburtenzahlen zu erhöhen,
- 2001 • Kita-Neubau durch kommunale Bauträger statt durch Privatinvestoren, an die keine
2002 Grundstücksvergabe stattfinden sollte; Kitagebäude sollten der Kommune gehören; teure
2003 Mietverträge mit Investoren gehören auf den Prüfstand,
- 2004 • ausreichend öffentlich geförderte Kitaplätze insbesondere in kommunaler Trägerschaft; zwar
2005 ist auch eine Trägervielfalt wünschenswert, Kriterien der U3-Platzvergabe müssen aber
2006 transparenter gemacht werden,
- 2007 • den Ausbau der Erzieher*innen-Ausbildung in städtischen Berufskollegs und die Einrichtung
2008 von Praktikumsplätzen im Rahmen der praxisorientierten Ausbildung und des
2009 Anerkennungsjahres,
- 2010 • einen Rechtsanspruch des Kindes auf Tagesbetreuung unabhängig vom Erwerbstatus der
2011 Eltern; dem Elternwunsch ist möglichst zu entsprechen; erwerbslose Familien systematisch
2012 auf 25-Std.-Plätze oder ans Ende der Wartelisten in Kitas und Tagespflege zu verweisen, ist
2013 keine Lösung,
- 2014 • für die langfristig gesicherte Versorgung inklusiver Kitas mit multiprofessionellen Teams mit
2015 Therapeut*innen,
- 2016 • eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien
2017 öffentlichen Kindertagesbetreuung,
- 2018 • die Abschaffung von Kitabeiträgen landesweit; solange dies nicht realisiert ist, wollen wir
2019 eine landesweite Beitragssatzung, die Kinder Erwerbsloser, Alleinerziehender, Geflüchteter
2020 und Geringverdiener beitragsfrei stellen und erst bei mittleren Einkommen einsetzen;
2021 solange auch dies nicht verwirklicht ist, sollten die kommunalen Beitragssatzungen erst bei
2022 mittleren Einkommen einsetzen.

2023 Die Tagespflege verkommt vielerorts zu einer „Billiglösung“, auf die Kommunen im Zuge des U3-
2024 Ausbaus setzen, wenn neue Kitas zu teuer oder wegen fehlender Grundstücke nicht realisierbar sind.
2025 Sie ist für Eltern mancherorts teurer und weniger verlässlich (wenn Tagespflegepersonen krank
2026 werden), nicht immer der Entwicklung von Kindern förderlich und kann Kindeswohlgefährdung

2027 begünstigen, wenn Überforderungssituationen entstehen. Für die Tagesmütter und -väter stellt
2028 Tagespflege eine häufig unterbezahlte, selbstständige und wenig zukunftsplanbare Arbeit dar.
2029 Besonders Großtagespflegen werden als Dumping-Kitas ohne Qualitätsstandards vielerorts
2030 ausgebaut, zumal Außenflächen und Fachkräftegebote dort nicht nötig sind. Besonders
2031 problematisch sind die Qualifikationsvoraussetzungen: Nötig für eine Tagespflegeerlaubnis ist nur
2032 eine 160-stündige Ausbildung, Fortbildungen sind nicht verpflichtend. Die insgesamt schlechten
2033 Rahmenbedingungen schlagen sich häufig auf die Betreuungsqualität nieder zu Lasten der Förderung
2034 der U3-Kinder. Die meisten Eltern wünschen sich aus diesen Gründen einen Kita- und keinen
2035 Tagespflegeplatz.

2036 **Die LINKE setzt sich vor Ort ein für**

- 2037 • den Ausbau von wohnortnahen Kitaplätzen und ggf. den Rückbau von Tagespflegeplätzen
- 2038 entsprechend den Elternwünschen,
- 2039 • die Anhebung von Qualifikationsstandards in der Tagespflege sowie den verbindlichen
- 2040 Einsatz von Fachkräften in Großtagespflegen,
- 2041 • den erheblichen Ausbau der Qualifikation von Tageseltern und die Verbesserung der
- 2042 fachlichen Begleitung der Tageseltern durch das Jugendamt und örtliche Träger,
- 2043 • die Unterbindung privater Zuzahlungen der Eltern durch die Kommunen und eine
- 2044 existenzsichernde Entlohnung der Tageseltern.

2045 **Zukunftschancen für Kinder, Jugendliche und Familien**

2046 Die Zusammensetzung von Familien, in denen Kinder aufwachsen, hat sich inzwischen verändert.
2047 Neben der traditionellen Familiendefinition leben Kinder und Jugendliche in Patchwork-Familien,
2048 eingetragenen Lebenspartnerschaften oder mit einem Elternteil. Der Anteil von Alleinerziehenden,
2049 die mit Kindern in gleichem Haushalt leben, ist stark gestiegen. In Großstädten NRWs lebt jedes
2050 dritte Kind in einer Familie mit Migrationshintergrund – in einzelnen Stadtteilen jedes zweite. Wir
2051 sehen in diesen vielfältigen Formen von Familien eine Bereicherung für das Zusammenleben.

2052 Kinder und Jugendliche sind für uns eigenständige Persönlichkeiten. Sie benötigen in allen
2053 Lebenssituationen gesicherte Angebote an qualifizierter Kinderbetreuung, Schule, kultureller Bildung,
2054 Freizeit- und Sportmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven.

2055 Die Anzahl junger Menschen, die mit ihren Eltern von Hartz-IV-Leistungen leben, ist mit rund 20 %
2056 landesweit und bis zu 33 % in einzelnen Ruhrgebietskommunen skandalös hoch – hinzu kommen
2057 jene Kinder aus Haushalten mit Kinderzuschlag, Wohngeldbezug oder von sogenannten
2058 Aufstocker*innen. Kinder aus armen Verhältnissen sind vom frühen Kindesalter an benachteiligt und
2059 haben vielfach höhere Risiken, so dass man auch von Kinderarmut als struktureller
2060 Kindeswohlgefährdung sprechen kann. Ein Hauptziel der Kinder- und Jugendpolitik muss daher die
2061 präventive Bekämpfung der Kinderarmut vor Ort werden. Dabei zählen Taten und nicht
2062 Lippenbekenntnisse.

2063 Statt einer Familienpolitik vor allem für Gutverdienende stehen für uns die Familien im Mittelpunkt,
2064 die kein oder nur ein geringes Einkommen haben. Wir wollen diese Familien schützen vor Armut
2065 jeglicher Art. Dies bedeutet für uns auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Jede Familie muss
2066 die Möglichkeit haben, mit ihren Kindern Ausflüge zu machen. Nur so können Kinder, unabhängig
2067 vom Geldbeutel der Eltern, gleichberechtigt mit anderen aufwachsen.

2068 Wir LINKE setzen uns daher ein für eine verbesserte Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung
2069 durch den Ausbau der Krippen, Kitas und Ganztageschulen. DIE LINKE vor Ort kämpft für einen
2070 Sozialpass, damit künftig mehr Familien und Alleinerziehende mit ihren Kindern günstigere
2071 Eintrittspreise in vielerlei Einrichtungen in Anspruch nehmen können.

2072 **Um für Familien mit Kindern eine gute Lebensgrundlage an ihrem Wohnort zu schaffen, setzt sich**
2073 **DIE LINKE ein für:**

- 2074 • einen Sozialpass, der Familien eine stärkere Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben in
2075 ihrer Kommune ermöglicht,
- 2076 • kostenlose und ganztägige Freizeitangebote der Städte und Gemeinden für Kinder in den
2077 Schulferien und darüber hinaus, damit Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
2078 erleichtert wird,
- 2079 • mehr beitragsfreie Mitmachangebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder, die
2080 unter den schwierigen Lebensbedingungen einer Familie oder eines alleinerziehenden
2081 Elternteils in der Grundsicherung aufwachsen,
- 2082 • ein ausreichendes Angebot an gutem und bezahlbarem Wohnraum für Familien,
- 2083 • eine Wohnumfeld-Gestaltung mit geringer Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen
2084 und bedarfsgerechten Spielplätzen; Mittel für Stadtentwicklung, Spielplatzausbau und Grün-
2085 und Freiflächen müssen v. a. in benachteiligte Sozialräume und ihre Aufwertung fließen,
- 2086 • den Erhalt und Ausbau von Beratungsangeboten für Familien,
- 2087 • den Erhalt und den Ausbau von Familienberatungsstellen und der Erziehungshilfe,
- 2088 • Hilfen zur Erziehung unabhängig von Haushaltssperren und -deckeln, insbesondere
2089 präventive Angebote wie Beratung für Kinder und Jugendliche ausbauen statt kürzen,
- 2090 • zielgruppengerechte Informationen für Kinder, Jugendliche und Familien zu allen Hilfs- und
2091 Beratungsangeboten,
- 2092 • die Anpassung der Beratungs- und Hilfeleistungen des Allgemeinen Sozialdienstes an den
2093 steigenden Bedarf und die höhere Komplexität der Fälle,
- 2094 • den Erhalt oder Ausbau der Beratungsstellen der „frühen Hilfen“, um Prävention leisten zu
2095 können und horrenden Folgekosten im Sozialbereich nachhaltig zu sparen.

2096 **Teilhabe und Gesundheit für alle Kinder und Jugendlichen**

2097 Kinder- und Jugendgesundheit für alle zu fördern, ist eine öffentliche Aufgabe. Kinder mit
2098 chronischen Erkrankungen wie Diabetes, Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung,
2099 um ihr Recht auf Persönlichkeitsentfaltung, Bildung, Freizeit und Kultur wahrnehmen zu können.
2100 Zudem ist Armut mit vielen schwerwiegenden gesundheitlichen Risiken verbunden, wovon in
2101 besonderer Weise Kinder betroffen sind. In Nordrhein-Westfalen lebt fast jedes vierte Kind unterhalb
2102 der Armutsgrenze. DIE LINKE tritt dafür ein, dass diese Kinder auch gesundheitlich nicht
2103 zurückbleiben müssen, denn sie tragen erhöhte Gesundheitsrisiken.

2104 Die Hartz-IV-Regelsätze reichen bei weitem nicht aus, um Kindern und Jugendlichen die
2105 gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft (Kino, Sportveranstaltungen und vieles mehr) zu
2106 ermöglichen. Krankheitskosten sind nicht vorgesehen, gesunde Ernährung ist faktisch nicht
2107 finanzierbar. Folgen der Armut sind häufig gesundheitliche Probleme, hürdenreiche Bildungszugänge
2108 und gesellschaftliche Isolation. Die Entwicklungschancen armer Kinder werden damit massiv
2109 eingeschränkt. Gesundheitsdienste sollten in Schulen und Kitas generell zur Verfügung stehen. Das
2110 Ziel sollte sein, auf diese Weise präventiv über mögliche Erkrankungen zu informieren und zu
2111 sensibilisieren.

2112 **Was tun?**

- 2113 • breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung
- 2114 • öffentlich finanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen

- 2115 • Angebot von Lebensmitteln aus ökologischem und vorrangig regionalem und saisonalem
- 2116 Anbau in Kitas und Schulen sowie in anderen öffentlichen Einrichtungen, die Verpflegung
- 2117 anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVs)
- 2118 • Angebot von täglich mindestens einem vegetarischen oder veganen Menü in allen
- 2119 öffentlichen Einrichtungen
- 2120 • mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention und therapeutische Maßnahmen für
- 2121 suchtmittelkonsumierende Kinder und Jugendliche
- 2122 • strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe
- 2123 • Aufbau eines Schul- und Kita-Gesundheitsdiensts, in dem Fachkräfte Kinder mit
- 2124 gesundheitlichen Problemen unterstützen, bei Entwicklungshindernissen präventive
- 2125 Maßnahmen nach Beratung und Hilfestellung für die Eltern Präventionsangebote einleiten

2126 **Für die Rechte der Jugend!**

2127 Kinder und Jugendliche besitzen wie junge Erwachsene ein Grundrecht auf Gleichstellung und auf
 2128 Teilhabe. Dennoch wird Kinder- und Jugendpolitik mit dem Verweis auf leere Kassen vernachlässigt,
 2129 Angebote werden abgebaut und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe gekürzt. Besonders
 2130 präventive Angebote wie dringend benötigte Jugendzentren sind von kommunaler Kürzungspolitik
 2131 bedroht. DIE LINKE tritt diesem „Sparen am falschen Ort“ in den Kommunalgremien entgegen, um
 2132 gleichberechtigte Zugänge zu Bildungs- und Freizeitangeboten für alle Kinder und Jugendliche zu
 2133 erhalten.

2134 Kinder und Jugendliche brauchen partizipativ gestaltbare Freiräume und nicht-kommerzielle Spiel-,
 2135 Sport- und Freizeitgelegenheiten. Dennoch fallen solche lebensweltlich orientierten und präventiv
 2136 wirkenden Lernorte und Teilhabemöglichkeiten häufig dem Sparzwang zum Opfer. Gerade Kinder
 2137 und Jugendliche aus armen Familien werden so in ihrer Freizeitgestaltung massiv benachteiligt. Die
 2138 Politik vor Ort berücksichtigt immer weniger ihre Bedürfnisse und entscheidet an ihnen vorbei. Dabei
 2139 sind aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung in Arm und Reich wohnortnahe
 2140 kostenfreie Angebote für Kinder und Jugendliche unverzichtbar.

2141 **Die LINKE tritt ein für:**

- 2142 • die besondere Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in sozial belasteten
- 2143 Stadtteilen; selbstverwaltete Räume (Alternative und Jugendzentren) wollen wir stärken;
- 2144 entsprechende Angebote sollen ausreichende Sach- und Personalausstattung mit mehr
- 2145 Struktur- und weniger Projektförderung erhalten; jede Stadt und größere Gemeinde sollte
- 2146 ein entsprechendes Angebot vorhalten,
- 2147 • die besondere Förderung von (barrierefreien) Spielplätzen in sozial belasteten Gebieten, die
- 2148 von Kindern und Jugendlichen partizipativ mitgestaltet werden; dies schließt auch Freiflächen
- 2149 als zwanglose Treffpunkte für Jugendliche, außerschulische Lernorte und die Öffnung aller
- 2150 Schulhöfe als Spiel- und Aufenthaltsräume ein,
- 2151 • den Erhalt und Ausbau von Streetwork und Angeboten der mobilen Jugendarbeit,
- 2152 • die Nutzung von Sportplätzen und -hallen sowie Schwimmbädern unabhängig von einer
- 2153 Vereinszugehörigkeit; kommunale Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei
- 2154 nutzbare Sportstätten müssen erhalten bleiben,
- 2155 • einen Kinder- und Jugendrat auf kommunaler Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen
- 2156 Parlamenten und dessen Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen
- 2157 Entscheidungen mit Stimm- und Rederecht,
- 2158 • das Herabsenken des Wahlalters bei Bürgerbegehren und -entscheiden sowie
- 2159 Kommunalwahlen auf 14 Jahre,

- 2160
- 2161
- 2162
- 2163
- 2164
- 2165
- 2166
- 2167
- 2168
- 2169
- 2170
- 2171
- 2172
- 2173
- 2174
- ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen wie kostenlose Probe- und Versammlungsräume sowie gebührenfreier Zugang zu technischem Equipment und Musikinstrumenten,
 - bedarfsgerechte Angebote der Kinder- und Jugendkultur als verpflichtender Bestandteil im Kinder- und Jugendförderplan,
 - kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche bei allen kommunalen Angeboten,
 - kostenlose Monatstickets für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der Entfernung zwischen Schule und Wohnort,
 - eine zehnpromzentige Ausbildungsquote für städtische Betriebe und Verwaltungen einschließlich Übernahmegarantie, Praktikumsvergütungen in städtischen Betrieben und Verwaltungen,
 - die Schaffung von kommunalen Aus- und Weiterbildungsverbänden unter Beteiligung der örtlichen Stellen wie Berufsschulen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und Stadtverwaltung; Jobcenter sollen sich verpflichten, den Auszug von Jugendlichen unter 25 Jahren aus einer Bedarfsgemeinschaft generell zu genehmigen.

2175 **Senior*innenpolitik**

2176 Hohe Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert. Um den Chancen
2177 der gewonnenen Jahre gerecht zu werden, kommt es auch darauf an, die räumlichen
2178 Rahmenbedingungen für eine älter werdende Bevölkerung bedarfsgerecht auszugestalten und die
2179 Alten zu motivieren, sich aktiv an der Gestaltung ihres räumlichen Umfeldes zu beteiligen. Dies
2180 betrifft alle Ebenen: die Region, die Gemeinde, das Viertel, das Wohnumfeld und die Wohnung.
2181 Dabei geht es nicht nur darum, ältere Menschen in die Gestaltung ihres Lebensraumes
2182 einzubeziehen, sondern auch darum, ihre Kenntnisse zum Nutzen des Gemeinwesens zu aktivieren.
2183 Die kommunale Ebene bietet dazu eine Fülle von Ansätzen und Erfahrungen.

2184 **Die Senior*innenpolitik, die wir wollen, ist:**

- 2185 • bedarfsgerecht
- 2186 • entdiskriminierend
- 2187 • solidarisch

2188 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2189 • die Gemeinde für alle Generationen
- 2190 • die Stadt der kurzen Wege
- 2191 • Wahlfreiheit

2192 **Was wir dafür brauchen sind demografische Konzepte, die**

- 2193 • der Trennung der Generationen entgegenwirken,
- 2194 • den Senior*innen die Teilhabe am sozialen und wirtschaftlichen Leben weiter ermöglichen,
- 2195 • eine eigenständige Lebensgestaltung bis ins hohe Alter gewährleisten.

2196 **Was das bringt?**

- 2197 • mehr intergenerationeller Austausch
- 2198 • mehr Lebensqualität im Alter
- 2199 • Alternssensibilität in allen Bevölkerungsgruppen

2200 **Was muss dafür getan werden?**

- 2201 • Nahversorgungsangebote müssen flächendeckend niedrigschwellig und bedarfsgerecht sein.
- 2202 • Mobilität muss fahrscheinlos und barrierefrei nutzbar gemacht werden.
- 2203 • Servicebrücken zwischen Jugend und Alter müssen auf kommunaler Ebene institutionalisiert
2204 werden.
- 2205 • Das Lebensumfeld muss bedarfsgerecht gestaltet werden.
- 2206 • Wohnprojekte für Senior*innen-Wohngemeinschaften müssen gefördert werden.
- 2207 • Mehrgenerationenhäuser müssen gefördert werden.

2208 Die Kommunen benötigen insgesamt mehr Sensibilität für die Anforderungen, die das Altern mit sich
2209 bringt. Eine solche Alternssensibilität wird zunehmend zu einem Faktor, der Attraktivität und
2210 Zukunftschancen von Kommunen mitbestimmt.

2211 **Gutes Leben und Gesundheit im Alter für alle Senior*innen**

2212 Die Altersarmut nimmt auch in NRW in einem erschreckenden Ausmaß zu. Jede zweite Rente in
2213 Deutschland liegt unter 900 € vor Steuern nach Abzug von Kranken- und Pflegeversicherung, wie eine

2214 kleine Anfrage von DIE LINKE ergab. Nach wie vor fehlt bei der Mütterrente noch ein halber
2215 Rentenpunkt pro Kind für Kinder, die vor 1992 geboren wurden. Der durchschnittliche Zahlbetrag der
2216 Altersrenten nach mindestens 35 Versicherungsjahren beträgt in NRW 1.467 € für Männer und 1.009
2217 € für Frauen abzüglich der Kranken- und Pflegeversicherung. Damit hat NRW die größte Differenz
2218 aller Bundesländer bei den Bruttorenten zwischen Männern und Frauen. Die Unterschiede sind durch
2219 zahlreiche Gründe erklärbar wie z. B. Kindererziehungszeiten, fehlende Kitaplätze, Pflege von
2220 Angehörigen, Teilzeit, geringere Löhne u. v. m. Offenbar ist das Bild vom Mann als Haupternährer der
2221 Familie noch immer wirksam.

2222 Deutschland ist weltweit Schlusslicht in der Alterssicherung von Geringverdienenden. Umso
2223 wichtiger ist es, für einen politischen Kurswechsel zu streiten und vor Ort Alternativen aufzuzeigen
2224 und umzusetzen. Die Lebenserwartung vieler Menschen steigt zwar, wird aber nach wie vor von
2225 sozialen Unterschieden geprägt. Menschen mit geringem Einkommen oder in prekären
2226 Beschäftigungsverhältnissen haben in Deutschland eine geringere Lebenserwartung als sozial besser
2227 gestellte Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommt, dass die Armutsgefährdung von Menschen über 65
2228 Jahren zunimmt und aktuell bei 17,7 % liegt. Die wachsende Zahl der von Armut betroffenen
2229 Menschen, insbesondere in den Ballungszentren, kann von den überwiegend unterfinanzierten
2230 Kommunen nicht bewältigt werden. Statt Serviceleistungen auszubauen, bleiben Stellen unbesetzt.
2231 Ehrenamtliches Engagement kann diese Lücke nur sehr unzureichend schließen, um so ein „gutes
2232 Leben“ im Alter sicherzustellen. Wer eine gute städtische Infrastruktur für alle Menschen haben will,
2233 der muss sie auch finanzieren können und wollen. Die Städte und Gemeinden für diese Zwecke mit
2234 ausreichenden finanziellen Mitteln auszurüsten, sollte zu den vordringlichsten sozialen Aufgaben des
2235 Bundes gehören.

2236 **In der alternden Bevölkerung die gesellschaftlich-demografische Dynamik nutzen**

2237 „Steigende Lebenserwartung bedeutet mehr Krankheit und Pflege?“ Falsch! Die Gesundheit der
2238 Bevölkerung kann nicht nur anhand der Lebenserwartung beurteilt werden. Gesundheitliche
2239 Einschränkungen und chronische Behinderungen im Alter haben im Vergleich zu früheren Jahren
2240 abgenommen. Ein Schlaganfall oder Herzinfarkt wird dank des medizinischen Fortschritts heute
2241 häufiger überlebt. Beeinträchtigungen durch diese Erkrankungen werden seltener, und sie können
2242 mit modernen technischen und medizinischen Hilfsmitteln besser ertragen werden. Insgesamt hat
2243 das Risiko, pflegebedürftig zu werden, in Deutschland abgenommen und wird in den kommenden
2244 Jahren und Jahrzehnten weiter abnehmen, entgegen anderslautender Behauptungen.

2245 Das Ziel muss sein, das Verhältnis der Generationen produktiv, gerecht und solidarisch zu gestalten,
2246 der Trennung der Generationen entgegenzuwirken und eine Situation herbeizuführen, in der die
2247 Angehörigen unterschiedlicher Altersgruppen den unterschiedlichen Stärken der Lebensphasen
2248 entsprechende Beiträge zum gesellschaftlichen Leben einbringen und ihr Leben dementsprechend
2249 gestalten können. Dazu bedarf es einer entsprechend ausgerichteten Arbeits-, Beschäftigungs- und
2250 Gesundheitspolitik. So kann die demografische Alterung zur gesellschaftlichen Dynamik, der
2251 notwendigen Erneuerung beitragen. Das gelingt, wenn die Betroffenen für sich selbst sprechen
2252 können.

2253 Grundsätze der nachhaltigen Regional- und Stadtentwicklung sollen nicht die spezifisch
2254 „altersgerechte“, sondern die „alterssensible“ Stadt und Region als Leitziel der Stadtentwicklung
2255 sein: die Gemeinde für alle Generationen. Dazu zählen die „Stadt der kurzen Wege“
2256 (Multifunktionalität), ein dichtes Netz des öffentlichen Personennahverkehrs, Bürgerbus (Mobilität)
2257 und Barrierefreiheit (Zugänglichkeit).

2258 Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung älterer Menschen in Arbeit, Politik und
2259 Gesellschaft sind dringend erforderlich. Sie müssen dafür sorgen, dass die Einladung an die
2260 wachsende Zahl älterer Bürger*innen, sich weiterhin am wirtschaftlichen und sozialen Leben zu
2261 beteiligen, glaubwürdig wird.

2262 Die Chancen der einzelnen Person bis ins hohe Alter zur Selbstverwirklichung und zur eigenständigen
2263 Lebensgestaltung müssen verbessert werden.

2264 **Was tun?**

- 2265 • Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben in vollem Umfang gerecht
2266 werden können
- 2267 • Leitbild für Stadt- und Gemeindeentwicklung „Ort der kurzen Wege“: Förderung der
2268 Mobilität durch gut ausgebauten fahrscheinlosen ÖPNV, Bürgerbusse
- 2269 • Lebensumfeld bedarfsgerecht gestalten, Barrierefreiheit auf allen Fußwegen
- 2270 • Ausleuchtung von Wegen zur Vermeidung von Angst, angepasste Mobilitätshilfen
2271 (technische Assistenzsysteme)
- 2272 • flächendeckend niedrigschwellige und bedarfsgerechte Nahversorgungsangebote, die eine
2273 selbständige Lebensführung im Alter unterstützen.
- 2274 • Wahlfreiheit beispielsweise zum Verbleib im gewohnten Wohnumfeld
- 2275 • bedarfsgerechter (barrierefreier) Bau und Ausbau von Wohnformen, die selbständiges
2276 Wohnen bei körperlichen Einschränkungen ermöglichen
- 2277 • Förderung von bezahlbaren Wohnprojekten für Senioren-Wohngemeinschaften und von
2278 Mehrgenerationenhäusern
- 2279 • passgenaue Bewegungs- und Rehabilitationsangebote
- 2280 • Unterstützung der zentralen Funktion des Hausarztes zur Verbesserung der Gesundheit
2281 (regelmäßige Kontrolle von Blutdruck, -fettwerten, -zucker, Risikofaktoren und pathologische
2282 Veränderungen frühzeitig erkennen und behandeln)
- 2283 • Strukturell verankerte Förderung nachbarschaftlichen Engagements,
2284 Selbsthilfeorganisationen, des ehrenamtlichen Bereichs (Politik, Sport, Kultur u. v. a.)
- 2285 • institutionalisierte Ansprech- und Koordinationspersonen vor Ort wie z. B. durch
2286 Ombudspersonen in Wohnquartieren, was ein Schutz vor kriminellen Übergriffen und
2287 betrügerischen Machenschaften sein kann
- 2288 • Schaffung, Erhalt und Ausbau von intergenerationellen Projekten wie der „Taschengeld-
2289 Börse“

2290 Erforderlich ist, die immer noch in unseren Köpfen und in der Öffentlichkeit lebendigen Bilder von
2291 herkömmlichen Lebenswegen und von einem einseitig negativ geprägten Altern zu verändern. Denn
2292 solche Bilder sind enorm einflussreich, wenn es um unsere Lebensplanung und um unsere
2293 Lebensentscheidungen geht. Sie prägen das, was sich Menschen zutrauen, und haben sehr starken
2294 Einfluss auf tatsächliche Leistungsfähigkeit und Lebenszufriedenheit, ja sogar auf die Lebensdauer
2295 selbst.

2296 **Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Geschlechter**

2297 Eine gerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen
2298 gleichberechtigte Teilhabe im Beruf, in der politischen Aktivität, in der Bildung und in der
2299 öffentlichen Wahrnehmung sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.
2300 Benachteiligungen wie der nach wie vor bestehende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der
2301 geringe Anteil von Frauen in Positionen mit Entscheidungsmacht, sexistische Behandlung und
2302 Menschenrechtsverletzungen sind kein Zufall, sondern Folgen gesellschaftlicher
2303 Herrschaftsstrukturen, die überwunden werden müssen. Deshalb reicht Gleichstellung allein uns
2304 nicht aus.

2305 **Die Geschlechtergerechtigkeit, die wir wollen:**

- 2306 • geht die ganze Gesellschaft etwas an,
2307 • betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transmenschen und Intersexuellen
2308 gleichermaßen.

2309 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2310 • ein gleichberechtigtes Gesellschaftsmodell
2311 • Aufklärungsarbeit in Bildungseinrichtungen

2312 **Was wir dafür brauchen ist ein Gesellschaftsmodell, das**

- 2313 • kein Geschlecht und keine sexuelle Orientierung als Norm betrachtet,
2314 • die bisherigen patriarchalischen Herrschaftsstrukturen überwindet,
2315 • die Sozialsysteme solidarisch anpasst,
2316 • professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen aufwertet.

2317 **Was das bringt?**

- 2318 • eine offene und tolerante Gesellschaft
2319 • eine gerechte Aufteilung bezahlter und unbezahlter Tätigkeiten
2320 • eine gesicherte Existenz außerhalb einer Partnerschaft sowie im Alter
2321 • eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Pflege

2322 **Was muss dafür getan werden?**

- 2323 • Die Kommune muss mit gutem Beispiel vorangehen.
2324 • Frauen- und Mädchenprojekte sowie Frauenhäuser müssen erhalten werden.
2325 • Sichere Treffpunkte für Mädchen und junge Frauen sowie für Lesben, Schwule, Trans- und
2326 Interpersonen müssen gefördert werden.
2327 • Gleichstellungsbeauftragte müssen gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt werden.
2328 • Diskriminierung von Frauen und der LGBTIQ-Gemeinde muss durch Weiterbildung und
2329 Aufklärung entgegengewirkt werden.

2330 Unsere Vorstellungen von geschlechtergerechter Politik gipfeln nicht in der Forderung, dass Frauen
2331 allein bequeme Chefsessel erobern, während Rassismus, soziale Kämpfe und Umweltkatastrophen
2332 unbearbeitet bleiben. Genauso wenig wollen wir, dass alle Menschen aller Geschlechter
2333 Niedriglohnjobs mit gleicher, mieser Bezahlung übernehmen „dürfen“.

2334 **Zeit, Geld und soziale Garantien für ein gutes Leben**

2335 Ein selbstbestimmtes Leben erfordert eigenständiges Bestimmen über vorhandene Zeit: für
2336 Erwerbsarbeit, Familie, Bildung und kulturellen Austausch – aber auch für politisches Engagement,
2337 ausreichende Erholung und Zeit für sich selbst. Das setzt einen der Tätigkeit angemessenen,
2338 existenzsichernden Lohn oder ein Einkommen voraus, das ein würdevolles Leben sichert, und
2339 darüber hinaus ein anderes Gesellschaftsmodell.

2340 Der sofortige und nachhaltige Einstieg in eine Neubewertung aller gesellschaftlich erforderlichen
2341 Tätigkeiten ist durch konkrete politische Maßnahmen zu gewährleisten. Wir dürfen nicht länger
2342 hinnehmen, dass die geringe Anrechnung von Kindererziehung und Pflegezeiten bei der
2343 Rentenberechnung weiterhin zu Armutsrenten für Frauen beiträgt. In unseren Sozialsystemen ist
2344 eine veraltete und auf den Klischee-Mann bezogene Erwerbsbiografie von 45 Jahren Vollzeitarbeit
2345 der Maßstab. Damit werden die realen Lebenswege von Frauen und Männern in der heutigen Welt
2346 ignoriert und weggelogen – und damit Solidarität und Emanzipation verhindert. Eine Neubewertung
2347 kann nachhaltig angeschoben werden, indem alle bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten gerecht
2348 zwischen den Geschlechtern und zwischen Erwerbslosen und Vollzeiterwerbstätigen aufgeteilt
2349 werden.

2350 Der erste mögliche Schritt in diese Richtung ist eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung auf
2351 zunächst 30 Wochenstunden, hin zu einer kürzeren Vollzeit und einer langen Teilzeit. Dabei ist nicht
2352 nur der volle Lohnausgleich, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bezahlung zu sichern, und es
2353 müssen vielfältige familien- und bildungsfreundliche Arbeitszeitmodelle etabliert werden.

- 2354 • Wir fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Die Ungerechtigkeit, dass in
2355 NRW Frauen um 23 Prozent schlechter bezahlt werden als Männer, ist zu beseitigen.
- 2356 • Der Gesetzgeber muss Tarifpartner gesetzlich verpflichten, Tarifverträge nach
2357 geschlechtergerechten Kriterien zu überarbeiten.
- 2358 • Die Einführung der 50-Prozent-Quote für den Öffentlichen Dienst muss vom Gesetzgeber
2359 umgehend auf allen Ebenen und in allen Gehaltsgruppen (auch in Aufsichtsräten,
2360 Führungspositionen) eingeführt und in den Kommunen real umgesetzt werden.
- 2361 • DIE LINKE fordert ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Unternehmen, in
2362 denen Frauen, Männer oder andere Geschlechter in Bezahlung, Aufstieg und Verantwortung
2363 benachteiligt sind, müssen verbindliche Gleichstellungsmaßnahmen einführen.
- 2364 • Professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung,
2365 Pflege) müssen durch eine würdige Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufgewertet
2366 werden.
- 2367 • Für alle von Mehrfachdiskriminierung Betroffenen sind verbindliche Maßnahmen
2368 erforderlich, um diese Diskriminierungen aufzuheben.
- 2369 • Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Lebenssituation ist zu
2370 garantieren.

2371 **Sicherheit vor Gewalt und Gewaltprävention**

2372 Der Schutz von Frauen, Kindern und anderen gefährdeten Menschen vor Gewalt muss auf
2373 kommunaler Ebene garantiert sein. Schutz und qualifizierte Hilfe in Bedrohungs- und
2374 Gefährdungssituationen durch Stellen wie Frauenhäuser und andere Schutzräume sowie
2375 Beratungsstellen muss sichergestellt sowie unbürokratisch und bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.
2376 Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Stellen unabhängig vom körperlichen Zustand,
2377 Aufenthaltsstatus oder der Lebenssituation von Betroffenen zugänglich sind. Eine bundeseinheitliche
2378 Finanzierung ist dafür unerlässlich, und diese Finanzierung muss auf kommunaler Ebene zuverlässig
2379 verteilt werden. Kommunen müssen entsprechende Zuschüsse gewährleisten. Opfer von
2380 Zwangsheiraten bedürfen besonderer Hilfe.

- 2381 • Schutz- und Hilfseinrichtungen sind einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich zu
- 2382 finanzieren. Das weit verbreitete und unzulängliche Finanzierungsmodell von Hilfsangeboten
- 2383 über Tagessätze muss endlich beendet werden. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist
- 2384 Bestandteil einer Schutzpflicht und darf nicht länger eine freiwillige Leistung bleiben. Diese
- 2385 Forderungen sind längst Bestandteil internationaler Abkommen, welche die Bundesrepublik
- 2386 Deutschland ratifiziert hat, und für die sie in der Pflicht steht.
- 2387 • Die Politik trägt die Verantwortung dafür, dass staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und
- 2388 Ämter für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden und das Gewaltschutzgesetz
- 2389 einheitlich umgesetzt wird. Besondere Aufmerksamkeit muss dem Umgangs- und Sorgerecht
- 2390 gelten, wenn Kinder als Zeugen oder selbst von Gewalt betroffen sind.
- 2391 • Alle Formen von Gewalt sind öffentlich zu verurteilen, und hinsichtlich der gesellschaftlichen
- 2392 Ursachen muss Aufklärung geleistet werden. Verherrlichung von Gewalt gegen Frauen in
- 2393 unterschiedlichsten Medien muss konsequent angeprangert und gesellschaftlich bekämpft
- 2394 werden.

2395 **DIE LINKE fordert:**

- 2396 • die ausdrückliche Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten,
- 2397 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Mädchen und junge Frauen,
- 2398 • die Förderung von sicheren Treffpunkten für Lesben, Schwule, Trans- und Interpersonen,
- 2399 • ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen
- 2400 Fragen,
- 2401 • besondere Maßnahmen zur gerechten Unterstützung Alleinerziehender aller Geschlechter
- 2402 vor Ort, unter anderem bei Wohnungsbeschaffung,
- 2403 • Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall,
- 2404 • die Weiterentwicklung des von rechts diffamierten Prinzips Gender-Mainstreaming mit
- 2405 entsprechenden Zielvorgaben,
- 2406 • die Einführung des Gender-Budgets nach den Kriterien sozialer Gerechtigkeit, der
- 2407 Geschlechtergerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit,
- 2408 • die Stärkung von Gleichstellungsbeauftragten gegenüber Politik und Verwaltung,
- 2409 • die Einrichtung eines Frauenausschusses mit Beteiligungs- und Kompetenzrechten gegenüber
- 2410 Rat, Bezirksvertretung und Verwaltung,
- 2411 • den Ersatz von Minijobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den
- 2412 kommunalen Verwaltungen,
- 2413 • die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in den
- 2414 Verwaltungen,
- 2415 • die systematische Förderung von Frauen und eine Selbstverpflichtung der Räte, Frauen in
- 2416 kommunalen Verwaltungen tatsächlich zu befördern,
- 2417 • die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen nach Ausfällen,
- 2418 • flächendeckende Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen,
- 2419 unabhängig von ihrer finanziellen Situation,
- 2420 • Verhütungsmittel auf Rezept ohne Zuzahlung, ggf. Kostenübernahme durch die Kommune,
- 2421 • Eine sichere Stadt (Beleuchtung, Wege, sichere Parkplätze, Notrufeinrichtungen ...).

2422 Als LINKE setzen wir uns auf kommunaler Ebene für folgende Maßnahmen ein:

- 2423 1. Wir lehnen jede Kriminalisierung von Prostituierten ab. Spielräume im Prostituiertenschutzgesetz
- 2424 von 2017 müssen so genutzt werden, dass es nicht zu Bußgeldern gegen Prostituierte kommt. Es
- 2425 sollen auch keine Gebühren von Prostituierten erhoben werden.

- 2426 2. Zu verhindern gilt es, z. B. unter Nutzung von Baurecht, dass ganze Bordellviertel entstehen.
- 2427 3. Für die Betroffenen bedarf es einer lokalen Infrastruktur mit niedrigschwelligen und kostenlosen
2428 Ausstiegs- und Unterstützungsangeboten. Dabei darf der Zugang zu Unterstützungsangeboten nicht
2429 von einer Entscheidung für den Ausstieg abhängig gemacht werden.
- 2430 Nötig sind insbesondere:
- 2431 • kostenlose, freiwillige Gesundheits- und Rechtsberatungen durch die Gesundheitsämter und
2432 auf Wunsch kostenlose ärztliche Untersuchungen, auch für Menschen ohne Pass oder ohne
2433 Krankenversicherung
 - 2434 • Verhandlungen mit den Krankenkassen bzgl. bezahlbarer Krankenversicherungstarife (ohne
2435 Aufschlag für die Tätigkeit in der Prostitution)
 - 2436 • Schaffung von öffentlich geförderten Beschäftigungsprogrammen und Weiterbildungen
2437 (Nachholen eines Schulabschlusses/Ausbildungsabschlusses oder andere individuell
2438 zugeschnittene Angebote), nach Möglichkeit Anbindung an existierende Angebote
 - 2439 • Vorhalten von Schutzwohnungen und wenn nötig Öffnung der lokalen Frauenhäuser für von
2440 Gewalt Betroffene aus der Prostitution
 - 2441 • Sicherstellung des Zugangs zu traumapsychologischen Angeboten und zu Sprachkursen
 - 2442 • langfristige Bleibeperspektive für alle Betroffenen unabhängig von Aussagebereitschaft in
2443 Gerichtsverfahren
- 2444 4. Auf kommunaler Ebene braucht es Fortbildungen über die Lebensbedingungen der Menschen in
2445 der Prostitution, über Menschenhandel und Trauma für alle Personen, die in irgendeiner Form mit
2446 Prostitution zu tun haben (beispielsweise Polizei, Mitarbeiter*innen der Gesundheitsämter,
2447 Finanzamt). Kommunen brauchen Sprachmittler*innen in den typischen Landessprachen, die
2448 ebenfalls thematisch geschult sein sollten. Bei Stellenbesetzungen sollte darauf geachtet werden,
2449 dass alle Mitarbeiter*innen, die mit Betroffenen in Kontakt kommen, über gute soziale Kompetenzen
2450 und Empathiefähigkeit verfügen. Schikanen gegen Prostituierte durch Verwaltungsmitarbeiter*innen
2451 müssen ausgeschlossen werden.
- 2452 5. Kommunen sollten runde Tische einrichten, in denen nicht nur Akteure der Verwaltung wie
2453 Ordnungsamt, Gesundheitsamt und Polizei zusammenkommen, sondern auch Akteure aus
2454 Finanzamt, Politik und Sozialarbeit.
- 2455 6. Kommunale Sexsteuern sollen abgeschafft werden, da diese eine Bereicherung öffentlicher
2456 Haushalte durch Prostitution darstellen. Das ist nicht akzeptabel.
- 2457 7. Werbung für Prostitution soll wie andere sexistische Werbung durch städtische Werbeverträge
2458 unterbunden werden.
- 2459 8. Kommunen sollten durch lokale Informationskampagnen dazu beitragen, die gesamte Gesellschaft
2460 über die Ursachen und Folgen der Prostitution aufzuklären und die Nachfrage nach Prostitution
2461 einzudämmen.
- 2462 9. Abschiebungen von Prostituierten und denjenigen, die aussteigen wollen bzw. ausgestiegen sind,
2463 werden, wie auch alle anderen Abschiebungen abgelehnt, stattdessen werden Perspektiven für das
2464 Leben in Deutschland geschaffen.
- 2465

2466 **Homophobie und Ausgrenzung von LGBTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transpersonen,**
2467 **Intersex-Personen, andere queere Identitäten) bekämpfen**

2468 Geschlechtergerechtigkeit betrifft und hilft nicht nur Frauen, sondern allen Menschen, die aufgrund
2469 ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam
2470 angegriffen werden. Wissenschaftliche und statistisch belastbare Studien belegen, dass Offenheit
2471 und Aufklärungsstand an Schulen, was homosexuelle Partnerschaften und geschlechtliche
2472 Identitäten betrifft, rückläufig sind.

2473 Noch immer haben Menschen des LGBTIQ*-Spektrums gesetzlich nicht die gleichen Rechte und
2474 Möglichkeiten wie heterosexuelle Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen
2475 bei der Geburt von Eltern und Medizin zugewiesen wurde.

2476 Wir, DIE LINKE, kämpfen für eine echte Gleichstellung aller Menschen. Niemand darf aufgrund der
2477 eigenen Sexualität oder des eigenen Geschlechts diskriminiert werden. Damit das aber klappt, bedarf
2478 es dringender Aufklärung, Beratung und Hilfe in der Bevölkerung. Wir wollen, dass Aufklärungsarbeit
2479 schon in der Schule stattfindet – dort, wo die Vorurteile ihren Nährboden finden und sich für das
2480 ganze Leben verfestigen. Wir wollen, dass queere Jugendliche Hilfe in der Schule oder Kommune
2481 finden. Und dass diese Hilfe auch den Eltern oder Sorgeberechtigten zur Verfügung stehen muss.

2482 **DIE LINKE will:**

- 2483 • eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in Schulen
2484 und Berufsschule,
- 2485 • Coming-out-Hilfe zur Bewusstseinsstärkung in Sachen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
2486 und Selbstbestimmung,
- 2487 • Jugendlichen durch qualifizierten Unterricht die Möglichkeit geben, sich ein authentisches
2488 und eigenes Bild zu machen, Stereotype auszuräumen und somit den Abbau von
2489 Diskriminierung sowie Mobbing fördern; dies gilt für Schulen, Berufsschulen, Jugendzentren
2490 und andere Bildungseinrichtungen im kommunalen Bereich,
- 2491 • finanzielle und personelle Absicherung kommunaler Beratungsstellen,
- 2492 • besonders im ländlichen Bereich den Ausbau von regelmäßigen sowie sicheren Treffpunkten
2493 und Beratungsstellen (auch telefonisch und anonym) herbeiführen; Lösungen für Probleme
2494 im Bereich Coming-out, Gewaltübergriffe, Mobbing und Diskriminierung müssen verfügbar
2495 und zugänglich sein,
- 2496 • obdachlosen jungen Menschen, die käuflichen Sex praktizieren, Unterkünfte mit einer
2497 qualifizierten Betreuung bieten.

2498 **Selbstbestimmung und Teilhabe – für eine inklusive Gesellschaft**

2499 Seit zehn Jahren gilt die UN-Behindertenrechtskonvention. In dieser werden die Rechte von
2500 Menschen mit Behinderungen festgehalten. Die Kernaussage der Konvention ist: Im Mittelpunkt
2501 steht der Mensch. Sie fordert, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Rechte und
2502 Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu
2503 gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern. Zwei Millionen
2504 schwerbehinderte Menschen leben in NRW, das sind zehn Prozent. Das Institut für Menschenrechte
2505 geht davon aus, dass rund 25 Prozent insgesamt längerfristige Beeinträchtigungen haben, die sie
2506 behindern. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das gesellschaftliche Bewusstsein sind
2507 für diese Menschen so zu verändern, dass ein barrierefreies und inklusives Leben für Menschen mit
2508 Behinderungen gewährleistet ist.

2509 **Die Teilhabe an der Gesellschaft, die wir wollen, ist:**

- 2510 • barrierefrei
- 2511 • inklusiv
- 2512 • gleichberechtigt
- 2513 • selbstbestimmt

2514 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2515 • die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention

2516 Denn Teilhabe an der Gesellschaft und deren gleichberechtigte Gestaltung sind ein Menschenrecht.

2517 **Was wir dafür brauchen ist ein Teilhabekonzept, das**

- 2518 • bauliche, kommunikative, rechtliche, administrative und soziale Barrieren überwindet,
- 2519 • gleiche Bedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen schafft.

2520 **Was das bringt?**

- 2521 • ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung
- 2522 • eine vielfältige Gesellschaft

2523 **Was muss dafür getan werden?**

- 2524 • Ein Inklusionsplan muss erarbeitet werden.
- 2525 • Behindertenbeiräte sind zu gründen.
- 2526 • Jede Kommune hat eine*n Gleichstellungsbeauftragte*n.
- 2527 • Menschen mit Behinderung werden befähigt, über ein „persönliches Budget“ zu verfügen.
- 2528 • Barrierefreiheit in Sprache, Verwaltung, Verkehr, Institutionen, Wahlen analog und digital
2529 muss etabliert werden.
- 2530 • Sondereinrichtungen werden abgeschafft oder umgewandelt.
- 2531 • Die kommunalen Jobcenter müssen einen inklusiven Arbeitsmarkt fördern.

2532 **Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln**

2533 Es gibt viele soziale Barrieren, die für Menschen mit und ohne Behinderungen politische
2534 Gestaltungsmöglichkeiten und soziale Teilhabe einschränken und verhindern. Nur wenn auch diese
2535 Barrieren fallen, ist eine inklusive Gesellschaft möglich. Die LINKE kämpft für das Recht aller
2536 Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und

2537 selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten,
2538 Reisen und Sport.

2539 Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen separiert werden, müssen nach
2540 und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie
2541 Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem
2542 Ersten Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies
2543 Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu
2544 gehört auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um
2545 höchstmögliche Leistung.

2546 Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle
2547 Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen
2548 zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senioren*innen,
2549 Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z. B. können alle
2550 Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z. B. ihre Rente
2551 beantragen.

2552 **Wir fordern deshalb für unsere Kreise, Städte und Gemeinden in NRW:**

- 2553 • Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der
2554 Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne
2555 Behinderungen gleichermaßen
- 2556 • Schulung von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der
2557 Verwaltung zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt
2558 wohnen, leben, lernen und arbeiten können
- 2559 • Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um
2560 auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen
2561 mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern
- 2562 • umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien,
2563 Wahleinrichtungen)
- 2564 • Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen
2565 demokratisch gewählt werden
- 2566 • Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragte(n) in jeder Kommune; diese(r) soll u. a.
2567 Ansprechpartner*in für alle Bezugsgruppen sein

2568 **Bauen, Wohnen und Verkehr:**

- 2570 • flächendeckende Förderung der aufsuchenden Wohnraumberatung für Senior*innen und
2571 Menschen mit Behinderungen, damit sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu
2572 Hause zu wohnen
- 2573 • systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter
2574 Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen
- 2575 • Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme
2576 barrierefrei geschehen.
- 2577 • Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen
- 2578 • flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im
2579 ganzen öffentlichen Raum
- 2580 • Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe
- 2581 • verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung
2582 Barrierefreiheit bis 2022

- 2583 • Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit
- 2584 • Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen

2585 **Bildung, Kultur und Arbeit:**

- 2586 • Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung
- 2587 • Stadtbibliotheken barrierefrei ausbauen und erhalten sowie bedarfsgerecht mit
- 2588 barrierefreien Medien ausstatten, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter
- 2589 und Einfacher Sprache, Brailleschrift
- 2590 • Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen
- 2591 • Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderungen in
- 2592 der Stadtverwaltung
- 2593 • Vergabe von städtischen Aufträgen an anerkannte Inklusionsbetriebe
- 2594 • Schaffung von Inklusionsabteilungen in kommunalen Unternehmen
- 2595 • Vergabe des Caterings von Schulen und öffentlichen Einrichtungen an anerkannte
- 2596 Inklusionsbetriebe
- 2597 • Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter

2598 **Gesundheit und Pflege**

- 2599 • „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des
- 2600 barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei der kommunalen
- 2601 Wohnungsbaugesellschaft.
- 2602 • Aufstockung des Personals der Heimaufsicht
- 2603 • Auflistung von barrierefreien Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen; Erstellen einer
- 2604 kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B. Arzt- und
- 2605 Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser)

2606 **Beratung, Kommunikation und Information**

- 2607 • Es ist eine barrierefreie und transparente Verwaltung zu schaffen – vom Formular über die
- 2608 Webseite bis zum Gebäude
- 2609 • Sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein.
- 2610 • Alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache
- 2611 herauszugeben, damit alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können.
- 2612 • Allen Dokumenten sind auch als Audiodatei herauszugeben.
- 2613 • Alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei
- 2614 sein, einschließlich Gebärdensprachdolmetschen

2615 **Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

2616 Seit mehr 100 Jahren beherbergen das Rheinland und Westfalen Europas größte Industrieregion.
2617 Noch länger ist das Gebiet bereits ein Einwanderungsland. Ende des 19. / Anfang des
2618 20. Jahrhunderts kamen hunderttausende Pol*innen und Masur*innen ins Ruhrgebiet. Sowohl nach
2619 dem Zweiten Weltkrieg ab 1945 als auch nach der Wiedervereinigung seit 1990 sind
2620 hunderttausende Menschen zu uns gekommen. In den 1960er Jahren schloss die BRD im Namen der
2621 Industrie Anwerbeabkommen mit Ländern Südeuropas. Allein aus der Türkei kamen mehrere
2622 hunderttausend Arbeitsmigrant*innen, die mit ihren Familien hier heimisch wurden. Anfang der
2623 1990er Jahre erreichten uns viele Menschen, die vor den Kriegen in Jugoslawien geflohen waren.
2624 2015 und 2016 gab es einen Zustrom an Menschen vor allem über die Westbalkanroute in die EU. Im
2625 Zuge der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit zogen seit der Jahrtausendwende erneut zehntausende
2626 Menschen aus Polen und seit 2014 vor allem auch zehntausende Menschen aus Bulgarien und
2627 Rumänien nach NRW. Seit der Schließung dieses Fluchtwegs durch ein Abkommen mit dem
2628 türkischen Staat wagen Menschen immer wieder die gefährliche Flucht über das Mittelmeer. Sie alle
2629 sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer Hafen für diese Menschen zu sein und
2630 ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten.

2631 **Die Integration, die wir wollen, ist:**

- 2632 • menschenrechtskonform
- 2633 • solidarisch
- 2634 • antidiskriminierend

2635 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2636 • Integration durch Bildung
- 2637 • Integration durch Arbeit
- 2638 • sozialräumliche Integrationsarbeit im Quartier
- 2639 • NRW-Kommunen als sichere Häfen
- 2640 • das Grundrecht auf Asyl

2641 Denn kein Mensch ist illegal!

2642 **Was wir dafür brauchen ist ein Integrationssystem, das**

- 2643 • eine menschenwürdige Unterbringung garantiert,
- 2644 • Mehrsprachigkeit als Chance versteht,
- 2645 • Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen stellt,
- 2646 • Hilfestellung und Unterstützung gewährt,
- 2647 • Migrant*innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in politische
2648 Entscheidungen auf kommunaler Ebene miteinbezieht.

2649 **Was das bringt?**

- 2650 • die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrant*innen
- 2651 • Integration, die keine Einbahnstraße ist

2652 **Was dafür getan werden muss?**

- 2653 • Kommunen müssen dem Bündnis „Städte sicherer Häfen“ beitreten.
- 2654 • Kommunen müssen Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen.

- 2655 • Kommunal angebundene Antidiskriminierungsstellen müssen geschaffen werden.
- 2656 • Geflüchteten und Einwander*innen aus anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht werden, Sprach- und Integrationskurse zu absolvieren.
- 2657
- 2658 • Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden.
- 2659 • Ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden.

2660 **Kein Mensch ist illegal!**

2661 Flucht hat mehrere Gründe, einer davon ist Krieg. Menschen verlassen ihre Heimat zudem aus
 2662 wirtschaftlicher Not. Darüber hinaus tragen auch die zunehmenden Auswirkungen des
 2663 menschengemachten Klimawandels zu Wanderungsbewegungen bei. Menschen, die vor
 2664 bewaffneten Konflikten und Kriegen fliehen, haben eine Chance auf Asyl. Das gilt aber nicht für
 2665 Menschen, die aus wirtschaftlicher Not und vor Klimakatastrophen fliehen. Sie haben keine Chance
 2666 auf Asyl und werden deshalb wieder abgeschoben.

2667 Doch nicht nur Kriege werden von den westlichen Staaten, der EU und Deutschland
 2668 heraufbeschworen, auch wirtschaftliche Einflussnahme – unter anderem durch subventionierte
 2669 Lebensmittellieferungen und unfaire Freihandelsabkommen – ist an der Tagesordnung. Dadurch
 2670 können in den betroffenen Ländern und Gebieten z. B. Lebensmittel für einen Bruchteil der
 2671 einheimischen Preise angeboten werden. In der Folge verlieren Landwirt*innen ihre
 2672 Existenzgrundlage. Im schlimmsten Fall kann dies auch zum wirtschaftlichen Zusammenbruch eines
 2673 Landes führen. Auch der Klimawandel wurde und wird im Wesentlichen durch die Industrienationen
 2674 verursacht. Jede Kommune, jedes Land, jeder Staat muss daher die Verantwortung tragen und den in
 2675 anderen Ländern betroffenen Menschen ein sicheres und zukunftsfähiges Leben ermöglichen – egal
 2676 ob in ihren Herkunftsländern oder bei uns in Deutschland und NRW.

2677 **Gleiche soziale und politische Rechte für alle**

2678 Die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des Investitionsstaus in den Kommunen
 2679 ebenso versagt wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen
 2680 und Bildungschancen. Überproportional betroffen sind dabei Migrant*innen. Die jahrzehntelange
 2681 Verweigerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber der ersten und zweiten
 2682 Generation der Einwander*innen hat zu fortdauernden und kumulierten Benachteiligungen auch von
 2683 jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt, die häufig aus Haushalten mit geringem oder
 2684 keinem Erwerbseinkommen stammen. Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

2685 Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW verfügen nicht über einen deutschen Pass. Um für
 2686 langjährig hier lebende Migrant*innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu schaffen, bedarf
 2687 es deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. Es ist undemokratisch, eine große Zahl von
 2688 Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in unseren Kommunen haben, rechtlich zu Menschen
 2689 zweiter Klasse zu machen. Statt Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die
 2690 volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle Menschen,
 2691 die hier dauerhaft leben. Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau
 2692 des Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Wir wollen daher auf allen Ebenen diskriminierende
 2693 und ausgrenzende Gesetze abschaffen. Auf Ebene des Bundes wollen wir die Kettenduldung
 2694 abschaffen, damit alle Menschen in unserer Kommune einen sicheren Aufenthaltsstatus haben.
 2695 Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass alle Menschen, die dauerhaft in unserer Kommune leben,
 2696 dort auch das Wahlrecht haben. Wir warten jedoch nicht nur auf Gesetzesänderungen im Bund. Auch
 2697 vor Ort ist einiges möglich.

2698 **Was tun?**

- 2699 • kommunale Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und
- 2700 Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern
- 2701 • sozialräumliche Integrationsarbeit als ein zentraler Bestandteil der Stadtentwicklung
- 2702 • Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme
- 2703 und zur Arbeitsmarktintegration: mit herkunftssprachlichen Berater*innen
- 2704 • Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen
- 2705 • Schaffung von kommunal angebotenen Antidiskriminierungsstellen
- 2706 • Förderung der Selbstorganisationen von Migrant*innen
- 2707 • Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- 2708 • kommunale Finanzierung von Dolmetscher*innen für alle Behördengänge
- 2709 • Einbeziehung von Migrant*innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die
- 2710 Politik der Kommunen

2711 **Für menschenwürdige Unterbringung**

2712 Die Unterbringung von zugewiesenen Asylsuchenden und Geduldeten auf kommunaler Ebene liegt in
2713 der Zuständigkeit der Kommunen. Obwohl die Unterbringung in Wohnungen nicht nur
2714 menschenwürdiger, sondern fast immer auch günstiger ist als in Sammelunterkünften, sieht das
2715 Asylgesetz aktuell vor, dass Asylsuchende in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht
2716 werden sollen. Häufig bedeutet das: Leben in Mehrbettzimmern ohne Rückzugsmöglichkeiten, mit
2717 Gemeinschaftsbädern und Gemeinschaftsküchen. Von Geflüchteten mit eigenem Einkommen
2718 verlangen die Kommunen trotz dieser schlechten Verhältnisse teilweise Nutzungsgebühren, die
2719 höher sind als die Kosten für eine reguläre Wohnung mit ortsüblicher Miete. Das erzwungene
2720 Zusammenleben mit vielen fremden Menschen auf engstem Raum ohne Privatsphäre stellt für die
2721 Betroffenen eine hohe Belastung dar. Solche Wohnverhältnisse erschweren die gesellschaftliche
2722 Teilhabe und Integration und widersprechen auch den Empfehlungen des Sachverständigenrates der
2723 Bundesregierung. Daher tritt DIE LINKE für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen ein. Wo
2724 kommunale Sammelunterkünfte existieren, müssen sie möglichst menschenwürdig gestaltet sein.
2725 Insbesondere ist wichtig, dass sie aus abschließbaren Wohneinheiten mit eigener Küche und
2726 sanitären Einrichtungen bestehen.

2727 **Was tun?**

- 2728 • verbindliche Mindeststandards für die Unterbringung, um den teilweise eklatanten
- 2729 Missständen entgegenzuwirken und Beschwerdestellen, bei denen Verstöße gegen die
- 2730 Standards gemeldet werden können
- 2731 • Ersatz großer Gemeinschaftsunterkünfte durch kleinere Einrichtungen mit abgetrennten
- 2732 Wohneinheiten, die sich in die Wohnumgebung einfügen und nicht als Fremdkörper wirken
- 2733 • menschenrechtskonforme Gestaltung der Hausordnungen, um das Recht auf
- 2734 Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) auch in Gemeinschaftsunterkünften abzusichern
- 2735 • Nutzung aller kommunalen Spielräume für die Unterbringung in Wohnungen, nicht nur bei
- 2736 traumatisierten und besonders schutzbedürftigen Geflüchteten
- 2737 • Abschaffung überhöhter Nutzungsgebühren, die von Bewohner*innen der
- 2738 Gemeinschaftsunterkünfte verlangt werden, sobald sie ein eigenes Einkommen haben
- 2739 • Erstellung von Gewaltschutzkonzepten für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte
- 2740 • Bekämpfung von Immobilienhaien, die vor allem mit Schrottimmobilen auf die Ausbeutung
- 2741 von Neuzugewanderten abzielen

2742 **Integration durch Bildung**

2743 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte
2744 Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen
2745 Entscheidungsprozessen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen – wie alle Kinder –
2746 höchstmöglich qualifiziert werden. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit
2747 entsprechendem Bedarf stattfinden.

2748 Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und
2749 gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine
2750 Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende
2751 personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen
2752 uns dafür ein, die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene
2753 Angebote für alle Schüler*innen anzubieten.

2754 Das bestehende Integrationskurs-System ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen
2755 mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe
2756 Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen Geflüchtete mit Duldung, Asylsuchende und
2757 Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

2758 **Wir wollen**

- 2759 • ein Sofortprogramm zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen Lehrkräften, die Deutsch
2760 als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf gerecht werden zu
2761 können; in allen Lehramtsstudiengängen mit dem Unterrichtsfach Deutsch und allen
2762 Germanistik-Studiengängen muss Deutsch als Zweitsprache als verpflichtendes Modul
2763 aufgenommen werden, Module der interkulturellen Pädagogik muss es in allen
2764 Lehramtsstudiengängen geben,
- 2765 • eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulbedarf für alle Kinder; Willkommens- bzw.
2766 Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der Einstellung
2767 zusätzlicher Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten, sowie von
2768 Schulsozialarbeiter*innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen; geflüchtete
2769 Schüler*innen müssen schnellstmöglich in das Regelschulsystem integriert werden,
- 2770 • die Schulpflicht für alle Kinder und Jugendliche frühzeitig und unabhängig vom
2771 Aufenthaltsstatus, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung; die
2772 bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker auszubauen, damit die Versorgung
2773 quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden kann,
- 2774 • vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer berufsbildenden Schule
2775 auch für Geflüchtete, die nicht mehr der allgemeinen Schulpflicht unterliegen,
- 2776 • Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn erleichtern,
- 2777 • allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur
2778 Verfügung stellen,
- 2779 • Integrationslehrer*innen fest anstellen und fair bezahlen,
- 2780 • Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten,
- 2781 • die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern.

2782 **Bleiberecht**

2783 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen Spielräume nutzt, um
2784 Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen sollen ein von den Ausländerbehörden unabhängiges
2785 Beratungsangebot für von Abschiebung bedrohte Einwohner*innen vorhalten. Insbesondere

2786 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar
2787 und müssen unbedingt unterlassen werden.

2788 **Integration durch Arbeitsplätze**

2789 Zu vielen Menschen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen, obwohl es in den vergangenen Jahren eine
2790 Beschäftigungszunahme gegeben hat. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen,
2791 Alleinerziehende sowie Migrant*innen werden dabei ausgegrenzt. Viele Unternehmen geben ihnen
2792 keine Chance. Gleichzeitig wird ein vermeintlicher Fachkräftemangel beklagt. Die Langzeit-
2793 Erwerbslosigkeit hat sich bei über einer Million verfestigt.

2794 Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies
2795 gilt für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und
2796 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu
2797 kämpfen. Und EU-Zuwander*innen werden durch speziell auf sie abzielende Verschärfungen im
2798 SGB II massiv benachteiligt. Diese sind abzubauen. Er kämpfte Mindeststandards wie der gesetzliche
2799 Mindestlohn dürfen nicht infrage gestellt werden. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende
2800 Integration. Prekäre Arbeit dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

2801 **Wir wollen**

- 2802 • anonyme Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern,
- 2803 • Auftragsvergaben nur an Unternehmen, die ebenfalls anonyme Bewerbungsverfahren
2804 durchführen,
- 2805 • Asylsuchenden und EU-Zuwander*innen sofort nach ihrer Ankunft ermöglichen, Deutsch zu
2806 lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen; diesen Teilnahmeanspruch müssen auch
2807 Geduldete, unabhängig vom Duldungsgrund, erhalten,
- 2808 • das Arbeitsverbot für Asylbewerber*innen in den ersten drei Monaten abschaffen; die
2809 Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und Geduldeten muss abgeschafft
2810 werden,
- 2811 • Asylsuchenden und Geduldeten in Ausbildung eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte
2812 Dauer der Berufsausbildung gewähren,
- 2813 • interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden,
- 2814 • die interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung.

2815 **Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik**

2816 In den 1980er und 1990er Jahren ist eine Reihe von Maßnahmen zur Abschreckung von
2817 schutzsuchenden Menschen geschaffen worden. Dazu zählen

- 2818 • die Zwangsunterbringung in entpersönlichenden Lagern,
- 2819 • massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen),
- 2820 • sozialrechtliche Diskriminierungen (Arbeitsverbote, Versorgung unterhalb des
2821 menschenwürdigen Existenzminimums, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, die
2822 diskriminierende und zudem kostenintensive Praxis, Sachleistungen statt Bargeld und vieles
2823 mehr).

2824 Eine Politik der Ausgrenzung und Entrechtung ganzer Geflüchtetenengruppen verstärkt bestehende
2825 Vorurteile, indem suggeriert wird, dass gegen einen angeblich verbreiteten Asylmissbrauch harte

2826 Maßnahmen erforderlich seien. Das ist nicht zuletzt angesichts der dramatisch gestiegenen,
2827 rassistisch motivierten Angriffe auf Geflüchtete und Flüchtlingsheime unverantwortlich. Die
2828 Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft beginnen.

2829 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in
2830 Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten
2831 Jobs oder müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Sie hätten
2832 nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für
2833 Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den
2834 Reichen nützt. Statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür streiten,
2835 dass es ALLEN besser geht.

2836 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische
2837 Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich „guten
2838 Bleibeperspektive“ und solche mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen.

2839 Seitdem der Begriff der „Bleibeperspektive“ mit dem Asylpaket I im Oktober 2015 eingeführt worden
2840 ist, dient er als praktisches Instrument, um Menschen aus bestimmten Ländern Leistungen, Angebote
2841 und Teilhabemöglichkeiten zu verwehren. Mit der Begründung der „schlechten Bleibeperspektive“
2842 wird vielen Geflüchteten zum Beispiel der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert.
2843 Auch wird ihnen nicht erlaubt, sich selbst eine Wohnung zu suchen.

2844 Die Menschenrechtssituation, zum Beispiel in den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien,
2845 Tunesien oder gar Libyen, hat sich nicht maßgeblich geändert. Der politische Vorstoß, sie dennoch zu
2846 angeblich „sicheren Herkunftsstaaten“ zu machen, ist daher lediglich ein weiterer Baustein der
2847 unmenschlichen Abwehr von Menschen auf der Flucht. Wir lehnen das Konstrukt der angeblich
2848 „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Es widerspricht dem als Individualrecht konzipierten Grundrecht auf
2849 Asyl. Es dient dazu, die Rechte und Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine
2850 fundierte Einzelfallprüfung zu vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen
2851 schneller abschieben zu können.

2852 Fluchtgründe von Menschen, die in ihren Herkunftsländern als vermeintliche oder tatsächliche Roma
2853 diskriminiert und verfolgt worden sind, werden strukturell nicht anerkannt. Menschen, die aus den
2854 Balkanländern geflohen sind, sammelt die NRW-Landesregierung immer in speziellen,
2855 „Ausreisezentren“ genannten Sonderlagern, anstatt sie auf die Kommunen zu verteilen. Ihre
2856 Asylanörungen dauern häufig nur wenige Minuten, Geflüchtetenräte und Initiativen der
2857 Geflüchtetenarbeit zweifeln an der Rechtsstaatlichkeit dieser Verfahren.

2858 **Wir wollen**

- 2859 • eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen
- 2860 Pass schaffen,
- 2861 • geflüchteten Roma gleiche Rechte zugestehen wie allen Geflüchteten,
- 2862 • jegliche Abschiebep Praxis beenden,
- 2863 • verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung
- 2864 schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen,
- 2865 • perspektivisch Unterbringung aller Geflüchteten in Wohnungen statt in Massenunterkünften,
- 2866 • Vorrangigkeitsprüfungen in der Kommune aussetzen,
- 2867 • die Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und
- 2868 finanzieren,

- 2869 • Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die
2870 Ausländerbehörden verbindlich sein,
2871 • die Strukturen der Geflüchteten-Arbeit ausbauen und verstetigen; dafür mehr Personal
2872 sowohl in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen,
2873 • eine*n vom Landtag bestellte*n Geflüchtetenbeauftragte*n ernennen,
2874 • den Zugang zu Sozialberatung und weiteren Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern,
2875 • Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden,
2876 • vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen,
2877 • Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften,
2878 • keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen
2879 – Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen,
2880 • Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende.

2881 **Kommunal Verantwortung übernehmen: Sichere Häfen jetzt!**

2882 DIE LINKE steht ein für solidarische Städte, die angesichts der humanitären Krise an den
2883 EU-Außengrenzen und des Sterbens im Mittelmeer ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Seit
2884 der Gründung der internationalen Seebrücke-Bewegung im Juli 2018 haben sich bereits zahlreiche
2885 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu „sicheren Häfen“ erklärt. Sie stellen sich damit
2886 gegen die menschenrechtswidrige Abschottungspolitik der EU, die tausende Tote fordert. DIE LINKE
2887 unterstützt diese kommunalen Initiativen, die angesichts der humanitären Krise von der Bundes- und
2888 Landesregierung die Möglichkeit einfordern, Nothilfe leisten zu dürfen – also aus Seenot Gerettete
2889 zusätzlich zu den Verteilquoten aufnehmen zu können. Weiter setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass
2890 den Worten auch Taten folgen und dass die Kommunen ein sicheres Ankommen organisieren.

2891 **Was tun?**

- 2892 • kommunale Beschlüsse für sichere Häfen, mit denen die Städte und Gemeinden ihre
2893 Unterstützung für die zivile Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot
2894 geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten
2895 • Beitritt der Kommune zum Bündnis „Städte sicherer Häfen“, in dem sich die Städte und
2896 Gemeinden für die Gestaltung einer menschenrechtskonformen europäischen
2897 Migrationspolitik einsetzen

2898 **Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient**

2899 DIE LINKE steht für einen grundlegenden Wechsel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik,
2900 weil wir davon überzeugt sind, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.

2901 Die wesentlichen Ursachen dafür liegen in einer kapitaldominierten Wirtschafts- und Standortpolitik,
2902 die in vielen Kommunen und Regionen mit wachsender Massenarbeitslosigkeit verbunden war und ist.
2903 Nicht nur die Schließung des Bergbaus oder der Arbeitsplatzabbau in der Stahlindustrie, sondern auch
2904 die Schließung von Unternehmen wie BenQ in Kamp-Lintfort, Nokia und Opel in Bochum oder groß
2905 dimensionierte Massenentlassungen in jüngster Zeit bei ThyssenKrupp und Siemens haben ihre tiefen
2906 Spuren hinterlassen. Sie sind insbesondere damit verbunden, dass die sozialen Kosten bei den
2907 Kommunen verbleiben. Die Ausrichtung auf Markt und Wettbewerb hat zur Verödung ganzer Regionen
2908 und zum Klimawandel beigetragen. Industrielle Altlasten prägen deshalb ganze Regionen.

2909 **Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die wir wollen, ist**

- 2910 • sozial
- 2911 • demokratisch
- 2912 • antikapitalistisch

2913 **Worauf wir dabei setzen?**

- 2914 • eine alternative und ökologische Ökonomie
- 2915 • am Gemeinwohl orientierte öffentliche Betriebe
- 2916 • eine deutliche Ausweitung und Förderung von genossenschaftlichen Betrieben
- 2917 • eine Entschuldung der Kommunen und eine Finanzausstattung, die die Kommunen
- 2918 nachhaltig handlungsfähig macht
- 2919 • eine Gemeindefinanzsteuer
- 2920 • statt Verkauf öffentlichen Eigentums nur noch Nutzungsvergabe als Erbbaurecht (dauerhafte
- 2921 Einnahmen über Pachtgebühren)

2922 **Was das bringt?**

- 2923 • soziale Verhältnisse, die niemanden ausgrenzen
- 2924 • eine Infrastruktur, die allen gleichermaßen zur Verfügung steht

2925 **Was muss dafür getan werden?**

- 2926 • Der Druck auf die Landes- und Bundespolitik muss deutlich erhöht werden.
- 2927 • Privatisierte Stadtwerke und ausgegliederte Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge
- 2928 müssen rekommunalisiert werden.
- 2929 • Hohe arbeitsrechtliche Standards müssen in allen kommunalen Unternehmen eingeführt
- 2930 werden.
- 2931 • Die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Betriebe muss ausgeweitet werden.

2932 Viele Städte und Gemeinden sind nach jahrzehntelanger neoliberaler Politik in einer Abwärtsspirale
2933 aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. In den meisten Kommunen
2934 verfällt seit Jahren auf dramatische Weise die Infrastruktur. Dutzende ehemals wohnortnahe
2935 öffentliche Schwimmbäder, Büchereien oder Jugend-, Alten- und Stadtteilzentren wurden
2936 geschlossen, der dringend notwendige Neubau von Schulen bleibt aus oder der seit langer Zeit
2937 geforderte Ausbau eines attraktiven Radwegenetzes wird regelmäßig auf den St. Nimmerleinstag
2938 verschoben. In den meisten Innenstädten dominieren Einzelhandelskonzerne und Banken das
2939 Stadtbild, während man öffentliche Einrichtungen zunehmend mit der Lupe suchen muss.

2940 Dass eine derart unverantwortliche Entwicklung überhaupt eintreten konnte, hat seine wesentliche
2941 Ursache in einer neoliberalen Politik, die seit vielen Jahren die wirtschaftlichen und politischen
2942 Verhältnisse in den Kommunen dem Diktat des Marktes geopfert hat. Privatisierung, Deregulierung
2943 und insbesondere die den öffentlichen Haushalten verordnete „Schuldenbremse“ haben zur
2944 Austrocknung der öffentlichen Finanzen geführt und den Kommunen jeglichen Spielraum für neue und
2945 notwendige Investitionen in allen öffentlichen Bereichen genommen.

2946 **Investitionen**

2947 Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen brauchen dringend Geld für Investitionen. Denn von den
2948 Regierungsparteien sowie Bund und Land wird ignoriert, dass die kommunalen Finanzmittel
2949 insgesamt unzureichend sind. Darüber hinaus stehen mit der Energiewende, dem Ausbau des
2950 öffentlichen Nahverkehrs, mit der Verbesserung des Bildungswesens und der Schaffung von mehr
2951 Wohnraum enorme Investitionen und Anforderungen für die Kommunen und deren städtische
2952 Unternehmen an. Die Herausforderungen des sozialökologischen Umbaus sind gleichzeitig eine
2953 Chance, Strukturen vor Ort zu verbessern.

2954 Doch bislang werden die Landkreise und Städte mit ihren Problemen allein gelassen. Es gibt nur
2955 wenige kommunale Kooperationen, die das Land NRW unterstützt. Oft wird einseitig gefördert, wie
2956 etwa bei den Krankenhäusern. Die landeseigenen Unikliniken werden gefördert, nicht aber die
2957 kommunalen Krankenhäuser, obwohl das Land dazu gesetzlich verpflichtet ist.

2958 Große private Konzerne wie Siemens, Google, Uber, Huawei und andere nutzen die fehlende
2959 Investitionskraft der Kommunen und Stadtwerke aus. Sie versuchen mit privaten Projekten im
2960 Rahmen von „Smart City“ sich den Zugriff auf Teile der kommunalen Infrastruktur anzueignen und
2961 langfristig für ihre Profitinteressen zu nutzen.

2962 Die Finanzmittel der Kommunen müssen erheblich größer werden, damit sie in den Städten, aber
2963 auch im ländlichen Raum, den vielen Anforderungen gerecht werden können. Zusätzlich müssen im
2964 rheinischen Braunkohlrevier die gewachsenen Strukturen komplett umgebaut werden. Nur wenn
2965 die Kommunen dort eng zusammenarbeiten und Bund und Land in die Verantwortung nehmen, kann
2966 dieser gigantische Umbau einer ganzen Region in NRW gelingen.

2967 **Wer soll das alles bezahlen?**

2968 Die Kommunen sind für viele politische Entscheidungen zuständig, die unser Leben ganz direkt
2969 betreffen und die oftmals Geld kosten. Ob der Bau einer neuen Kita, die Sanierung der Schule, der
2970 Zustand des lokalen Krankenhauses, der Betrieb von Parks und Sportplätzen oder ein pünktlicher
2971 Bus: Eine lebenswerte Stadt und ein gutes Leben für alle müssen auch finanziert werden. Gleichzeitig
2972 sind besonders in Nordrhein-Westfalen Städte und Gemeinden systematisch unterfinanziert. Vor Ort
2973 wird viel zu oft der Mangel verwaltet, so dass die Städte nicht sinnvoll und nach dem Bedarf der
2974 Menschen gestaltet werden können. Die kommunale Infrastruktur wird auf Verschleiß gefahren,
2975 Schwimmbäder, Bibliotheken oder Jugendzentren werden geschlossen. Der zentrale Grund für die
2976 schlechte Finanzsituation unserer Städte ist die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene. Den
2977 Superreichen, ihren Banken und Konzernen wurden Steuergeschenke von rund 70 Milliarden Euro
2978 gemacht – pro Jahr.

2979 Zusätzlich hilft ein Netzwerk von spezialisierten Banken und Anwaltskanzleien Vermögenden beim
2980 Diebstahl von Milliarden Euro an Steuergeldern, wie beispielsweise die so genannten Panama- oder
2981 Paradise-Papers aufgezeigt haben. Das Problem der geleerten öffentlichen Kassen wurde dann von
2982 der Bundes- und Landesebene auf die Ebene verschoben, die sich am schlechtesten dagegen wehren
2983 kann, nämlich in die Kommunen – und damit in unser aller Alltag.

2984 Gegen die systematische Unterfinanzierung unserer Städte und Gemeinden hilft Steuergerechtigkeit.
2985 DIE LINKE hat ein detailliertes Steuerkonzept vorgelegt, das arme Haushalte sowie die Mittelschicht
2986 entlastet und das Geld von den extrem Reichen holt. Durch die Einführung einer Millionärssteuer, die
2987 Reform der Erbschaftsteuer, eine gerechte Unternehmensbesteuerung und einen entschlossenen
2988 Kampf gegen Steuerdiebstahl können bundesweit bis zu 180 Milliarden Euro mehr eingenommen
2989 werden. Teil unseres Steuerkonzeptes ist die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer
2990 Gemeindefinanzsteuer. Alle privatwirtschaftlichen Einkünfte in einer Kommune würden erfasst
2991 und direkt besteuert werden – mit einem angemessenen Freibetrag für kleine Unternehmen. Diese
2992 Steuer brächte den Kommunen 25 Milliarden Euro im Jahr ein.

2993 Wenn es gerechter zugeht, ist in einem der reichsten Länder der Welt selbstverständlich genug Geld
2994 für unsere Kommunen da. Deswegen beteiligt sich DIE LINKE auch nicht an Sparhaushalten, die durch
2995 angebliche Sachzwänge diktiert werden – auch dann nicht, wenn dadurch ein Abrutschen in den
2996 Nothaushalt verhindert werden könnte. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen wird nur der
2997 Druck auf Land und Bund verringert, endlich zu einer durchgreifenden Reform der
2998 Kommunalfinanzen zu kommen.

2999 **Wer bestellt, muss auch zahlen: Konnexität für NRW**

3000 DIE LINKE setzt sich für die konsequente Umsetzung und Einhaltung des Konnexitätsprinzips gemäß
3001 § 78 Abs. 3 der Landesverfassung NRW in Verbindung mit Artikel 104a Abs. 2 des Grundgesetzes ein.
3002 Die bestehende Praxis von Bund und Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben,
3003 insbesondere Aufgaben in sozialen Angelegenheiten, zu übertragen, ohne gleichzeitig
3004 sicherzustellen, dass den Gemeinden und Gemeindeverbänden die erforderlichen Finanzmittel zur
3005 ordnungsgemäßen Erfüllung der übertragenen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden, ist
3006 verfassungswidrig und muss beendet werden. Die Möglichkeiten der Gemeinden und
3007 Gemeindeverbände, die Einhaltung des Konnexitätsprinzips klageweise gegen das Land
3008 durchzusetzen, müssen verbessert werden. Soweit in der Vergangenheit dieses Prinzip verletzt
3009 wurde, z. B. hinsichtlich der Kosten der Unterkunft (KdU) bei Hartz IV, hat eine nachträgliche
3010 Entschuldung der Kommunen durch das Land zu erfolgen.

3011 **Konkret fordern wir:**

- 3012 • die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 Prozent auf 28 Prozent,
- 3013 • keine Anhebung der Grundsteuer B, solange diese über die Betriebskosten auf die
3014 Mieter*innen abgewälzt werden kann,
- 3015 • die Einhaltung des Konnexitätsprinzips; wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die
3016 Kommunen übertragen, müssen sie auch für die Finanzierung sorgen,
- 3017 • die Streichung der rigorosen Möglichkeiten der Gemeindeordnung NRW, Kommunen im
3018 Rahmen der Kommunalaufsicht zur Kürzung ihrer Ausgaben zu zwingen, bis hin zur
3019 Einführung von „Sparkommissaren“, mit denen auch beim sogenannten „Stärkungspakt“
3020 gedroht wurde.

3021 **Weg mit den kommunalen Altschulden!**

3022 Mit 26 Milliarden Euro befinden sich mehr als die Hälfte der bundesweiten Kassenkredite von rund
3023 46 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen. Davon betroffen sind vor allem Regionen, die von
3024 wirtschaftlichen Umbrüchen betroffen sind und in denen trotz Strukturwandel die Arbeitslosigkeit
3025 hoch ist. Mit fast 15 Milliarden Euro liegt ein Drittel der bundesweiten Kassenkredite in den Städten
3026 und Kreisen des Ruhrgebiets.

- 3027 Schuld an der kommunalen Verschuldung ist die strukturelle Unterfinanzierung durch Bund und
3028 Land. Damit ist eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt worden. Denn die finanziellen Altlasten
3029 verhindern wichtige Investitionen für die Zukunft und erschweren die Instandhaltung der
3030 Infrastruktur. Das verschlechtert unmittelbar die Lebensverhältnisse für die Bürger*innen.
3031 Finanzstarke und finanzschwache Kommunen driften immer weiter auseinander.
- 3032 Die überschuldeten Kommunen brauchen dringend Unterstützung. DIE LINKE fordert deshalb einen
3033 Altschuldenfonds. Gemeint ist ein gemeinsamer Finanztopf von Bund, Land und Kommunen. Dieser
3034 Fonds soll die Schulden aus den Liquiditätskrediten der Kommunen übernehmen. Als Ausgleich für
3035 die bisherige Unterfinanzierung der Kommunen soll die Bundesebene mit 50 Prozent, das Land und
3036 die Kommunen mit jeweils 25 Prozent beteiligt werden. Die Beteiligung von Bund und Land wäre kein
3037 Geschenk, sondern ein Ausgleich für die mangelnde Finanzierung der Vergangenheit und damit
3038 nachholende Konnexität. Die betroffenen Kommunen wären dann wieder in der Lage,
3039 Haushaltsüberschüsse für notwendige Investitionen und wichtige Aufgaben bei Bildung, Verkehr,
3040 Sport und Kultur zu nutzen, statt sie im Haushaltsloch zur Schuldentilgung zu versenken.
- 3041 **Daseinsvorsorge für alle**
- 3042 Ein guter Öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer
3043 Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens.
- 3044 Statt weiter zu kürzen, wollen wir die öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen. Privatisierungen der
3045 Vergangenheit sind rückgängig zu machen. Gut funktionierende öffentliche Betriebe wie kommunale
3046 Stadtwerke und Wohnungsbaugesellschaften leisten einerseits einen finanziellen Beitrag für die
3047 städtischen Haushalte. Andererseits sind sie geeignet, politische Forderungen vor Ort umzusetzen,
3048 beispielsweise das Recht auf bezahlbaren Wohnraum.
- 3049 Grundlegende Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Bau von Straßen sind durch
3050 allgemeine Steuern zu finanzieren. Straßenbaubeiträge, die von den Anliegern bezahlt werden
3051 müssen, lehnen wir ab. Es ist niemandem zu vermitteln, warum jemand, dem ein kleines Häuschen
3052 an einer vielbefahrenen Straße gehört, alle paar Jahre für die Instandsetzung einer Straße zur Kasse
3053 gebeten wird.
- 3054 Die öffentlichen Unternehmen sollen Vorreiter sein bei demokratischer Mitwirkung der relevanten
3055 gesellschaftlichen Gruppen. Ihre Gremien sollen transparent sein. Die Rechtsform öffentlicher
3056 Unternehmen bleibt zweitrangig gegenüber den Möglichkeiten effektiver demokratischer
3057 Mitbestimmung. Öffentliches Eigentum schließt private Kapitalbeteiligung, auch durch
3058 Minderheitsbeteiligungen, aus und gemeinsames Eigentum verschiedener öffentlicher Träger ein.
3059 DIE LINKE setzt sich heute bereits für jeden Schritt in diese Richtung ein. Dazu gehören
3060 Rekommunalisierungen, Gestaltung fakultativer Aufsichtsräte, Weisungsbefugnisse der Räte und
3061 vieles mehr.
- 3062 Grund und Boden ist ein nicht vermehrbares Gut und gehört in öffentliche Hand. Ohne eine
3063 konsequente kommunale Bodenpolitik ist auch keine nachhaltige Planungspolitik zu gewährleisten.
3064 Bei wichtigen Infrastrukturprojekten, wie dem Ausbau von Radwegen, sind oft die
3065 Eigentumsverhältnisse ein Hindernis bei der Umsetzung einer nachhaltigen Politik.
- 3066 **Alternativen zum kapitalistischen Wirtschaftssystem stärken**
- 3067 Da kommunale Wirtschaftspolitik überwiegend auf kapitalorientierte Unternehmen und
3068 Standortentscheidungen nach deren Interessen ausgerichtet ist, halten wir es für erforderlich,
3069 Alternativen zu dieser Wirtschaftsform zu entwickeln. Denn die entscheidende Frage

3070 gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln.
3071 Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Eine an sozialen und menschenwürdigen
3072 Kriterien orientierte Wirtschaftspolitik erfordert auch in den Kommunen, dass die ökonomische
3073 Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen,
3074 zurückgedrängt und überwunden wird. Der globale Kapitalismus, der auf Ausbeutung, Ungleichheit,
3075 ständiger Expansion und Monopolbildung beruht, ist mit diesen Zielen unvereinbar.

3076 **DIE LINKE fordert deshalb:**

- 3077 • ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen
3078 Daseinsvorsorge; kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu
3079 verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohner*innen durch soziale Dienstleistungen
3080 und soziale Tarifstrukturen einzulösen,
- 3081 • Rekommunalisierung: privatisierte Stadtwerke müssen zurück in öffentliche Hand; die
3082 Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden und die
3083 Verbraucher*innen sowie die Betroffenenorganisationen in Entscheidungen der
3084 Unternehmensführung und Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden,
- 3085 • Die Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihrem regionalen Markt wirksam
3086 Einfluss nehmen können; die Energieversorgung hat im öffentlichen Eigentum zu erfolgen,
- 3087 • die kommunale Wirtschaftsförderung orientiert vorrangig auf die Schaffung kommunaler
3088 Eigenbetriebe, die einer konsequenten Tarifbindung unterliegen und sich einer ökologisch
3089 nachhaltigen Produktion verpflichtet fühlen,
- 3090 • die Förderung der Gründung von genossenschaftlichen Betrieben durch die Gewährung
3091 preisgünstiger Kredite und die Bereitstellung von preiswerten Gebäuden bzw.
3092 Gewerberäumen seitens der Kommunen,
- 3093 • dass kommunale Wohnungsunternehmen nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen
3094 Wohnungen besitzen sollen, sondern auch den Neubau von preiswertem Wohnraum mit
3095 öffentlicher Förderung sicherstellen und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung
3096 nehmen,
- 3097 • kommunale Krankenhäuser als notwendigen Bestandteil öffentlicher
3098 Gesundheitsversorgung,
- 3099 • eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute
3100 Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung,
3101 Mitbestimmung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten,
- 3102 • Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung bei Sicherheit,
3103 Wachdiensten, Fahrdiensten, Friedhöfen, Reinigung, Wäschereien, Schul- und
3104 Hausverwaltungen,
- 3105 • den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen; Privatisierung oder Teilprivatisierung von
3106 Sparkassen lehnen wir ab; Gewinne der Sparkassen sind für die Finanzierung des
3107 Gemeinwesens zu nutzen,
- 3108 • in den Aufsichtsgremien, dass die Sparkassen preisgünstige Angebote für
3109 einkommensschwache Bevölkerungsgruppen bereithalten,
- 3110 • kommunale und regionale Zusammenschlüsse als Alternative zu drohenden Privatisierungen,
3111 insbesondere im ländlichen Raum,
- 3112 • die Gewährleistung der Kontrolle und Überprüfung der Zwecke der städtischen
3113 Unternehmen durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt,
- 3114 • dass Grund und Boden nicht veräußert werden, da sie allen gehören; Städte und Gemeinden
3115 müssen eine aktive Bodenpolitik betreiben und verfügbare Flächen in kommunalen Besitz
3116 bringen; Nutzungsrechte beispielsweise für Gewerbeflächen sind in Erbpacht zu vergeben.

3117 **Für eine kommunale Planungspolitik, welche die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund**
3118 **stellt**

3119 Nordrhein-Westfalen ist von Städten geprägt. Das Land hat 396 politisch selbständige Gemeinden,
3120 davon sind 272 Städte. Allein in den 30 Großstädten leben 8,312 Millionen Menschen. Das sind mehr
3121 als 46 % der Einwohner*innen des Bundeslandes. Darüber hinaus beziehen sich viele der Gemeinden
3122 rund um Städte wie Köln, Aachen, Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Münster und Siegen oder in den
3123 ländlicheren Kreisen des Ruhrgebietes stark auf den Kern der Ballungsräume. Gleichzeitig gibt es in
3124 Ostwestfalen, dem Münsterland, dem Sauerland, am Niederrhein und in der Eifel nach wie vor aber
3125 auch ländlich geprägte Gebiete. Städte wie Herne mit 3.041 Menschen pro Quadratkilometer oder
3126 Essen mit 2.772 gehören zu den am dichtest besiedelten Städten im ganzen Bundesgebiet. Auf der
3127 anderen Seite leben im gesamten Hochsauerlandkreis nur 134 Menschen pro Quadratkilometer. Bei
3128 der kommunalen Planung sind diese Unterschiede zu berücksichtigen.

3129 **Die kommunale Planung, die wir wollen, ist:**

- 3130 • ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Einwohner*innen und nicht auf die von Investoren,
3131 Konzernen und Banken
- 3132 • sozialökologisch
- 3133 • an null Flächenverbrauch orientiert

3134 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3135 • solidarische Entwicklung der Kommunen
- 3136 • nachhaltige Raumentwicklung
- 3137 • international aufgestellte regionale Wirtschaftsstrukturen

3138 **Was wir dafür brauchen?**

- 3139 • kommunale Kooperation
- 3140 • mehr Bürgerbeteiligung
- 3141 • Quartiersmanagement

3142 **Was das bringt?**

- 3143 • gleichwertige Lebensbedingungen
- 3144 • soziale Vielfalt und Sicherheit
- 3145 • quartiersnahe Versorgung

3146 **Was muss dafür getan werden?**

- 3147 • Bürger*innen müssen an der Erarbeitung von Flächen- und Bebauungsplänen beteiligt
3148 werden.
- 3149 • Die städtische Bauleitplanung muss umgesteuert werden.
- 3150 • Stärkere regionale Kooperation zwischen den Kommunen in den Ballungsräumen, zwischen
3151 Ballungsräumen und Umland sind erforderlich.
- 3152 • Kommunale Zweckverbände müssen gegründet werden.

3153 **Für lebenswerte, soziale Städte und Regionen und gleichwertige Lebensbedingungen**

3154 Die Entwicklung von Stadt und Land selbst ist sehr unterschiedlich. Die Großstädte im Rheinland,
3155 Münster und Bielefeld wachsen stark, während der ländliche Raum massiv Einwohner*innen verliert.
3156 Im Raum Köln und Düsseldorf steigen die Mieten rasant, preiswerter Wohnraum fehlt immer mehr,

3157 der Bestand an Sozialwohnungen ist durch die völlig verfehlte Förderpolitik und unzureichende
3158 Richtlinien des Landes massiv gesunken. Im Raum Höxter und am Niederrhein stehen dagegen immer
3159 mehr Häuser leer. Die „Flucht aufs Land“ der 1970er und -80er Jahre hat sich längst umgedreht.

3160 Doch auch zwischen den Ballungszentren gibt es große Unterschiede. Die vom Niedergang der Kohle
3161 und der Rationalisierung der Stahlindustrie gezeichneten Großstädte im Ruhrgebiet und im ebenfalls
3162 altindustriell geprägten Bergischen Land sind fast 50 Jahre lang geschrumpft. Erst in den
3163 vergangenen Jahren gibt es wieder leichtes Wachstum, nicht zuletzt durch die Zuwanderung von
3164 Geflüchteten und den Ausbau der Universitäten.

3165 LINKE Kommunal-Entwicklungspolitik muss diese Unterschiede berücksichtigen und entsprechend
3166 unterschiedliche Antworten und Lösungsansätze finden. Die Anforderungen an den Wohnungsbau
3167 und damit an die Stadtentwicklung sind in Köln oder Düsseldorf mit großer Wohnungsknappheit
3168 andere als im ländlichen Raum.

3169 So unterschiedlich die Bedingungen sind: DIE LINKE tritt für eine solidarische Stadtentwicklung, für
3170 lebenswerte und lebendige Städte und Regionen für alle ein. Die Ansiedlung von Unternehmen,
3171 Wohnungsbau, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und
3172 Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller Einwohner*innen ausgerichtet werden und
3173 dürfen sich nicht an den Profitinteressen von Konzernen, Banken und Investoren orientieren.

3174 DIE LINKE hält fest an dem auch im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger
3175 Lebensbedingungen. Daran müssen sich Bundes- und Landespolitik messen lassen, darauf muss der
3176 Landesentwicklungsplan abgestellt werden.

3177 **Neue Herausforderungen der Stadtplanung angehen**

3178 Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung
3179 vor neue Aufgaben.

3180 Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Armut
3181 hat sich verfestigt und trotz guter Konjunktur weiter zugenommen, oft eng verbunden mit
3182 Langzeiterwerbslosigkeit und unsteter Beschäftigung. Sie betrifft längst mehrere Generationen
3183 hintereinander. Das sieht man vor allem an der gestiegenen Kinderarmut deutlich. Gleichzeitig
3184 nimmt der Reichtum zu. Diese Gegensätze spiegeln sich auch in der Entwicklung der Stadtteile wider.
3185 In Großstädten wie Essen gibt es inzwischen Stadtteile, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder als
3186 arm gelten, während der Bezug von Hartz IV in anderen kaum eine Rolle spielt.

3187 DIE LINKE lehnt diese zunehmende Ghettoisierung ab und spricht sich deutlich für eine soziale
3188 Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken aus. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen mit Hilfe
3189 eines Quartiersmanagements in die Lage versetzt werden, soziale Netzwerke aufzubauen. Diese
3190 Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert sein, und nicht nach Auslaufen eines Förderprogramms
3191 wieder aus dem Stadtbild verschwinden.

3192 Auch die Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung hat sich vor allem in den Städten in
3193 den letzten Jahrzehnten stark verändert. Gut 28 Prozent der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen hat
3194 einen Migrationshintergrund, in Köln sind es 38 Prozent. Gleichzeitig wird die Bevölkerung immer
3195 älter. Gerade im Ruhrgebiet ist das Durchschnittsalter deutlich höher als im Landesschnitt, eine Folge
3196 des Fortzuges ganzer Generationen. Auch daraus ergeben sich Aufgaben für die kommunale Planung.
3197 Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund müssen stärker berücksichtigt
3198 werden – sowohl in kulturellen und sozialen Einrichtungen als auch auf den Friedhöfen. Ebenso sind
3199 barrierefreies Wohnen sowie eine gute Erreichbarkeit von Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen
3200 notwendige Antworten auf eine älter werdende Gesellschaft.

3201 Auch unter den Bedingungen der Klimakatastrophe und der zunehmenden Erderhitzung müssen die
3202 Großstädte lebenswert bleiben. Es müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden, die für
3203 die Verbesserung der Luftverhältnisse unerlässlich sind. Wir brauchen mehr Grün. Der
3204 Flächenverbrauch, die Versiegelung neuer Flächen, muss gestoppt werden. Null Flächenverbrauch ist
3205 das Ziel. Das erfordert ein Umsteuern der städtischen Bauleitplanung. Der Umbau im Bestand hat für
3206 DIE LINKE Vorrang, ebenso die Verdichtung schon bebauter Flächen, unter Beachtung des lokalen
3207 Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen.

3208 Alle Städte sind auf einer wirtschaftlichen Basis gewachsen. Sie haben bestimmte Industriebranchen
3209 beheimatet, waren Markt-, Handels- oder heute Bankplätze. In den vergangenen Jahrzehnten ist der
3210 Anteil des produzierenden Gewerbes an der wirtschaftlichen Tätigkeit deutlich zurückgegangen. Die
3211 zeitweise modernen Vorstellungen von der Entwicklung zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ sind
3212 ebenfalls längst an der Realität gescheitert. DIE LINKE ist der Auffassung, dass vorrangig alte,
3213 ungenutzte Industrieflächen aufzuarbeiten und einer neuen Nutzung zuzuführen sind. Das
3214 Profitinteresse vieler Eigentümer*innen, solche Flächen brach liegen zu lassen, um keine Altlasten
3215 entsorgen zu müssen, ist nicht akzeptabel.

3216 Beim Einzelhandel muss es gerade angesichts der wachsenden Probleme mit dem Individualverkehr
3217 um eine quartiersnahe Versorgung gehen. Auch deshalb lehnt DIE LINKE Einkaufszentren auf der
3218 „grünen Wiese“ ab. Gleichzeitig kann das leidige Thema der abends „toten“ Innenstädte nur durch
3219 eine Belebung des Wohnens in der Innenstadt gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und
3220 Bürogebäude mehr Rendite bringen.

3221 Immer mehr Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele Bebauungspläne in den
3222 Großstädten werden beklagt. DIE LINKE spricht sich vor diesem Hintergrund nicht für weniger,
3223 sondern für mehr Bürgerbeteiligung an der Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen
3224 – insbesondere für größere Vorhaben – aus.

3225 Einsprüche gegen Bebauungspläne müssen ein größeres Gewicht erhalten. Die Verfahren müssen
3226 stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen setzen und weniger auf die Durchsetzung der
3227 Interessen von Investoren.

3228 **Was tun?**

- 3229 • Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und
3230 Bebauungsplanverfahren; Einschränkung beschleunigter Verfahren, die die Bürgerbeteiligung
3231 verschlechtern; Baupläne müssen auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden
- 3232 • Einschränkung des Flächenverbrauchs mit dem Ziel des „Nullverbrauchs“ durch Vorrang für
3233 Innenverdichtung; Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch)
- 3234 • Ausloten von Nachverdichtungsmöglichkeiten – vor allem in den Wachstumsregionen und
3235 unter Beachtung des lokalen Freiraumbedarfs und stadtklimatischer Anforderungen; wo
3236 möglich und vertretbar sind Gebäude aufzustocken, Dachgeschosse auszubauen und
3237 leerstehende Gebäude zu Wohngebäude umzunutzen; zudem sind Baulücken zu schließen
3238 und Industrie- und Gewerbebrachen sowie Konversionsflächen zu bebauen; den Luxus,
3239 knappe Wohnbauflächen für neue Ein- und Zweifamilienhäuser zu verschwenden, werden
3240 wir uns vor allem in den Wachstumsregionen nicht länger leisten können; Baugebiete in
3241 großstädtischen Innenbereichen sollten dabei vorrangig als „urbanes Gebiet“ nach § 6a
3242 BauNVO ausgewiesen werden, um eine bessere Flächenausnutzung und eine „Stadt der
3243 kurzen Wege“ zu schaffen
- 3244 • Wenn dennoch neue Wohnbauflächen erforderlich sind, müssen sie sich konsequent an den
3245 Achsen des öffentlichen Personennahverkehrs ausrichten und im Bebauungsplan festgelegte
3246 Quoten für Sozialwohnungen vorsehen.

- 3247 • Unterstützung bei energetischer Sanierung durch kommunale Beratungsstellen und
- 3248 Schaffung von Grünflächen
- 3249 • Verhinderung von Ghettoisierungen von Teilen der Bevölkerung in den Stadtquartieren und
- 3250 bewusstes planerisches Gegensteuern gegen die Herausbildung von armen und reichen
- 3251 Stadtteilen; das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen muss auch innerhalb der Kommunen
- 3252 gelten
- 3253 • Erhalt und Ausweitung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“, die
- 3254 unerlässlich sind für die Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen „auf
- 3255 der Kippe“ und den Umbau bis hin zum Abriss ganzer Wohnblöcke in dichtbesiedelten,
- 3256 heruntergekommenen Wohnungsbeständen
- 3257 • Ausweitung des Quartiersmanagements in Innenstädten und Stadtteilen mit sozialen
- 3258 Nachteilen
- 3259 • Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert*innen, die bei größeren
- 3260 Bebauungs- oder Stadtumbauprojekten beraten, um die Bauqualität zu verbessern
- 3261 • Berücksichtigung der vielfältigen Interessen, kulturellen und religiösen Hintergründe der
- 3262 Bevölkerung bei Aufgaben der Stadtentwicklung; das gilt bei Kindertagesstätten, Schulen,
- 3263 Sport- und Freizeiteinrichtungen ebenso wie bei kommunalen Friedhöfen, die Menschen
- 3264 jedweder Weltanschauung Ruhestätten bieten
- 3265 • Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten
- 3266 und -gemeinschaften für ältere Menschen, die ein möglichst lange selbstbestimmtes,
- 3267 eigenständiges Leben ermöglichen
- 3268 • Zusammenführung von Arbeit, Wohnen, Einkaufen und Freizeit statt weiterer Zersiedelung,
- 3269 die zu weiten Wegen zur Arbeit oder zum Einkaufen führt; dabei müssen die bestehenden
- 3270 Abstands- und Immissionsschutzregelungen strikt eingehalten werden
- 3271 • keine Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“; größere „Shopping Malls“ müssen in
- 3272 Stadtentwicklungskonzepte eingebunden werden
- 3273 • vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und
- 3274 Industrie; konsequente Verpflichtung der früheren Besitzer*innen beziehungsweise
- 3275 Nutzer*innen zur Altlastenbeseitigung
- 3276 • Wiederbelebung der Innenstädte durch Wohnprojekte; der systematische Leerzug der
- 3277 1960er und -70er Jahre, bei dem massenhaft Wohnungen in Büros und Geschäfte
- 3278 umgewandelt wurden, muss „umgedreht“ werden; dabei muss Wohnraum bezahlbar bleiben
- 3279 • Die Möglichkeiten zur Nutzung kommunaler Flächen durch Erbpacht statt Verkauf sollen
- 3280 ausgeweitet werden, um den kommunalen Einfluss zu erhalten.
- 3281 • Förderung des Denkmalschutzes durch die Kommunen, da Kommunen erst durch ihre
- 3282 Geschichte ein Gesicht erhalten; Aufstockung der Mittel für den Denkmalschutz durch das
- 3283 Land NRW auf mindestens 30 Mio. Euro jährlich
- 3284 • Entwicklung von Mindeststandards und Ansprüchen an die Infrastruktur im kleinstädtischen
- 3285 und ländlichen Raum; hierzu gehören Angebote an Kindertagesstätten, Schulen, Ärzten,
- 3286 Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten sowie gute öffentliche Verkehrsverbindungen
- 3287 • konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit; hierzu sollen bei allen Bauvorhaben der
- 3288 Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderung beteiligt werden

3289 **Für eine demokratische und soziale Regionalentwicklung**

3290 Vor dem Hintergrund der in verschiedener Hinsicht ungleichen Entwicklungen zwischen Stadt und
 3291 Land sowie Arm und Reich erhält die regionale Entwicklung immer größere Bedeutung. Die Aufgaben
 3292 der Kommunen lassen sich immer weniger in den Grenzen einer Stadt oder eines Landkreises
 3293 bewältigen. Bei der Versorgung mit Strom, Gas und Wasser oder der Abfallbeseitigung ist oft

3294 regionale Kooperation zwingend erforderlich. Auch laut Gemeindeordnung sind die Landkreise und
 3295 kreisfreien Städte für solche Aufgaben der Daseinsvorsorge zuständig. Darüber hinaus ergibt eine
 3296 kreis- und städteübergreifende Zusammenarbeit in vielen Fragen immer mehr Sinn, auch weil viele
 3297 Themen immer komplexer werden. Bei der Müllentsorgung haben sich deshalb kommunale
 3298 Zweckverbände wie ECO City gebildet. Für den Nahverkehr wurden durch Landesregelungen die
 3299 großen Verkehrsverbände gebildet.

3300 Auch bei Freizeit und Kultur nutzen die Menschen in Städten und Gemeinden nicht nur die Angebote
 3301 ihres Wohnortes.

3302 DIE LINKE sieht in der weiteren Regionalisierung kommunaler Aufgaben einen Weg zur Überwindung
 3303 der wachsenden Gegensätze zwischen Stadt und Land und der unterschiedlichen Entwicklung in den
 3304 Städten zugunsten gleichwertiger Lebensbedingungen. Die Voraussetzungen für die Entwicklung
 3305 regionaler, demokratisch organisierter Zusammenarbeit „von unten“ muss vom Land gestärkt
 3306 werden.

3307 Hinzu kommt, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten auch regionale Wirtschaftsräume
 3308 herausgebildet haben, die sich gerne mit dem Etikett der „Metropole“ schmücken. Das Ruhrgebiet
 3309 entstand als Region bereits im 19. Jahrhundert auf der Grundlage der Kohleförderung und der
 3310 Stahlindustrie. Seit einigen Jahren nennt sich der Ballungsraum „Metropole Ruhr“. Die
 3311 wirtschaftlichen Verflechtungen im Rheinland haben sich ebenfalls weiterentwickelt. International
 3312 wird es längst als ein Raum betrachtet. Die Industrie- und Handelskammern und andere
 3313 Wirtschaftsverbände fordern bereits länger eine Zusammenarbeit als „Metropole Rheinland“, die
 3314 zunächst im Rahmen eines Vereins auch angestrebt wird.

3315 Die Verwaltungsstrukturen in Nordrhein-Westfalen spiegeln diese Entwicklungen bisher nur
 3316 unzureichend wider. Wichtige Änderungen waren seit langem lediglich die Stärkung des
 3317 Regionalverbandes Ruhr (RVR) und die Bildung der Städteregion Aachen.

3318 Der RVR ist seit 2009 wieder für die Regionalplanung im Ruhrgebiet zuständig. 2020 werden die
 3319 Mitglieder der Verbandsversammlung erstmals direkt gewählt. DIE LINKE hatte die Stärkung des RVR
 3320 und die Direktwahl mit als erste Partei gefordert – nun wird sie umgesetzt.

3321 Während die Stärkung des RVR jedoch auf halbem Wege stecken blieb und sich der RVR die
 3322 Aufgaben einer Mittelinstanz in der Region weiter mit den drei Bezirksregierungen teilen muss, hat
 3323 die kreisfreie Stadt Aachen mit dem Umland die Städteregion Aachen gebildet und die Verwaltung
 3324 regional organisiert. Die Städteregion ist Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen und nimmt wichtige
 3325 kommunale Aufgaben u. a. im Bereich der Schulträgerschaft, der Sozialverwaltung sowie der
 3326 Straßenverkehrs- und Ausländerbehörden wahr. Die Städteregion Aachen pflegt – wie andere
 3327 Grenzstädte in Nordrhein-Westfalen – enge, grenzüberschreitende Verbindungen mit den
 3328 Niederlanden und Belgien, die sich als Grenzregion und gemeinsame Entwicklungsregion begreifen.

3329 Das Denken und Handeln vieler politischer „Handlungsträger*innen“ in den Kommunen und im Land
 3330 sowie die politische Struktur entsprechen weder der zunehmenden Notwendigkeit kommunaler
 3331 Kooperation und kommunaler Zweckverbände noch der Herausbildung eng verflochtener,
 3332 international aufgestellter regionaler Wirtschaftsstrukturen. Die kommunale Politik ist häufig von
 3333 Konkurrenz und „Kirchtürmen“ geprägt, die Gewinner produzieren, aber auch Verlierer. Die
 3334 politischen Strukturen wie die staatlichen Mittelinstanzen, die Regierungsbezirke, beruhen auf der
 3335 alten preußischen Einteilung in die Provinzen Rheinland und Westfalen mit der „Enklave“ Lippe.

3336 DIE LINKE stellt sich gegen eine Politik der Standortkonkurrenz und des „Kirchturmdenkens“.
 3337 Wirtschaftliche Fortschritte und soziale Sicherheit in einer Kommune dürfen nicht durch Nachteile,
 3338 wie Erwerbslosigkeit und Sozialabbau in anderen erkaufte werden. Wie dringend eine engere
 3339 Zusammenarbeit der Kommunen nötig ist, macht im Ruhrgebiet z. B. die vergleichsweise

3340 katastrophale Situation des öffentlichen Nahverkehrs deutlich. Fehlende Verbindungen zwischen den
3341 Städten, vor allem in Nord-Süd-Richtung, sowie unterschiedliche Spurbreiten sind ebenso wenig
3342 zeitgemäß wie die selbständige, teure Beschaffungspolitik der 26 Verkehrsgesellschaften im
3343 Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR).

3344 DIE LINKE will Konkurrenz abbauen und tritt für die Stärkung der Kooperation von Kommunen z. B.
3345 durch kommunale Zweckverbände oder andere politische Zusammenschlüsse ein. Die Rolle der
3346 politischen Mittelinstanzen und ihr regionaler Zuschnitt müssen überprüft und der Entwicklung des
3347 Zusammenwachsens von Regionen angepasst werden. Dabei ist DIE LINKE der Auffassung, dass die
3348 Herausbildung politischer Kooperationen auch in den Metropolregionen von unten getragen werden
3349 muss. Landesgesetzliche Regelungen sind an bestimmten Punkten allerdings unumgänglich. Das war
3350 z. B. bei der Bildung der Verkehrsverbände der Fall und wird auch bei der Bildung einer kommunalen
3351 Verkehrsgesellschaft für das Ruhrgebiet notwendig sein.

3352 Das im Raumordnungsgesetz festgeschriebene Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen
3353 darf nicht nur im Verhältnis der Bundesländer zueinander, sondern muss auch innerhalb des Landes
3354 Nordrhein-Westfalen gelten. Es muss ein landespolitisches Ziel bleiben und durch entsprechende
3355 Ausgleichs- und Fördermaßnahmen umgesetzt werden.

3356 DIE LINKE setzt auf eine Strategie nachhaltiger Regionalpolitik, die auf ökonomischen, ökologischen
3357 und sozialen Zielsetzungen zur Wirtschaftsentwicklung, zur Schaffung neuer, sozial abgesicherter
3358 Arbeitsplätze sowie zur Erhöhung der Ressourcenproduktivität basiert. Dazu gehören für uns auch
3359 die Wiederbelebung und der Umbau der regionalisierten Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in NRW.

3360 **DIE LINKE tritt ein für:**

- 3361 • eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den
3362 Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt sowie für die Herstellung
3363 gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Teilräumen des Landes,
- 3364 • eine Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Kernstädten und ihrem
3365 Umland wie in der Städtereion Aachen,
- 3366 • die Stärkung der Landschaftsverbände, die für die Städte wichtige Funktionen bei der
3367 Erfüllung überörtlicher kommunaler Aufgaben wahrnehmen und für ihre Aufgaben eine
3368 gerechte Lastenverteilung unter Städten und Gemeinden ermöglichen,
- 3369 • eine weitere Stärkung des RVR als regionalem, kommunalem Verband, der auf entsprechend
3370 vereinbarter Grundlage auch Aufgaben der Kommunen übernehmen darf,
- 3371 • die Verbesserung des rechtlichen Rahmens zur Erarbeitung von Flächennutzungs- und
3372 Bebauungsplänen, die kommunale Grenzen überschreiten, um z. B. gemeinsame
3373 Gewerbegebiete entwickeln zu können.

3374 **Für einen lebenswerten ländlichen Raum**

3375 Außerhalb der großen Städte gestaltet sich das Leben in Nordrhein-Westfalen zunehmend
3376 schwierig. Viele Kleinstädte und Dorfgemeinden verkommen zu öden Orten. Es fehlt eine gute
3377 Verbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kitas, Kultur- und
3378 Sportstätten.

3379 Mit der Vernachlässigung der Infrastruktur fehlen auch lokale Arbeitsplätze. Kleinstädte und Dörfer
3380 werden so zu reinen Schlafstätten, die man verlässt, um zur Arbeit, zur Schule, zur Ärzt*in, zum
3381 Einkaufen, Kino, Theater oder zum Sport zu fahren. Selbst ein flächendeckendes Mobilfunknetz
3382 oder ein schneller Internetanschluss sind vielerorts nicht vorhanden.

3383 **Die Entwicklung für den ländlichen Raum, die wir wollen, ist:**

- 3384
- gleichberechtigt
- 3385
- an den Bedürfnissen der Menschen orientiert
- 3386
- nachhaltig

3387 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3388
- eine wohnortnahe öffentliche Infrastruktur
- 3389
- Kultur- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit- und gastronomische Angebote
- 3390
- Schutz der Natur

3391 **Was wir dafür brauchen ist ein Konzept für den ländlichen Raum, das:**

- 3392
- individuell ist und dennoch
- 3393
- gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land schafft.

3394 **Was das bringt?**

- 3395
- ein lebenswerter ländlicher Raum
- 3396
- ausreichende Versorgung der Menschen
- 3397
- eine gesunde Natur

3398 **Was muss dafür getan werden?**

- 3399
- Der Internet-Breitbandausbau muss schneller vorangetrieben werden.
- 3400
- Die Gesundheitsversorgung muss durch die öffentliche Hand sichergestellt sein.
- 3401
- Freizeit-, Kultur-, Sport- und gastronomische Angebote müssen erhalten, ausgebaut und
- 3402
- gefördert werden.
- 3403
- Der Einzelhandel muss wieder angesiedelt werden.
- 3404
- Die Forstwirtschaft muss mehr Personal erhalten.
- 3405
- Die Ansiedelung ökologisch nachhaltigen Handwerks sowie die ökologisch nachhaltige
- 3406
- Landwirtschaft müssen unterstützt werden.

3407 Wir setzen uns dafür ein, dass die öffentliche Hand in die Infrastruktur der Kommunen massiv
3408 und nachhaltig investiert.

3409 **Der ländliche Raum als lebenswerter Raum**

3410 Wir wollen einen flächendeckend gut ausgebauten öffentlichen Verkehr, der den ländlichen Raum
3411 nicht mehr abschneidet, sondern aktiv einbezieht. Dazu gehört auch der Ausbau sicherer Radwege

3412 und Abstellplätze. Wir wollen den ÖPNV schrittweise flächendeckend kostenlos machen. Ab sofort
3413 sollen alle Personen bis 18 Jahre, Schüler*innen und Schüler, Azubis und Hartz-IV-Empfänger
3414 fahrscheinfrei fahren dürfen.

3415 Wir wollen, dass Menschen in jeder Gemeinde gut und bezahlbar wohnen können. Dazu gehören
3416 lebendige Ortsteile, in denen Menschen sich begegnen können: im Jugendzentrum, im
3417 Senior*innentreff oder der Familienbegegnungsstätte.

3418 Heute flüchten mehr und mehr Menschen in die Städte, die immer teurer und lauter werden, in
3419 denen die Straßen überfüllt sind und Abgase und Feinstaub die Gesundheit belasten.

3420 Auf dem Land lebt es sich zwar gesünder. Die gesundheitliche Versorgung lässt in der Fläche jedoch
3421 zu wünschen übrig. Im Notfall dauert es dreimal so lange wie in der Stadt, bis der Rettungsdienst
3422 an Ort und Stelle ist. Die Versorgung mit Hausärzt*innen wird immer dünner und die Wege zu
3423 Fachärzt*innen und ins Krankenhaus immer weiter.

3424 Auch die Natur, wegen der es viele aufs Land zieht, braucht dringend mehr Schutz. Zur Pflege und
3425 Aufforstung der strapazierten Wälder etwa benötigen wir doppelt so viel Personal in den
3426 Forstämtern. Ebenso setzen wir uns in den landwirtschaftlichen Regionen für kreiseigene
3427 Mitarbeiter*innen zur Kontrolle der anfallenden Gülle ein, damit eine Grundwasserverseuchung
3428 mit Nitrat verhindert wird.

3429 DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Städten und auf dem Land ein. Dazu
3430 gehört eine gute wohnortnahe öffentliche Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Wohnen,
3431 Gesundheit und Bildung. Auch wichtig sind Kultur- und Sportangebote, Einkaufsmöglichkeiten,
3432 Freizeit- und gastronomische Angebote.

3433 **Wir wollen:**

- 3434 • öffentliche Grundschulen, Kitas und Jugendzentren in jedem Ort schaffen
- 3435 • von den Landkreisen betriebene Gesundheitszentren mit fest angestellten Ärzt*innen
- 3436 • Notärzt*innen, Feuerwehr und Polizei müssen im Notfall schnell vor Ort sein.
- 3437 • Schaffung von Begegnungsstätten mit Räumen für Veranstaltungen
- 3438 • Anbindung aller Dörfer und Ortsteile an gut getaktete Buslinien
- 3439 • Reaktivierung stillgelegter Zug- und S-Bahn-Verbindungen, Ausbau des Schienenverkehrs
- 3440 • flächendeckender Internet-Breitbandausbau für alle Orte und Haushalte
- 3441 • Förderung von Kultur- und Breitensportangeboten, öffentliche Unterstützung kleiner Kinos
3442 und Theater
- 3443 • Erhalt und Ausbau vielfältiger gastronomischer Angebote
- 3444 • Förderung der Ansiedelung von ökologisch nachhaltigem Handwerk und Gewerbe
- 3445 • Erhalt und Ausbau des Einzelhandels für den täglichen Bedarf
- 3446 • Unterstützung der regionalen ökologisch nachhaltigen Erzeuger*innen
- 3447 • Verdopplung der Mitarbeiter*innen in den Forstämtern zur Aufforstung der Wälder
- 3448 • kreiseigene Mitarbeiter*innen zur Kontrolle der anfallenden Gülle, um das Grundwasser zu
3449 schützen

3450 **Digitalisierung**

3451 Die Digitalisierung ist in aller Munde, doch ist sie für viele Bürger*innen immer noch Neuland. Wir
3452 befinden uns inmitten einer digitalen Transformation, die Digitalisierung durchdringt alle
3453 Lebensbereiche.

3454 Technische Innovationen wie das Smartphone und das Tablet bestimmen Alltag und Arbeitswelt. So
3455 werden in einer digitalisierten Gesellschaft massenhaft Daten gesammelt, verarbeitet und verwertet.
3456 Dies stellt uns vor große Herausforderungen, denn die Digitalisierung bringt massive strukturelle,
3457 organisatorische und kulturelle Veränderungen.

3458 Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität sind ein wichtiger Bestandteil unserer
3459 Demokratie.

3460 Um diese Herausforderungen zu meistern, wollen wir als Linke eine Digitalstrategie für die
3461 Bürger*innen, die unsere Souveränität und Unabhängigkeit vor den großen Tech-Konzernen schützt.

3462 **Die Digitalisierung, die wir wollen, ist:**

- 3463 • sicher
- 3464 • transparent
- 3465 • nicht-kommerziell

3466 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3467 • schnelle Internet-Verbindungen
- 3468 • Open-Source-Software in der Verwaltung
- 3469 • Open-Data-Portale

3470 **Was wir dafür brauchen ist ein Digitalisierungsprozess, der**

- 3471 • den Interessen aller Bürger*innen und nicht denen von privaten Unternehmen oder
3472 Konzernen verpflichtet ist.

3473 Denn auch die digitale Stadt ist keine Geldanlage, sondern ein Ort für die Menschen.

3474 **Was das bringt?**

- 3475 • sichere digitale Infrastruktur
- 3476 • in der Verwaltung digital erhobene Daten von Bürger*innen werden geschützt
- 3477 • niedrigschwellige Behördengänge, die ohne Anreise oder Wartezeiten erledigt werden
3478 können
- 3479 • Mitbestimmung

3480 **Was muss dafür getan werden?**

- 3481 • Digitalisierungsbeauftragte müssen eingestellt werden.
- 3482 • Ein Digitalisierungsausschuss im Rat oder Kreistag, der die Politik begleitet, muss eingesetzt
3483 werden.
- 3484 • Bei Straßenerneuerungen und Neubauten werden durch die Kommunen verpflichtend
3485 Glasfaserkabel verlegt.
- 3486 • Verwaltungen sowie kommunale Betriebe werden mit Open-Source-Programmen
3487 und -Betriebssystemen ausgestattet.
- 3488 • Schulen werden an Breitbandnetze angeschlossen und müssen mit ausreichend digitalen
3489 Endgeräten ausgestattet werden, wenn gewünscht.

- 3490 • Allen Bürger*innen muss der digitale Einstieg erleichtert sowie die Weiterbildung garantiert
3491 werden.

3492 **Eine digitale Stadt für alle**

3493 Eine digitale Stadt für alle bedeutet für DIE LINKE Partizipation und Stärkung der Demokratie für die
3494 Bürger*innen. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir unsere Stadt, unsere Daten und Sicherheit,
3495 unsere demokratische Kontrolle und öffentliche Ordnung sowie unseren Lebensraum zum Nutzen
3496 aller Bürger*innen selbst gestalten und neu denken.

3497 Eine digitale Stadt für alle muss von allen Menschen genutzt werden können, dies ist Voraussetzung
3498 für soziale, demokratische und ökonomische Teilhabe in der digitalen Gesellschaft. Ohne Zugang zum
3499 Internet und digitalen Diensten droht vielen Menschen die soziale Ausgrenzung. Die Verbindung zum
3500 Internet und zu den digitalen Angeboten ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, ähnlich wie
3501 Elektrizität und fließendes Wasser.

3502 Städte und Kommunen müssen gestärkt werden, diese Aufgaben zu erfüllen. Hier können wir uns am
3503 Konzept der digitalen Stadt Barcelona orientieren.

3504 **eGovernment und Open Data**

3505 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger*innen und Unternehmen Entlastung
3506 bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Leicht
3507 zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards deutlich
3508 ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den
3509 öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden.

3510 Bürger*innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und öffentlichen Unternehmen.
3511 Diese müssen von sich aus sämtliche öffentliche Daten und Informationen wie Verträge, Treffen mit
3512 Interessenvertreter*innen oder Gutachten in einem Transparenzportal online veröffentlichen.
3513 Bürger*innen können so leichter an demokratischen Prozessen teilhaben.

3514 Wir sprechen uns für die Schaffung von Digitalisierungsbeauftragten aus, die für Bürger*innen und
3515 Unternehmen ansprechbar sind und die Bemühungen der Kommune zur Digitalisierung koordinieren.
3516 Dazu müssen sie mit ausreichend Befugnissen und Kontrollrechten ausgestattet sein. Ein
3517 entsprechender Ausschuss für Digitalisierung im jeweiligen Rat oder Kreistag soll diesen Prozess
3518 politisch begleiten.

3519 **Digitale Infrastruktur**

3520 Deutschland hat es als eine der führenden Industriestaaten bis heute nicht geschafft, ein
3521 flächendeckendes Breitbandnetz bereitzustellen und Funklöcher zu schließen. Für den Ausbau
3522 flächendeckender Breitbandnetze und die Schließung der Funklöcher darf keine Zeit mehr vergeudet
3523 werden. Wir benötigen schnelle Netze und Investitionen in die digitale Infrastruktur. Besonders im
3524 ländlichen Raum sind Bürger*innen durch die verfehlte Netzpolitik von digitaler Teilhabe
3525 abgeschnitten, und kleine und mittelständische Unternehmen sowie deren Arbeitsplätze sind in der
3526 Existenz bedroht.

3527 Die Netzinfrastruktur muss in öffentlicher, bürgerschaftlicher und/oder genossenschaftlicher Hand
3528 sein. Hierfür müssen umfangreiche staatliche Investitionen vom Bund und Land sowie
3529 EU-Förderprogramme abgerufen werden können. Vor allem kleinere Kommunen müssen dabei
3530 unterstützt werden, denen häufig Personal und fachliche Expertise dazu fehlen.

3531 Auch Hacker- und Makerspaces, Coworkingspaces, Stadt(teil)bibliotheken und Volkshochschulen sind
3532 Orte digitalen Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese sowie Bürgerdatennetze und Freifunk wollen wir
3533 unterstützen und fördern.

3534 **Cybersecurity**

3535 In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Gegenstände miteinander vernetzt sind, sind Cyberangriffe
3536 allgegenwärtig und gehören zum Alltag. Ohne eine sichere Infrastruktur und Cybersicherheit kann es
3537 keine Datensicherheit und Freiheit geben. Eine digitale Stadt muss Bürger*innen und Unternehmen
3538 dabei unterstützen.

3539 Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe
3540 Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit Universitäten, Hochschulen,
3541 Wissenschaftlern, IT-Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen geführt werden.

3542 **Datenschutz**

3543 Wir als DIE LINKE streben Datensouveränität und Datenhoheit an, in der die Bürger*innen ihre
3544 eigenen Daten kontrollieren. Die Bürger*innen sollen selbst frei entscheiden dürfen, welche Daten
3545 sie der Stadt unter welchen Bedingungen übermitteln wollen. Erhobene Daten müssen sicher und
3546 anonym verwaltet werden. Hier können wir vom Projekt „Decode“ aus Barcelona lernen.

3547 **Open Source**

3548 Um die Unabhängigkeit von großen Tech-Konzernen zu sichern, befürworten wir als LINKE die
3549 Selbstverwaltung kommunaler Dienste und Systeme, die vorzugsweise mit regionalen
3550 IT-Beraterhäusern umgesetzt werden sollen. Während die großen Tech-Konzerne Quellcodes und
3551 erzeugte Daten nicht teilen, wollen wir eine Infrastruktur der Informationen mit offenen Standards,
3552 Open-Source-Software, OpenStack und Interoperabilität fördern und sichern.

3553 Abhängigkeit von großen Tech-Konzernen führt zu hohen Lizenz- und Folgekosten, Datenschutz und
3554 Cybersicherheit sind bedroht. Offene Software und offene Standards sind transparent und machen
3555 uns unabhängig davon. Sie ermöglichen die Zusammenarbeit mit Gemeinschaften, Städten und
3556 lokalen Unternehmen und erzeugen einen Mehrwert für das Gemeinwohl. Freie Software muss
3557 gefördert werden, öffentliche Daten der Allgemeinheit in freien Formaten zur Verfügung stehen.
3558 Software, welche mit öffentlichen Mitteln entsteht, muss frei verfügbar sein – Public Money, Public
3559 Code.

3560 **Digitalisierung und Bildung**

3561 Schulen und Bildungseinrichtungen müssen mit ausreichend digitalen Endgeräten ausgestattet
3562 werden. Zur Wartung muss entsprechendes Personal zur Verfügung stehen. Digitale Bildung ist aber
3563 mehr als nur technische Ausstattung.

3564 Digitale Technologien gewinnen laufend mehr Raum im Alltag. Gerade deshalb müssen sie
3565 Gegenstand von Bildungs- und Lernprozessen werden. Bildung in einer digitalen Gesellschaft zielt auf
3566 die Herausbildung einer digital mündigen Persönlichkeit ab. Digitale Technologien sind Werkzeuge,
3567 kein Selbstzweck.

3568 Die Pädagogik muss die Federführung behalten, nicht IT-Konzerne und Lobbyist*innen. Freier Zugang
3569 zu freiem Wissen bringt mehr Bildungsgerechtigkeit. Offene Bildung durch frei zugängliche
3570 Materialien, freie Lizenzen, Open Source, Datenschutz und -sicherheit müssen verstärkt in den Fokus
3571 rücken. Offene Bildung ist Teilhabe und Mitbestimmung, durch Transparenz und gemeinschaftliches
3572 Lernen.

3573 Dies gilt auch für die Rolle der Wissenschaft, indem wir „Open Science“ fördern wollen.

3574 Durch die Digitalisierung wird sich die Arbeitswelt grundlegend verändern. Betroffene
3575 Mitarbeiter*innen müssen ein lebenslanges Recht auf Fort-, Weiterbildung oder Umschulung
3576 erhalten. Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden, bei Rationalisierungsmaßnahmen ihre

3577 Mitarbeiter*innen fortzubilden. Kleine und mittelständische Unternehmen, die nicht in der Lage sind,
3578 Mitarbeiter*innen adäquat fortzubilden, müssen dabei unterstützt werden.

3579 **Smart City**

3580 Eine „Smart City“ vernetzt Technologien der Mobilität, Energie, Stadtplanung und Verwaltung zum
3581 Nutzen aller Bürger*innen. Die LINKE befürwortet ein Smart-City-Modell, in dem die Stadt eine
3582 Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorantreibt und nicht auf Basis von
3583 Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung.

3584 Smart-City-Projekte, angeschaffte Hard- und Software, erzeugte Systeme und Datenbanken müssen
3585 der Stadt und ihren Bürger*innen gehören und dürfen nur zu ihrem Nutzen eingesetzt werden. Auf
3586 keinen Fall gehören diese Systeme und die darin gespeicherten Daten in die Hand von Konzernen. Bei
3587 Beauftragung externer Unternehmen muss die Verarbeitung und Zugriff der Daten genau festgelegt
3588 werden. „Social Scoring“ und staatliche Überwachung muss ausgeschlossen sein.

3589 Wir wollen eine Ausweitung von sozialökologischen Smart-City-Projekten, die für die Menschen eine
3590 Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten und die Umwelt
3591 schützen. Senioren, Menschen mit Behinderung oder Einkommensschwache müssen von solchen
3592 Projekten profitieren. Alle Bürger*innen müssen konsequent in einen demokratisch organisierten
3593 Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

3594 **DIE LINKE tritt ein für:**

- 3595 • schnelles Internet für alle; Ausbau für ein flächendeckendes Breitbandnetz und Schließung
3596 der Funklöcher sowie öffentlich freie WLAN-Netze ohne Zugangskontrolle,
- 3597 • die Zuführung der digitalen Infrastruktur in öffentlicher und/oder genossenschaftlicher Hand;
3598 der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund, Land und
3599 EU-Förderprogrammen erfolgen,
- 3600 • ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) mit hohen
3601 Sicherheitsstandards als nachhaltige IT-Strategie,
- 3602 • eine digitale Stadt, die die Lebensumstände der Menschen verbessert und niemanden
3603 zurücklässt,
- 3604 • umfassenden Datenschutz und Datenhoheit für alle Bürger*innen über ihre Daten; der
3605 kommunale Datenreichtum gehört nicht den Konzernen, sondern der Allgemeinheit,
- 3606 • die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge
3607 möglichst unkompliziert und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können,
- 3608 • eine umfassende öffentliche Mitbestimmung für Digitalisierungsprojekte; ihre Koordinierung
3609 durch Digitalisierungsbeauftragte und politische Kontrolle durch entsprechende Ausschüsse
3610 in den Kommunen,
- 3611 • kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger, damit alle etwas von der
3612 digitalen Kommune haben,
- 3613 • die Einführung von Open-Source-Software in den Kommunen, um die Unabhängigkeit von
3614 digitalen Tech-Konzernen zu gewährleisten,
- 3615 • eine nicht-kommerzielle Nutzung der Stadt als digitaler Raum. Die Stadt ist keine Geldanlage,
3616 sondern der Ort, an dem die Menschen leben.

3617

3618 **Kommunal für Frieden – gegen Aufrüstung und Militarisierung**

3619 Frieden beginnt vor Ort. Und: Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte und Kommunen, sondern
3620 bereits die ungeheure Aufrüstung. Die Militär- und Rüstungsausgaben sollen im Bundeshaushalt bis
3621 2024 auf 60 bis 70 Milliarden Euro steigen und wären damit höher als die Russlands. Dieses Geld
3622 fehlt vor Ort etwa bei Investitionen in Bildung, Arbeit und Infrastruktur. Statt für Rüstung und Krieg
3623 werden die Mittel für den Nahverkehr, für Sozialleistungen und für den sozialökologischen Umbau
3624 der Wirtschaft, wie z. B. den Strukturwandel beim Ausstieg aus der Braunkohle, dringend benötigt.
3625 Das kann nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden, aber dennoch gibt es vor Ort
3626 Maßnahmen, um für Frieden zu werben.

3627 **Die Friedenspolitik, die wir wollen, ist:**

- 3628 • antimilitaristisch
- 3629 • konsequent kommunal

3630 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3631 • Aufklärung
- 3632 • Friedensbildung
- 3633 • Völkerverständigung
- 3634 • Menschlichkeit

3635 **Was wir dafür brauchen?**

- 3636 • kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und
3637 Klimafolgen betroffen sind
- 3638 • Städte- und Projektpartnerschaften
- 3639 • Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und -organisationen

3640 **Was das bringt?**

- 3641 • Das Militärische verschwindet aus dem Alltag.
- 3642 • Der Wunsch nach Frieden in der Bevölkerung wird größer.

3643 **Was muss dafür getan werden?**

- 3644 • Kommunen treten internationalen Städtebündnissen für Frieden bei.
- 3645 • Der ICAN-Städteappell muss unterstützt werden.
- 3646 • Kriegsverherrlichende Denkmäler müssen verschwinden.
- 3647 • Straßen, die an Militaristen erinnern, müssen umbenannt werden.
- 3648 • Jugendliche müssen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an
3649 die Bundeswehr aufgeklärt werden.

3650 **Militärausgaben und Kriegsfolgen als Probleme für die Kommunen**

3651 Das Militär trägt durch den immensen Energie- und Materialverbrauch erheblich zur Klimakrise bei.
3652 Die Bundeswehr und ihre Manöver verursachen auch lokale Umweltschäden, was bei dem
3653 Moorbrand im Emsland sowie dem Waldbrand in Mecklenburg-Vorpommern besonders deutlich
3654 geworden ist. Der in Augustdorf stationierte Schützenpanzer PUMA verbraucht 500 Liter Diesel auf
3655 100 Kilometern. Ein in Nörvenich/Kerpen stationierter Eurofighter benötigt pro Flugstunde 3.500
3656 Kilogramm Treibstoff, umgerechnet sind das etwa 11.000 Kilogramm ausgestoßenes Kohlendioxid.
3657 Das ist eine enorme Ressourcenverschwendung und schadet der Umwelt. Hinzu kommen die

- 3658 Belastungen durch Fluglärm, Manöverschäden, die Verseuchung von Truppenübungsplätzen mit Öl
3659 und Benzin.
- 3660 Aufrüstung und eine Politik, die Kriege und Kampfeinsätze im Ausland unterstützt, erfordert
3661 Militarisierung im Innern. Die Bundeswehr wirbt deshalb aktiv in der Öffentlichkeit. Sie führt auf
3662 Straßen und Plätzen Veranstaltungen und Tage der offenen Tür in ihren Kasernen für Familien durch.
3663 Bei der Nachwuchswerbung macht sie auch keinen Halt vor Bildungseinrichtungen und Schulen. Für
3664 Werbezwecke hat das Verteidigungsministerium Zugriff auf die kommunalen Meldedaten aller
3665 Jugendlichen.
- 3666 Die Rathäuser und Landratsämter sind Teil der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Patenschaften mit
3667 Einrichtungen der Bundeswehr oder mit Kriegsschiffen sollen die Verbundenheit von Kommunen mit
3668 der Bundeswehr stärken. Das Militärische soll ganz normaler Alltag werden. Dabei wird an alte
3669 militärische Traditionen und teilweise sogar an das kolonialistische Erbe Deutschlands angeknüpft. So
3670 werden in Städten und Gemeinden Kriegerdenkmale gepflegt, Straßen und Plätze tragen immer noch
3671 Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern aus dem 1. und 2. Weltkrieg.
- 3672 Eine Folge der Kriege in der Welt trifft ebenfalls unsere Kommunen direkt: die
3673 Migrationsbewegungen. Menschen aus Kriegsgebieten verlieren ihre Heimat und suchen Schutz und
3674 die Möglichkeit, bei uns zu wohnen und zu leben. Die geflüchteten Menschen und ihre Familien in
3675 unseren Städten aufzunehmen und sie kommunal zu unterstützen, ist ein Gebot der Menschlichkeit.
- 3676 DIE LINKE stellt sich vor Ort und in den kommunalen Vertretungen der Militarisierung der
3677 Gesellschaft entgegen. Sie tritt ein für eine konsequente kommunale Friedenspolitik:
- 3678 • Beitritt zu internationalen Städtebündnissen für Frieden wie den „Cities for Peace“ und den
3679 „Mayors for Peace“, soweit dies noch nicht geschehen ist; Aktivierung dieser Bündnisse
 - 3680 • Unterstützung des ICAN-Städteappells mit der Forderung, dass die Bundesregierung dem
3681 Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten soll
 - 3682 • Förderung von Friedensbildung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der
3683 Erwachsenenbildung
 - 3684 • Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und -organisationen
 - 3685 • umfassende Aufklärung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe
3686 ihrer Meldedaten an die Bundeswehr
 - 3687 • Umbenennung von Straßen und Plätzen, die immer noch nach Militaristen und
3688 Kriegsverbrechern benannt sind oder kolonialistische Namen tragen
 - 3689 • Bereitstellung von Gewerbeflächen nur für Betriebe, die keine Rüstungsgüter und Waffen
3690 herstellen oder Zulieferer für Rüstungsbetriebe sind und die keine Entwicklung zur
3691 Herstellung von Rüstungsgütern betreiben
 - 3692 • Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichenden Denkmälern
 - 3693 • Verweigerung von Flächen und Standplätzen für die Werbung der Bundeswehr in Städten
3694 und Gemeinden
 - 3695 • keinen Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen zu Werbe- und
3696 Marketingzwecken
 - 3697 • Unterstützung von Städte- und Projektpartnerschaften zur Völkerverständigung sowie
3698 Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen,
3699 Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen
 - 3700 • kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und Regionen, die von Kriegen und
3701 Klimafolgen betroffen sind unter Beteiligung von Migrant*innen

3702 **Antifaschismus: Gemeinsam gegen Rechts**

3703 LINKE Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen.
3704 Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte
3705 Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Rechtsextreme
3706 versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“ insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen
3707 Raum zu etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und antieuropäische Stimmungen auf, um
3708 einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. DIE LINKE unterstützt den
3709 antifaschistischen Widerstand.

3710 **Der Antifaschismus, den wir wollen, ist**

- 3711 • konsequent
- 3712 • antirassistisch

3713 **Worauf wir dabei setzen?**

- 3714 • Widerstand
- 3715 • Selbstschutz
- 3716 • den „Berliner Konsens“ als strikte Linie im Umgang mit Rechten

3717 **Was wir dafür brauchen?**

- 3718 • gesellschaftliche Bündnisse gegen Rechte und Nazis
- 3719 • zivilen Ungehorsam

3720 **Was das bringt?**

- 3721 • Rechten Organisationen wird der Nährboden entzogen.

3722 **Was muss dafür getan werden?**

- 3723 • Es gibt keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen, Rechtspopulist*innen und Faschist*innen in
3724 den Kommunalparlamenten.
- 3725 • Rechten Aufmärschen wird mit Gegendemos, Sitzblockaden und anderen Aktionen begegnet.
- 3726 • Opfer rechter Gewalt bekommen Hilfsangebote und Unterstützung.

3727 **Antifaschismus als eine zentrale Aufgabe der LINKEN**

3728 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es
3729 brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Geflüchtete, Migrant*innen,
3730 Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die
3731 nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert.

3732 Eine der zentralen politischen Aufgaben einer sozialistischen Partei ist die Bekämpfung
3733 rechtsextremer und rechtsterroristischer Gruppierungen, Parteien und Netzwerke. Sie verbreiten
3734 Furcht und Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche Entwicklungen.

3735 **Wie entziehen wir den Rechten den Nährboden und stärken antifaschistischen Widerstand?**

- 3736 • Wir müssen Rechte weiter inhaltlich stellen. Wir lassen rassistische, menschenverachtende
3737 und herabwürdigende Äußerungen nicht unwidersprochen stehen, sondern widersetzen uns.
- 3738 • In den Kommunalparlamenten darf es keine Zusammenarbeit mit Rassist*innen,
3739 Rechtspopulist*innen und Faschist*innen geben. Zustimmung zu ihren Anträgen oder ihre

- 3740 Einbeziehung in interfraktionelle Initiativen führen zu einer Normalisierung, die es zu
3741 verhindern gilt.
- 3742 • Linke Kommunalpolitik folgt dem „Berliner Konsens“, der eine strikte Linie vertritt: keine
3743 freundlichen Umgangstöne mit Nazis, konsequente Haltung bei Abstimmungen.
 - 3744 • Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen.
3745 Gemeinsam mit vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Initiativen
3746 und Organisationen arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen
3747 widersetzen wir uns mit zivilem Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen.
 - 3748 • Die Stärkung des antifaschistischen Widerstandes geht mit der Zusammenarbeit und
3749 Einbindung der gesellschaftlichen Linken mit demokratischen Migrant*innenverbänden und
3750 Flüchtlingsgruppen einher. Sie sind natürliche Verbündete.
 - 3751 • Da weder die bürgerlichen Parteien noch die Polizei oder der Verfassungsschutz ernsthaft
3752 gegen die Bedrohung durch die Rechten vorgehen, ist es Aufgabe der gesellschaftlichen
3753 Linken entschiedenen Widerstand und Selbstschutz zu organisieren.

3754 Die rechte Szene hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Zu den Kommunalwahlen 2014
3755 waren die NPD und die PRO-Bewegungen im rechten Spektrum vertreten. Gleichzeitig trat in
3756 einzelnen Städten auch bereits die neu gegründete Partei „Die Rechte“ an, zudem war die AfD bei
3757 den vergangenen Kommunalwahlen im Land erstmals vertreten. „Die Rechte“ konnte vereinzelte
3758 kommunale Mandate erringen, die AfD zog in viele kommunale Parlamente in Fraktionsstärke oder
3759 als Gruppe ein. Die NPD ist praktisch nicht mehr wahrnehmbar, die PRO-Bewegungen haben sich
3760 zum größten Teil aufgelöst. Das Klima von Hass und Gewalt hat sich mit der Szene verändert.

3761 **Was kann linke Kommunalpolitik konkret gegen das Erstarken rechter Bewegungen tun?**

- 3762 • konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“)
- 3763 • keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen
- 3764 • Unterstützung von geschlechtersensibel tätigen Projekten und Initiativen gegen
3765 Neofaschismus
- 3766 • flächendeckende Informations- und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt
- 3767 • konsequente Verfolgung rechter Gewalt- und Wiederholungstaten
- 3768 • keine Verschleierung rechter Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden
- 3769 • Erhalt der Mahn- und Gedenkstätten antifaschistischen Widerstands

3770 **Erinnerungskultur als antifaschistische Bildung**

3771 Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen
3772 Rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns und
3773 kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

3774 **DIE LINKE setzt sich ein für:**

- 3775 • die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des Faschismus,
- 3776 • die Aufarbeitung von Euthanasieverbrechen vor Ort,
- 3777 • die lokale Aufarbeitung von Zwangsarbeiterschicksalen,
- 3778 • die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten durch Schulen,
3779 Jugendorganisationen, Volkshochschulen, Kinder- und Jugendräten und anderen; dazu sind
3780 mögliche Fördermittel von Stiftungen oder der öffentlichen Hand auszuloten und
3781 interessierten Gruppen zur Verfügung zu stellen,
- 3782 • Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und anderen öffentlichen
3783 Gebäuden,
- 3784 • Aufführungen von entsprechenden Theaterstücken (z. B. bringt das Staatstheater Kassel den
3785 NSU-Prozess auf die Bühne),
- 3786 • Förderung von Multimedia-Projekten ((Kurz-)Filme, Internetseiten, Social-Media-Accounts
3787 etc.) zur Erinnerungskultur.